

Er scheint täglich außer Montags. Abonnementspreis monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 M. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich; Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1896 unter Nr. 727.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Zersprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. Sonnabend, den 5. Dezember 1896. Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Der Zusammenbruch.

Es war wie ein politisches Saturspiel, das sich gestern und heute in Moabit abspielte. Alle gewohnten Begriffe über die Festigkeit und harmonische Zusammenarbeit der Behörden für Sitte und Ordnung waren auf den Kopf gestellt!

Ist es nicht ein unerhörtes Schauspiel: der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes — also einer der höchsten Reichsbeamten — kämpft mit einem Kommissar der politischen Polizei — also doch einem zu den Subalternen zu zählenden Beamten — vor offenen Gerichtshöfen?

Und wofür, um was? Für seine Ehre! Muß er auch um sein Amt kämpfen?

Nicht die Angeklagten sind es, gegen die der Minister kämpft, sondern der Polizeikommissar ist sein Widerpart.

Hinter diesem Kommissar aber, allerdings auf der Anklagebank, steht sein Vertrauensmann! Für dessen Glaubwürdigkeit, für seine nachrichtliche und journalistische Ehre legt sich nun Herr v. Tausch mit aller Energie ins Zeug, als ob es seine Ehre oder die eines Kollegen zu retten gälte!

Präsident, Staatsanwalt, Staatssekretär, Zeugen — alle sind sie einig über die Verlogenheit und Verlogenheit dieses Vertrauensmannes der Polizei! Nur der Herr Kommissar glaubt an ihn! Und wer ist dieser Vertrauensmann? Ein herabgekommener Offizier, dem das Ehrenwortgeben so geläufig wie das Ehrenwortbrechen — er schwindelt alle Welt an, er dupirt und betrügt seinen Freund und Gönner, er wird der Unterschlagung und Urkundenfälschung überführt — Herr v. Tausch hält an seiner Ueberzeugung von der Ehrlichkeit dieses Nichtgentleman fest.

Alle Welt fragt nach den Ursachen dieser seltsamen Erscheinung! Herr Marschall spricht es bald mehr, bald weniger offen aus: Der Hintermann des Lühow ist Herr v. Tausch! Herr v. Tausch sucht aber immer noch den Hintermann des Verdert — im Auswärtigen Amt!

Da — mitten in der heutigen Sitzung bricht das System v. Tausch zusammen! Der Spindel Lühow verrät seinen Meister! Was vor wenigen Tagen als ungläublich erschien, ist durch die Enthüllungen Lühow's weit übertroffen!

Ein preussischer Kriminalkommissar ist seit Jahr und Tag mit einem Haufen von Hallunken an der Arbeit, durch falsche Zeugnisse, falsche amtliche Berichte nicht bloß zu intrigieren, seine Vorgesetzten zu täuschen, Minister an Minister zu hehen, sondern er besitzt die Dreistigkeit, seine „Entdeckungen“ glaubhaft bis an die höchste Stelle zu bringen!

Er leugnet es zwar — unter seinem Eide! Aber im ganzen Gerichtssaale — vom Präsidenten und Staatsanwalt bis zum Zuhörer am letzten Platz — dürfte nicht Einer sein, der ihm Glauben schenkte! Und das ist die schärfste Verurteilung, gegenüber der die formale Verurteilung — sei es wegen Meineids, sei es wegen was immer — höchst gleichgültig ist.

Wir verzichten darauf, aus den Verhandlungen die wesentlichsten Momente hervorzuheben — nur an die geradezu dramatische Szene wollen wir erinnern, wo der Staatssekretär gegenüber dem elenden Preßtreiben ausrief: er müsse sich in die Öffentlichkeit flüchten und hier die Urheber dieser Bubenstücke brandmarken!

Ist es soweit im Reiche schon gekommen?

Wahrlich — eine Nemesis, wobei nur das Eine zu bedenken ist, daß sie sich nicht den Urheber dieser Schandwirthschaft zum Opfer erkoren!

Wer von der politischen Korruption ist, geht an ihr zu Grunde!

Seit Jahr und Tag, von den Tagen der Schröder und Haupt, der Hring und Raporra an bis heute auf das System Tausch-Lühow, wiesen wir auf diese Institution hin, daß sie das ganze politische Leben vergifte und verderbe!

So lange nur Sozialdemokraten unter den Meineiden und Schustereien solcher „Vertrauensmänner“ und den „Entdeckungen“ der Beamten vom Schlage Rumpff und Tausch zu leiden hatten, so lange war alles gut! Nun trifft dieses System heute den obersten Beamten des Reiches, nun leiden unter ihm Minister und Hofbeamte bis in die nächste Umgebung des Kaisers — nun wird man wohl auf Säuberung und Reinigung bedacht sein!

Wer an den Erfolg glaubt!

Ist doch trotz allen Aufgebotes des Auswärtigen Amtes, des Staatsanwalts und Gerichtes der „Hintermann“ des Herrn v. Tausch noch immer in geheimnisvollem Dunkel gehüllt! Und wir zweifeln lebhaft daran, daß es Herrn v. Marschall gelingen wird, diesen letzten Hintermann ans Tageslicht zu zerren!

So lange man nicht bricht mit dem System der politischen Ungleichheit, der politischen Unterdrückung einzelner Parteien, einzelner Klassen, so lange wird auch kein Wandel geschafft werden.

Man wird flüchten und klettern, man wird versuchen, Barrikaden zu errichten — nach oben — nach unten wird aber alles beim alten bleiben!

Wir werden es anhalten! Wie lange es die anderen aushalten, das mag ihre Sorge sein!

Politische Ueberflucht.

Berlin, 4. Dezember.

Aus dem Reichstage. Je länger die Tagesordnungen, desto kürzer die Verhandlungen. Nicht weniger als 45 Punkte standen heute zur Verhandlung, darunter allerdings 37 Berichte der Petitionskommission. In längeren Debatten kam es nur bei drei Positionen. Dieselben bezogen sich auf Rückerstattung zu viel bezahlter Zölle, Uebergangsabgabe für Bier nach Elsaß-Lothringen und Bekämpfung der Unsitlichkeit. In letzterem Punkte, welcher aus Anlaß der lex Heinze und der Umsturzwortlage den Reichstag schon beschäftigt hatte, monirte der Abgeordnete Spahn, daß kein Regierungsvertreter anwesend sei, der Auskunft über die Stellung der Regierung zu dieser Frage geben könnte.

Als später der Staatssekretär Niederding erschien, erklärte er, daß die Frage sich noch im Stadium der Erwägungen befinde. Vom Zentrum wurden hierauf für die nächste Zeit Anträge auf Bekämpfung der Unsitlichkeit angekündigt. Bebel nahm darauf hin Gelegenheit zu der Erklärung, daß wir zu jeder ernsthaften Bekämpfung der Unsitlichkeit bereit sind, daß wir aber dieselbe nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande verfolgen werden.

Zum Untergange des „Jltis“ wird uns noch geschrieben: Ueber die Kritik, die die Sozialdemokratie dem kommandirten Anstimmten des Flaggentodes dem Untergange des „Jltis“ habe angeheben lassen, sind unterschiedliche Patrioten in argen Grimm geraten. Natürlich hat auch das Organ des Fürsten Bismarck die Schale seiner Entrüstung über uns ausgeschüttet. Wie so häufig, läßt sich nun aber auch diesmal aus früheren Reden, Thaten und Meinungen“ des ehemaligen Reichskanzlers der Beweis erbringen, daß er gerade das selbst gethan hat, was er oder die Leute, die für ihn schreiben und reden, heute an seinen Gegnern zu tadeln wissen.

Der Vorwurf, der von unserer Seite gegen den Kommandanten des „Jltis“ erhoben wurde, gipfelt darin, daß er im Augenblick höchster Gefahr eine theatralische Heldenumthparade kommandirt haben soll, anstatt die Mannschaft zu Rettungsarbeiten anzuhalten. In dem bekannten Buche des Bismarck'schen Preßgehilfen Moritz Busch „Graf Bismarck und seine Leute“ findet sich nun Band 1 Seite 329 folgende Mittheilung aus den Tischgesprächen in Versailles:

Darauf war die Rede von dem neulichen Treffen bei Le Bourget, und der Chef sand es nicht in der Ordnung, daß der General von Budriki dabel in die Reihen der vorkämpfenden Soldaten eingetreten sein und die Fahne ergriffen haben sollte. „Der General“, sagte er, „gehört nicht unter die Truppen, sondern dahinter, wo er sie gehörig übersehen und durch seine Adjutanten dirigiren kann. Das hier war nichts als eine Nachahmung Schwerin's vom Wilhelmplatz, Dekorationsstück — mehr Hitt!“

Hitt, mag dabei bemerkt werden, war der Name eines bekannten Theater-Dekorateurs.

Was Graf Bismarck damals an dem Verhalten des bei Le Bourget gefallenen Generals Budriki zu tadeln fand, war wesentlich dasselbe, was die Sozialdemokratie an dem angeblichen Verhalten des „Jltis“-Kommandanten gerügt hat. Nur daß, wenn man die Personen in Vergleich stellen will, sich für den General Budriki immerhin noch mehr Entschuldigungsgründe vorbringen lassen, als für den Jltis-Kommandanten. Fürst Bismarck und seine Leute sollten deshalb hübsch still sein, wenn wir auf die Kommandirung des Flaggentodes in der Stunde der Todesgefahr das bismarckische Wort anwenden: „Dekorationsstück — mehr Hitt!“

Karl Marx über den christlichen Sozialismus. In Nr. 73 der „Deutschen Novellen-Zeitung“, die im Jahre 1847 erschien, findet sich ein von Marx herrührender Aufsatz „Der Kommunismus des Rheinischen Beobachters“, dem wir eine Stelle entnehmen, die nach fast einem halben Jahrhundert Stöcker und den Stöckerlingen noch ins Stammbuch geschrieben werden kann. Die Stelle lautet: Die sozialen Prinzipien des Christenthums haben jetzt achtzehnhundert Jahre Zeit gehabt, sich zu entwickeln und bedürfen keiner ferneren Entwicklung durch preussische Konfistorialräthe.

Die sozialen Prinzipien des Christenthums haben die antike Sklaverei gerechtfertigt, die mittelalterliche Leibeigenschaft verherrlicht und verstehen sich ebenfalls im Nothfall dazu, die Unterdrückung des Proletariats, wenn auch mit etwas jämmerlicher Miene, zu vertheidigen.

Die sozialen Prinzipien des Christenthums predigen die Nothwendigkeit einer herrschenden und einer unterdrückten Klasse und haben für die letztere nur den frommen Wunsch, die erstere möge wohlthätig sein.

Die sozialen Prinzipien des Christenthums sehen die konfistorialrätliche Ungleichung aller Insamien in den Himmel und rechtfertigen dadurch die Fortdauer dieser Insamien auf Erden.

Die sozialen Prinzipien des Christenthums erklären alle Niederträchtigkeiten der Unterdrückten gegen die Unterdrückten entweder für gerechte Strafe der Erbsünde und sonstigen Sünden oder für Prüfungen, die der Herr über die Erlosten nach seiner unendlichen Weisheit verhängt.

Die konfistorialrätlichen sozialen Prinzipien, die Freigheit, die Selbstverachtung, die Erniedrigung, die Unterwürfigkeit, die Demuth, kurz alle Eigenschaften der Kanaille, und das Proletariat, das sich nicht als Kanaille behandeln lassen will, hat seinen Muth, sein Selbstgefühl, seinen Stolz und seinem Unabhängigkeit inn noch viel nöthiger als sein Brot.

Diese sozialen Prinzipien sind dummsüßig und das Proletariat ist revolutionär.

Duellchronik. Wahnsinnig wurde dieser Tage aus München ein 24-jähriger Student, Jurist, in seine Heimath nach Bonn befördert. Wegen einer Wappste mußte er sich auf Ausbruch des Ehrengerichts hin mit einem Kollegen schlagen. Eine schlecht parierte Hochquart durchschlug die Schädeldecke, Blut ergoß sich in das Gehirn, und nun ist er unrettbar dem Wahnsinn verfallen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. In der am Sonnabend stattgehabten Strafkammer-Sitzung in Kottbus wurde der Schlosser Bernhard Thebis aus Werschau wegen Majestätsbeleidigung und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt, wovon 1 Monat der Untersuchungshaft angerechnet wurde.

Deutsches Reich.

— Was aus dem Reichstage erzählt wird. Am Schluß eines „Stimmungsbildes“ der gestrigen Reichstags-Sitzung schreibt die „Zeit“:

„In einer heftigen Szene unter vier Augen kam es zwischen den Abgeordneten Kropatschek und Liebknecht. Nach der Rede des letzteren eilte der Nachfolger des Herrn von Hammerstein auf Liebknecht zu und sprach mit drohenden Geberden aus seinen Segner ein, der ebenfalls heftig erwiderte. Man konnte fast befürchten, es werde zu Thätlichkeiten kommen; doch ging dieser Reich am Hause noch glücklich vorüber.“

Dieser Bericht erinnert an die berühmte selbstberlebte Geschichte Sir Walter Raleigh's von dem Streit, der zu einer Schlägerei führte und in einem Mord endigte. Dintennach stellte sich heraus, daß weder ein Mord, noch eine Schlägerei, noch auch nur ein Streit stattgefunden hatte.

Weder war es eine „Szene“, noch war es „heftig“, noch war es „unter vier Augen“, was zwischen den Abgeordneten Kropatschek und Liebknecht vorging, die einander von der Bibliothek-Kommission her näher kennen, welcher sie beide angehören. Kropatschek bemerkte Liebknecht, daß in dem Artikel der „Kreuz-Zeitung“, den derselbe zitiert hatte, der Ausdruck „bürgerliche Kanaille“ nicht gestanden habe, wie aus der Kritik Liebknecht's geschlossen werden könnte. Liebknecht erklärte sofort, er werde die Sache richtig stellen, was denn auch geschehen ist. Die „drohenden Geberden“ und gar die drohenden „Thätlichkeiten“ sind Phantasie- oder Angstprodukte.

— Die Mogelei über die Justiznovelle wird in die Wege geleitet. Der „Hannoversche Courier“ fordert zu Verhandlungen der Parteien auf, um die Justiznovelle der Regierung schwachhaft und annehmbar zu machen.

Die „National-Zeitung“ will erfahren haben, daß die Führer des Zentrums der Regierung angeboten haben, die Besetzung der Strafkammern mit fünf Richtern preiszugeben, ebenso die Beseitigung des Zeugniszwangs gegen die Presse. Eine Verringerung der durch die Berufung entstehenden Schwierigkeiten sucht man darin, daß die Berufung nicht an das Oberlandesgericht, sondern an ein anderes Landgericht oder an eine andere Strafkammer, als in erster Instanz gerurtheilt hat, gehen würde. Vor einigen Tagen hat sich der Abg. v. Buchta (Kauf.) dem Staatssekretär des Reichsjustizamtes genähert, um wegen einer Verständigung sich zu berathen, bei welcher Gelegenheit er bereits erzuhr, daß die Regierung Kompromißvorschlüge vom Zentrum erwarte.

Die „Köln. Volks-Ztg.“ bemerkt am Schluß eines Artikels „Was wird aus der Justiznovelle?“:

Nicht alle diese Beschlässe und die sonstigen Aenderungen an der Vorlage mögen unbedingt nöthig sein, um eine gute Strafrechtspflege zu sichern. Es kann aber auch unmöglich alles preisgegeben werden. An der Regierung wird es sein, sich mit dem Reichstage zu verständigen.

Da kann es zu einem sauberen Kuhhandel kommen.

— Militär und Zivil. Das Berliner Bureau des „Hannov. Anzeigers“ übermittelte hiesigen Blättern nachstehende Meldung mit der Bemerkung, daß das Blatt erkläre, sich fürzq

Authentizität derselben, wenn auch nicht dem Wortlaut, so doch dem Sinne nach unbedingt verbürgen zu können; Danach hat der Kaiser in einer am 3. Dezember in Hannover in der Militär-Hochschule gehaltenen Rede sich auch des längeren über den Fall Bräsewitz ausgesprochen, der ihn außerst schmerzlich berührt habe. Er richte hauptsächlich an die jüngeren Offiziere die Mahnung, sich stets der hohen Pflichten, welche ihnen die Uniform auferlege, bewusst zu bleiben. Namentlich sollten sie diesen eingedenk sein, daß die Uniform keineswegs einen Gegensatz zwischen Offizierkorps und Bürgerschaft schaffe und daß ein derartiger Unterschied keineswegs durch das Benehmen der Offiziere markiert werden dürfe. Er hoffe und erwarte, daß das Offizierkorps, soweit es an ihm (dem Offizierkorps) läge, stets bestrebt sein werde, in einem guten Verhältnis mit der Bürgerschaft zu bleiben.

Die deutsche Schule steht thurmhoch erhoben über der anderer Länder, rief Herr von Stumm auf die berechtigten Anklagen des Genossen Liebschnecht gegen unser deutsches Schulwesen aus. Wie berechtigt diese Prahlhanserei ist, beweist der folgende einwandfreie Zeuge. Die „Preussische Lehrer-Zeitung“ schreibt in ihrer Nummer 279 vom 29. November: „Die Kultur-Aufgaben leiden nicht“. Während die preussische Regierung im Begriff ist, durch eine völlig ungenügende Dotation die Volksschule zu schädigen und alle leistungsfähigen Kräfte vom Eintritt in den Volksschuldienst abzuschrecken, spannt man jenseits der Vogesen alle Kräfte an, die Volksschule zu erweitern und zu vertiefen. Wie der französische Seminarlehrer Fèvre in der „Leipziger Lehrer-Zeitung“ mitteilt, hat sich die Zahl der Fortbildungskurse in Frankreich im Jahre 1895/96 um mehr als 8000 erhöht (1894/95 7500, 1895/96 15 778). Diese Kurse werden von 18 500 Lehrern geleitet. Es haben sich 400 000 Hörer einschreiben lassen, von denen 270 500 die Kurse regelmäßig und mit Erfolg besuchten. Preußen zählt etwa 120 000 Fortbildungsschüler, also noch nicht den dritten Teil, und von diesen nehmen wahrheitsgemäß nicht 60 bis 70 pCt. regelmäßig und mit Erfolg am Unterricht teil. Noch bedeutender sind die Fortschritte des Nachbarslandes, auf dem Gebiete des öffentlichen Vortragswesens. Während 1894/95 10 879 öffentliche, jedermann zugängliche Vorträge in Dorf und Stadt abgehalten wurden, haben 1895/96 61 476 solcher Vorträge stattgefunden, davon 14 000 mit Skopionprojektorien. Diese gewaltige Bewegung ist insbesondere durch den pädagogischen Kongress in Nantes im August 1894 angefaßt worden. Zu dessen Leitern gehörte der ehemalige Ministerpräsident und Unterrichtsminister Léon Bourgeois, der ehemalige Direktor des Volksschulwesens Buisson und der Senator Jean Macé, der Begründer der französischen Bildungsgesellschaft im Jahre 1871. Sei uns fuchen wir die Leiter des Staatswesens auf pädagogischen Kongressen und Fortbildungstagen vergeblich.“

Der Bürgermeister Kummert zu Kolberg war bekanntlich von dem Regierungspräsidenten zu Stettin wegen beharrlicher Weigerung, die Schließung einer Schule aus sanitätspolizeilichen Erwägungen vorzunehmen, mit einer Ordnungstrafe von 50 M. belegt und war auf die hiergegen erhobene Beschwerde von dem Oberpräsidenten der Provinz Pommern abschlägig beschieden worden. Die darauf von Kummert erhobene Klage hat das Oberverwaltungsgericht heute abgewiesen.

Begnädigung. Der Agent und Rechtskonsulent Franz Gröber zu Brehna, welcher vom Schöffengerichte zu Bitterfeld wegen Hausfriedensbruchs zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden war, ist auf Grund seiner guten Führung im Militär- und Zivilverhältnis vom Kaiser begnadigt worden. Gröber diente seiner Zeit bei der Leibkompanie des 1. Garde-regiments zu Fuß.

Breslau, 3. Dezember. Genosse Steiger, Redakteur der „Neuen Welt“, wurde von der Anklage der Gotteslästerung freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt. Es handelte sich um eine in der „Neuen Welt“ erschienene Skizze „Der Nazarener“.

Breslau, 3. Dezember. Klage gegen die Stadtverordneten-Versammlung. Der Richter Josef Buchwald hatte gegen die Stadtverordneten-Versammlung beim Bezirksauschuss Klage auf Eintragung in die Wählerliste zur Stadtverordneten-Versammlung erhoben. Der Kläger gehörte zu der großen Zahl derjenigen hiesigen Bürger, welchen der Magistrat das Wahlrecht entzog, weil sie erst mit Beginn des neuen Steuerjahres die Gemeinde-Abgaben in einer das Wahlrecht bedingenden Höhe bezahlten. Heute Vormittag stand die Klage des Herrn Buchwald, der vom Redakteur Julius Bruhns vertreten ward, vor dem Bezirksauschuss zur mündlichen Verhandlung. Der Bezirksauschuss erkannte auf Abweisung der Klage.

München, 3. Dezember. In der Gegend von Rettenbach werden fortgesetzt heute wegen Haberseldtreibens verhaftet. Einen Bergmann hat man von einer Hochzeit weg in Untersuchungshaft genommen.

Schwab. Gmünd, 3. Dezember. Die Zentrumsleute, die für die hiesige Erziehung zum Landtag zwei Kandidaten aufgestellt hatten, haben sich geeinigt. Der Kandidat der „schärferen Tonart“ hat dem früheren liberalen Abgeordneten, der sich wegen Verhinderung einer Neuwahl unterziehen muß, das Feld geräumt. Sozialdemokratischer Kandidat ist Genosse Bloß.

Oesterreich.

Wien, 3. Dezember. Das Abgeordnetenhaus nahm einen Beschlus an, nach welchem die Regierung in Zukunft bei Abschluss von Handelsverträgen mit fremden Staaten die Bestimmung in die Verträge aufnehmen solle, daß bei Streitigkeiten über die Auslegung und Durchführung des Vertrages ein Schiedsgericht zu bestellen ist; ferner solle die Regierung die Frage in ernster Erwägung ziehen, ob nicht mit den anderen europäischen Staaten Vereinbarungen zu treffen seien, bei internationalen Streitigkeiten für bestimmte Fälle eine Lösung durch Schiedsgerichte anzubahnen.

Frankreich.

Paris, 2. Dezember. (Fig. Ver.) Die Regierung verzichtet darauf, von der Kammer die Erlaubnis zur gerichtlichen Verfolgung des sozialistischen Abg. Chauvin zu verlangen, und zwar deshalb, weil sie eine neue Carmaux-Debatte vermeiden will. So wird der Beschluß des Ministerrates selbst von der Regierungspresse erklärt. Der beste Beweis, daß der Ruch, den Barthou auf den Straßen von Carmaux, hinter Gendarmen und Dragonern entfaltet, ihn auf der Kammertribüne verläßt. Unsere Genossen werden jedoch vor dem Schluß der Herbstsession die Regierung fragen, ob sie die Verfolgung Chauvin's während der Neujahrsferien wieder aufnehmen trachte. Calvignac mußte von den richterlichen Verfassungen Resignation freigelassen werden. Die von ihm ausgehenden Schläge haben sich denn doch als ein ungenügender Grund zur Anklageerhebung gegen ihn erwiesen.

Lodron, der frühere radikale Marineminister, hat in der Budgetkommission schwerwiegende Enthaltungen über den Zustand der französischen Marine gemacht. Die offiziellen Berichte, auf die er sich dabei stützte, waren von ihm zur Zeit seiner Amtshätigkeit eingefordert, durch die Demission des Rabinets Bourgeois war er aber daran verhindert, die nötigen Reformen durchzuführen. Sein Nachfolger, Admiral Bernad,

würdigte jedoch die gesammelten Dokumente keines Blickes. Die Einzelheiten der Enthaltungen sollen, auf Verabredung zwischen Lodron und der Budgetkommission, aus „patriotischen“ Rücksichten streng geheim bleiben. Die sonst allwissende Presse hat nur so viel herausgebracht, daß es sich um den äußerst vernachlässigten Zustand des Schiffsmaterials, der Schiffsbewaffnung und der Küstenverteidigung handelt. Das kann nicht weiter Wunder nehmen, wenn man weiß, daß die Marine noch mehr als die anderen Verwaltungszweige sich in den Händen eines unverantwortlichen Klüngels befindet, der in Material- wie in Personalfragen Vetterwirtschaft treibt. Den Steuerzahlern werden nun Lodron's Enthaltungen zu zwei-hundert Millionen Franken (160 Millionen Mark) kosten, bloß um $\frac{1}{4}$ weniger als das jährliche Marinebudget. Auf diese Summe veranschlagt Lodron, die zur Wiederumrüstung der Marine notwendigen Ausgaben. Da die Enthaltungen von radikaler und ziviler Seite kommen, ist der Verdacht ausgeschlossen, daß es sich etwa bloß um Stimmungsmache zum Zwecke einer gründlichen Schröpfung der Steuerzahler handle. Gleichzeitig berichtet Abg. Charles Roux, Berichterstatter des Budgets des Handelsministeriums, über den Niedergang der französischen Handelsmarine nicht nur im Vergleich mit England, sondern auch mit Deutschland. Er führt zum Beweise folgende Zahlen an. 1887 betrug der Tonnengehalt der Handelsdampfer (von mehr als 1000 Tonnen) in England 6 592 496, in Frankreich 722 252, in Deutschland 628 296; im Jahre 1895 stellen sich die respektiven Zahlen auf 9 984 280, 864 598 und 1 306 771. So ist Frankreich im Laufe von acht Jahren von der zweiten auf die dritte Stelle, weit hinter Deutschland, herabgeraten.

Paris, 3. Dezbr. (Fig. Ver.) Im hiesigen Volkshause fand gestern eine imposante Protestversammlung statt gegen das Verhalten der Regierung in Carmaux. Die Genossen Nouanet, Sembat und Jourviere geißelten vor einer Jubelverssammlung von über 3000 Mann die bedrückenden Gewaltakte. Einstimmig wurde beschloffen, mit sämtlichen sozialistischen Organisationen der Hauptstadt sich in Verbindung zu setzen, um im größten Pariser Lokal eine Versammlung zu veranstalten, wo Jaurès über die Ausübung seines Mandats Bericht erstatten soll. Die gesammelten Eintrittsgelder werden dann für den Abdruck der Jaurès'schen Rede und deren Verfertigung an alle Carmaux'er Wähler verwendet werden. In der Protestresolution fordert die Versammlung die Barthou und die Unter-Barthou heraus, es zu wagen, die geplante großartige Kundgebung zu verhindern.

Die geführte Versammlung wurde einberufen von der kürzlich geschaffenen Landmannschaften-Organisation, der „Föderation der departementalen sozialistischen Gruppen“. Die neue Organisation, der bereits über 20 Landmannschaften-Vereine aus ebenso vielen Departements angehören, hat neben der Förderung der sozialistischen Propaganda in den betreffenden Gegenden zum Zweck, die reaktionäre Haltung der Bourgeois-deputierten zur Kenntnis ihrer Wähler zu bringen — eine sehr wirksame Agitationsform!

Toulon, 3. Dezember. Drei Korporale und ein Soldat wurden wegen angeblich anarchistischer Antriebe verhaftet.

Belgien.

Brüssel, 3. Dezember. Im Gemeinderathe verlas Bürgermeister Buis heute eine Erklärung, in welcher er sein Entlassungsgesuch und das des Schöffenskollegiums durch die katholisch-sozialistische Koalition zu rechtfertigen sucht. Das Schöffenskollegium könne seine Rolle nicht darauf beschränken, von einer Justizmehrheit gegebene Befehle auszuführen. Das Kollegium lehne es ab, sich in das sozialistische Getriebe hineinzuerren zu lassen. Eine andere Zusammensetzung des Gemeinderates werde eine Erhöhung der Löhne herbeiführen, eine Vorlage betreffend eine Einkommensteuer sei übrigens schon angekündigt. De Jaer (Rechte) sucht nachzuweisen, daß das Entlassungsgesuch durch ein Mißverständnis veranlaßt worden sei.

Brüssel, 4. Dezbr. (B.L.B.) Repräsentanten-Kammer. Der sozialistische Abgeordnete Vandervelde interpelliert den Justizminister Begem über die Ausweisung der Engländer Tom Mann, Wilson, Sexton und Ben Lillet. Der Justizminister erwidert, daß er dabei dem Gebrauch seiner Vorgänger gefolgt sei. Jeder Fremde, welcher sich den Landesgesetzen nicht unterwirft oder dazu auffordert, sie zu übertreten, müsse unverzüglich ausgewiesen werden. Diese Fremden seien nach Belgien gekommen, um eine ausländische Bewegung der Dockarbeiter von Antwerpen zu organisieren und einen Streik zum Ruine des Antwerpener Hafens in die Wege zu leiten, wie dies von dem sozialistischen belgischen Blatte „Peuple“ zugestanden worden sei. Es seien gegenwärtig Verhandlungen mit dem englischen Auswärtigen Amte über diese Frage eingeleitet, er könne daher noch keine Auskunft darüber geben. Klein er werde stets verhindern, daß Fremde die belgische Gastfreundschaft mißbrauchten. Eine hierauf vom Interpellanten eingebrachte Tagesordnung mit einem Tadelvotum gegen die Regierung wird mit 56 gegen 27 Stimmen abgelehnt und eine Tagesordnung Delbeke mit einem Vertrauensvotum für die Regierung angenommen.

England.

Edinburgh, 3. Dezember. Der Oberbefehlshaber der englischen Armee, Hofsley, hielt hier eine gewaltige Rede auf den obligatorischen Militärdienst, und zog Deutschland als Muster an. — Geschäftsrückblicken.

Dänemark.

Kopenhagen, 3. Dezember. Das Folkething hat einstimmig folgende Tagesordnung angenommen: „Das Folkething erwartet, die Regierung werde keine Gelegenheit unbenutzt lassen, das Ausland zu überzeugen, daß die Behauptungen Dänemarks bei etwaigen Konflikten anderer Staaten ausschließlich auf Aufrechterhaltung der Neutralität ausgehen würden.“

Italien.

Mailand, 3. Dezember. („Römische Zeitung.“) Die „Parföeranzen“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß entgegen den namentlich im Ausland verbreiteten Gerüchten keinerlei geheime Abmachungen zwischen Italien und Rußland bestehen. — Die Biemarck'schen „Leipziger Neuesten Nachrichten“ haben bekanntlich das Gegenteil behauptet.

Spanien.

Madrid, 4. Dezember. Wie aus Santander gemeldet wird, treten Konflicte, Industrielle und Finanzleute zusammen, um bei Regierung ein unerschöpfliches Anleihen von 400 Millionen Francs mittels einer Emission von Bonds zu 100 Francs, in 10 Jahresraten nach dem Kriege rückzahlbar, anzubieten. — Scheinleute zu sein, die mit der Regierung als Herbeslieferanten u. s. w. Geschäfte machen und einen doppelten Schnitt beabsichtigen.

Rumänien.

Bukarest. Im neuen Ministerrath sitzen auch einige Mitglieder des abgetretenen liberalen Kabinetts. Am 3. Dezember fand eine neuerliche Strafen-Kundgebung von mit Knäueln bewaffneten Männern statt, die von Konservativen geführt wurden.

Türkei.

Konstantinopel, 3. Dezember. („Magdeb. Ztg.“) Der „Pol. Corr.“ zufolge sind die finanziellen Schwierigkeiten der Türkei so groß, daß die Porte geneigt ist, aus der Waisenkasse Vorschüsse zu nehmen, falls es ihr nicht glückt, durch eine Anleihe im Ausland bald der Geldnoth abzuhelfen. Es besteht die Absicht, die Bahngarantien anzugreifen,

beziehungsweise die verschiedenen Gesellschaften verpfändeten, von „Leite Publique“ verwalteten Staatseinnahmen mit Beschlag zu legen.

Afrika.

Transvaal. Als Grund der in diesem Lande kürzlich eingeführten strengen Pahnregeln wird in einem in dem Amsterdamer Blatte „Nieuws van den Dag“ abgedruckten Briefe die Thatfache angeführt, daß in der letzten Zeit hunderte von jungen Engländern, denen man den Soldaten auf zehn Schritte ansah, in den Minendistrikten ankamen. — Die Buren fürchten also einen neuen „Jameson-Mitt.“

Amerika.

Vereinigte Staaten. „Daily Chronicle“ meldet aus New-York: Mac Kinley und die Führer der republikanischen Partei sind völlig darüber einig, eine außerordentliche Tagung des Kongresses nach dem 4. März 1897 einzuberufen, um ein neues Schulzoll-System festzusetzen. Mac Kinley und seine Freunde mißbilligen die Versuche, ein überhöhtes Zollgesetz während der Tagung dieses Winters durchzubringen.

Erhöhung der Schiffabgaben für deutsche Schiffe. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus New-York gemeldet: Der Präsident erläßt eine Proklamation, der zufolge nach dem 3. Januar n. J. deutsche Schiffe wieder Tonnengebühren und andere Hafenabgaben zahlen müssen. Der Präsident erklärt, die Vergünstigung sei den deutschen Schiffen bisher gewährt worden, weil im Jahre 1888 die deutsche Regierung versprochen habe, den amerikanischen Schiffen gleiche Privilegien zu geben, indessen seien diese in neuerer Zeit entzogen worden und deswegen erfolgten die Vergeltungsmahregeln.

Kuba. Eine kleine Abtheilung Aufständischer griff das Dorf Guanabacca in der Nähe von Havana an, wurde aber mit Verlusten zurückgeschlagen. — Diese Nachricht kommt über Madrid und soll wahrheitsgemäß eine Siegesdepesche vorstellen. In Wirklichkeit besagt sie nur, daß die Insurgenten vor den Thoren der Hauptstadt stehen.

Rio de Janeiro (Brasilien), 4. Dezember. Der Senat genehmigte die Zahlung einer Entschädigung von vier Millionen Milreis an Italien. Die Summe wird sofort ausgezahlt.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission hielt heute ihre erste Sitzung ab. Dieselbe beschloß, ihre Arbeiten baldigst aufzunehmen und mit der Verathung des Ordinarius des Militär-Stats zu beginnen. Die erste Sitzung soll Donnerstag Vormittag 10 Uhr stattfinden. Referenten sind Dr. Schäbler und v. Poddielesky. Von selten unserer Fraktion gehören der Budgetkommission Sebel, Meißner und Singer an. Die Kommission hielt heute ihre Sitzung im Zimmer Nr. 12 ab, das einen Saal bildet, in dem ca. 300 Personen bequem sitzend Platz finden können. Der Raum ist erst kürzlich der Benutzung übergeben worden. Sollte sich herausstellen, daß die Akustik, wie befürchtet wurde, eine mangelhafte ist, so sollen die späteren Sitzungen wieder in dem früheren Zimmer stattfinden.

Die Hauptreferate sind wie folgt vertheilt: Militär-Stat, Ordinarius: v. Poddielesky (L.), Dr. Schäbler (R.); Extra-Ordinarius: Dr. Sacher (R.); Marine: Dr. Lieber (R.), von Leipziger (L.); Aufwärtiges Amt und Kolonial-Stat: Prinz Arenberg (R.), Dr. Gasse (natl.); Reichseisenbahnen: Dr. Pachnide (fr. Bg.); Zölle und Verbrauchsteuern: Dr. Pachnide (fr. Bg.); Wassermarkt (natl.); Post und Telegraphie: Dr. Paalke (natl.); Zinsen (R.); Reichsschatzamt, Pensionsfonds, Reichswaldfonds: Frhr. v. Gillingen (Stp.). Die Kommission wird am 10. Dezember in die Verathung des Militär-Stats eintreten.

Die Dampfer-Subventions-Vorlage bildete heute Morgen den Gegenstand der Besprechung einer Fraktions-Sitzung der Deutsch-Konservativen im Reichstag. Nach der „Post“ war in dieser Fraktions-Sitzung die Stimmung der Vorlage sehr ungunstig, jedenfalls will man auf eine gründliche Prüfung der Angelegenheit in der Budgetkommission dringen.

Margarine-Gesetzgebung. In Reichstagskreisen wird der „Nationalliberalen Korrespondenz“ zufolge die Margarinefrage jetzt abermals sehr lebhaft erörtert. Seitens der konservativen Partei ist man zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Wiederbringung des Gehentwurfs in der Fassung der Kommission wenig Aussicht auf Erfolg hat, da selbst wenn wirklich eine Mehrheit des Hauses dafür gewonnen würde, der Entwurf doch im Bundesrath scheitern würde. Im Zentrum herrscht ebenfalls wenig Neigung, den Entwurf unändert wieder einzubringen. Es werden daher voraussichtlich schon in den nächsten Tagen zwischen Vertretern beider Parteien, denen sich auch solche der Reichspartei anschließen dürften, Verhandlungen stattfinden, um sich über gewisse Zugeständnisse, die an die verbündeten Reaktionen zu machen sind, zu einigen. Dann soll ein neuer Entwurf ausgearbeitet und dieser als Initiativantrag nach Weihnachten dem Reichstag vorgelegt werden.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Verberathung des Gesetzentwurfes betreffend die obligatorische Staatschuldentilgung und den Ausleihfonds ist vom Vorsitzenden, Dr. Frinet, auf Montag 11 Uhr einberufen. Finanzminister Dr. Wiquel hat, der „Post. Ztg.“ zufolge, sein Erscheinen in dieser Sitzung zugesagt.

Prozeß Teichert — v. Lühow.

Dritter Tag.

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Rößler eröffnet die Sitzung um 9^{1/2} Uhr.

Oberstaatsanwalt Drescher: Mit Rücksicht auf den gestrigen, Ruffachen erregenden Zwischenfall habe ich bei dem Untersuchungsrichter des Landgerichts I den Antrag gestellt, gegen v. Lühow die Untersuchung wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges zu eröffnen und ihn in dieser neuen Sache in Haft zu nehmen. Was den früheren Konful René betrifft, so sind die Nachforschungen des Kriminalkommissars v. Tausch von Erfolg gewesen. Herr René befindet sich in einem Berliner Hotel, er ist aber, wie er behauptet, krank und kann nicht kommen. (Der betreffende Herr war heute Mittag im Reichstagsgebäude, R. d. B.) Ich beantrage, Herrn René sofort vorläufiglich in Haft zu laden.

Der Gerichtshof beschließt, diesem Antrage zu entsprechen. Rechtsanwält Lubczynski: Mir ist gestern Abend noch in späterer Abendsunde die Adresse der Dame mitgeteilt worden, die nach der Behauptung des Angeklagten v. Lühow in dem Café anwesend gewesen sein soll, als der Zeuge Kufatich die Quittung unterschrieb. Ich habe die Dame sofort telegraphisch aufgefordert, mit dem nächsten Zuge hierher zu eilen. Die Dame wohnt in St. Johann a. d. Soar.

Zeuge Keller.

Korrespondent des „Hannoverschen Couriers“. Er bekräftigt, daß bei einer gelegentlichen Begegnung auf der Straße v. Lühow ihm von seiner Affaire gesprochen und dabei gesagt habe: ein Artikel in der „Welt am Montag“ täusche von ihm her, Herr v. Marschall sei noch vor kurzem ganz der im Artikel vertretenen Meinung gewesen und nun hebe er ihm den Staatsanwalt auf den Hals, aber er werde es Herrn v. Marschall schon anstreifen. Zeuge hat letzteres für Renommisterei gehalten. Er sei von anderen Kollegen vor v. Lühow gewarnt worden und er habe ihn auch durch eine falsche Nachricht einmal hineinlegen wollen, dadurch, daß er ihm vor ca. zwei Jahren eine an-

geblich „authentische“ Nachricht über den bevorstehenden Rücktritt des Kultusministers überbrachte. Danach sollte Graf Udo Stosberg Nachfolger des Kultusministers werden. Der Zeuge hat dann diese Nachricht depechiert, aber doch noch rechtzeitig durch den Abg. Richter, der sich direkt an den Kultusminister Hoffe wandte, erfahren, daß die Nachricht absolut erfunden sei. Ein anderes Mal sei Herr v. Lühow an ihn herantreten, indem er ihm sagte, er sei durch Herrn v. Sturm beauftragt, Material zu dem Projekt zu sammeln, den Stöcker gegen eine Saarbrücker Zeitung angestrengt hatte. Bald darauf wurde der Zeuge durch einen Herrn aus einer Militär-Vericherungsanstalt ersucht, ihm genaue Ziffern über die letzten Aushebungen zu verschaffen und da v. Lühow mit seinen Beziehungen zum Kriegsministerium renommirt habe, so habe er diesem einen Besuch abgestattet, der aber auch ergebnislos gewesen sei. Darauf beschränkte sich sein Verkehr mit Herrn v. Lühow. — Angellager v. Lühow bleibt dabei, daß die gelegentliche Aeußerung zu dem Zeugen anders gelaute habe, wie letzterer angegeben. — Zur Verlesung gelangt noch ein Artikel der „Frankf. Ztg.“, der sich über die persönlichen Verhältnisse des v. Lühow äußert, in mehrere Blätter übergegangen ist und v. Lühows Veranlassung gegeben hat, seinen Verteidiger mit einer Verleumdungsklage gegen den „Hannov. Courier“ zu betrauen. In diesem Artikel wird gesagt, daß v. Lühow zu einer alten medlenburgischen Adelsfamilie gehöre, daß sein Vater höherer Offizier gewesen sei und er selbst seine Ausbildung im Kadettenhaus erhalten habe. Er habe sich mit einem Fräulein Bellair verheiratet, welche in Wahrheit Frau Kunze hieß und eine Tochter des bekannten Jambertiniers Bellachin war. Die Mutter des Herrn v. Lühow sei eine Schwester der bekannten Gräfin Erdemich gewesen, die als Hofdame der Frau Prinzessin Karl seinerzeit am Könighofe eine sehr bekannte und sehr galante Rolle gespielt habe.

Der falsche Hintermann.

Die Vernehmung wird hier unterbrochen. Oberstaatsanwalt Drescher theilt mit, daß der Zeuge René durch einen Kriminalbeamten zur Gerichtsstelle hinführt sei. (Es stellt sich aber heraus, daß Herr René freiwillig gekommen ist und der ihm folgende Kriminalbeamte von Herrn v. Tausch auf alle Fälle zur Beobachtung des Herrn René im Hotel zurückgelassen worden war.) Auf Antrag des Oberstaatsanwalts wird der Zeuge René sofort vernommen. Dieser giebt an, daß er Karl René heiße, 55 Jahre alt, katholisch sei und von gar nichts wisse, weder Herrn Tausch kenne, noch welche Beziehungen zur Polizei unterhalte. — Rechtsanwalt Lubczynski: Herr Zeuge, Sie werden sich entsinnen, daß wir uns einmal in einer Gesellschaft getroffen haben. Haben Sie sich nicht damals eines freundschaftlichen Verhältnisses gerührt, welches zwischen dem Herrn v. Lukanus und Ihnen besthe? — Zeuge: Ich kann nur gesagt haben, daß Herr v. Lukanus mich kennt und das ist die Wahrheit. — Rechtsanwalt v. Lubczynski: Ist es denn nicht richtig, daß Sie sich mit Politik beschäftigen? — Zeuge: Ja, ich habe für den Landtag kandidirt und auch einige Artikel veröffentlicht, aber entschieden stelle ich in Abrede, daß ich irgendwie berufsmäßige Journalistik betreibe.

Noch einmal Kriminalkommissar v. Tausch.

v. Tausch: Er sei von der Vertheidigung gestern daraufhin gefragt worden, ob er einem Verdachte nach einer bestimmten Persönlichkeit nachgehe. Er habe erst Bedenken getragen, darauf einzugehen, damit es aber nicht so scheine, als ob er die angeblichen Ermittlungen bloß vorschiede, habe er schließlich den Namen René genannt. Er habe dies nicht leichtsinngeweise gethan, sondern merkwürdigerweise wurden ihm von zwei ganz verschiedenen Seiten Mittheilungen gemacht, die übereinstimmend auf Herrn René hinwiesen. Bis jetzt war eine Prüfung dieser Nachrichten nicht möglich. Die Quelle dieser Mittheilungen zu nennen, lehne ich aus dienstlichen Gründen ab.

v. Marschall glaubt an den Hintermann nicht.

Staatssekretär v. Marschall: Auf die Frage des Vertheidigers möchte ich bemerken, daß nunmehr wohl die dritte Kategorie von Hintermännern ins Feld geführt werden soll. Die erste Kategorie waren die Beamten des Auswärtigen Amtes, die zweite diejenigen Leute, die im Auswärtigen Amt verlehren, und nun kommt die dritte Kategorie, d. h. Leute, die mit Beamten verkehren, welche im Auswärtigen Amt verlehren. Das genügt. Und wenn der Kriminalkommissar v. Tausch betont, er sei „noch immer“ mit Erhebungen nach dem angeblichen Hintermann beschäftigt, so muß ich bemerken, daß er vom Auswärtigen Amte keinen Auftrag dazu erhalten hat, wie er seit vier Jahren überhaupt keinen Auftrag vom Auswärtigen Amte erhält. v. Tausch: Vom Auswärtigen Amte habe ich keinen Auftrag erhalten, aber außer dem Auswärtigen Amte giebt es noch eine Behörde, die mir viel näher steht, nämlich das Polizeipräsidium, und ob ich von diesem einen Auftrag erhalten habe, das kann Herr v. Marschall doch nicht wissen.

Zeuge v. Marschall: Ich will auch nicht unterlassen zu erklären, daß ich Herrn René nicht kenne und dieser im Auswärtigen Amte unbekannt ist.

„Melbung an höchster Stelle.“

Es soll nun der Korrespondent v. Huhn vernommen werden.

Hierzu erbittet sich Freiherr von Marschall das Wort: Es handelt sich hier um einen Artikel der „Kölnischen Zeitung“ vom 28. April d. J. über das Schicksal der Militär-Strasprozess-Ordnung. Der Artikel hat gewaltige Aufsehen hervorgerufen, weil er große Bekanntheit mit distinkten Dingen enthielt und anknüpfend an die Pensionirung des Generals von Spix Angriffe gegen den General von Huhn richtete. Im Ministerium des Innern waren nach meiner Kenntniß Erhebungen über den Verfasser des Artikels angestellt worden und es wurde als angeblicher Verfasser der Korrespondent v. Huhn ermittelt und als solcher auch an höchster Stelle gemeldet. Da Herr v. Huhn zu den Journalisten gehört, die im Auswärtigen Amte verkehren, so befragte ich ihn vor einiger Zeit darüber und Herr v. Huhn behauptete, daß er diesem Artikel vollständig fern stehe und bereit sei, dies jederzeit zu bezeugen. Ich forschte dann bei dem Ministerium des Innern nach, woher die falsche Beschlüßigung des Herrn v. Huhn stamme und erhielt die Antwort: „Durch Herrn v. Tausch!“ Auf die weitere Frage, woher Herr v. Tausch dies habe, wurde der Bescheid: von einem sehr werthvollen Vertrauensmann, den man aber nicht nennen dürfe.

Herr v. Marschall über die Vertrauensmänner der politischen Polizei.

Es ist doch wohl von Interesse, zu konstatiren, daß die Vertrauensmänner der politischen Polizei dieser nachweisbar nun schon in drei Fällen falsche Nachrichten übermitteln haben. Erstens bei der „Welt am Montag“, zweitens im Falle der „Münch. Neuesten Nachrichten“, wo das literarische Bureau des Ministeriums des Innern verächtlich wurde; hier, wo das Ministerium des Innern dupirt wurde durch Denunziation des Herrn von Huhn, der mit dem Auswärtigen Amte in Beziehung stehen soll. Mir ist es ganz gleichgültig, welche Vertrauensmänner die politische Polizei verwendet, wenn aber diese Vertrauensmänner wagen, mich oder Beamte meines Ressorts zu verleumden, so muß ich mich dagegen wehren. Ich bitte den hohen Gerichtshof um Vergeltung, daß ich weiß auf diese Dinge eingehe, daß

Treiben gegen das Auswärtige Amt geht aber schon seit Jahren fort und der Gerichtshof wird mir nachfühlen, daß ich jetzt dankbar diese Gelegenheit benutze, um in voller Oeffentlichkeit die Dinge klarzulegen.

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Bösl er: Herr v. Tausch, von wem hatten Sie die Nachricht über Herrn v. Huhn? — v. Tausch: Von einem ganz zuverlässigen Agenten, von dem ich bis dato noch nicht ein Mal eine falsche Nachricht erhalten habe. — Präsi.: Wollen Sie diesen Mann nennen? — v. Tausch: Nein. — Präsi.: Dürfen Sie ihn nicht nennen? — v. Tausch: Nein. — Präsi.: Ich nehme an, daß Sie sich dabei auf den § 53 stützen wollen? — Zeuge: Ja wohl. — Präsi.: Herr Kommissar, ich weise Sie dann darauf hin, daß § 53 Ihrer vorgesetzten Dienstbehörde nur in den Fällen das Recht giebt, Ihnen die Erlaubnis zur Aussage zu versagen, wenn Interessen des Reichs oder der Bundesstaaten gefährdet erscheinen. Und nun fordere ich Sie auf, sofort zu Ihrem vorgesetzten Herrn v. Wiedheim sich zu begeben und ihm zu sagen, daß der Gerichtshof es für notwendig erachtet, den Namen Ihres Gewährsmannes zu erfahren. — Zeuge v. Tausch entfernt sich aus dem Saale.

Weitere Zeugen.

Zeuge v. Huhn, Korrespondent der „Köln. Ztg.“, erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, daß er den in Frage stehenden Artikel der „Köln. Ztg.“ nicht verfaßt und in keiner Weise inspirirt habe. Er stehe außer jeder Beziehung zu dem Artikel und kenne ihn nur als Leser.

v. Bangerow, Korrespondent des „Hannov. Courier“, bestätigt im allgemeinen den Inhalt der Zeugenaussage des Oberstaatsanwalts Gaede. Der Angeklagte v. Lühow sei zu ihm gekommen und habe sich eingeführt mit der Frage, ob er dem Kriegsminister einen Gesallen erweisen wolle. Da der Zeuge ein Verehrer des Kriegsministers sei und in betreff der Frage der Militär-Strasprozess-Ordnung auf demselben Boden stehe wie der Kriegsminister, so habe er sich bereit erklärt, den Artikel, den v. Lühow ihm mit dem Bemerkten gegeben habe, daß der Minister dessen Veröffentlichung gern sehen würde, bei den nationalliberalen Zeitungen unterzubringen. Dies sei bei der „National-Zeitung“ und dem „Hannoverschen Courier“ geschehen.

Oberstaatsanwalt: Nachdem Sie nun den Verlauf der Verhandlung gelesen haben, haben Sie dann nicht den Eindruck gewonnen, daß Ihnen der Artikel gewissermaßen nur als Lockspeise gegeben wurde und daß es dem Angeklagten von Lühow nur darum zu thun war, den Namen des Verfassers zu erfahren, der den Artikel in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ und dem „Hannoverschen Courier“ geschrieben hatte? — Zeuge: Ja, jetzt ist mir ja alles klar, nachdem ich erfahren, daß v. Lühow im Dienste des Kriminalkommissars von Tausch stand. Der Angeklagte fragte mich im Laufe des Gesprächs, ob ich nicht den Verfasser der fraglichen Artikel kenne, was ich verneinte. —

Umfall des polizeilichen Vertrauensmannes.

Oberstaatsanwalt: Nun ja, das war die falsche Flagge, unter der er sich als Vertrauensmann der politischen Polizei bei Ihnen einführte. Das war eine Art Kunststück, daß er angezettelt hatte. Mit Hilfe des Artikels sollten Sie hineingelegt werden. Wenn er von Ihnen den Namen des Verfassers erfahren hätte, würde er ihn sofort an den Kriminalkommissar v. Tausch verathen haben.

Zeuge: Ja, das ist mir auch klar, zumal Herr v. Tausch bereits in derselben Angelegenheit bei mir gewesen war.

Angell. v. Lühow: Aber Herr Oberstaatsanwalt, ich war es doch nicht, der das Kunststück angezettelt hatte, sondern mein Auftraggeber, der mir sagte, ich solle es so machen.

Oberstaatsanwalt: Und wer war das? — Lühow: Herr von Tausch.

Oberstaatsanwalt: Das genügt mir. Ich wollte nur feststellen, daß Sie im Dienste der Polizei standen und unter der Maske eines Mannes erschienen, der vorgab, nur journalistische Zwecke zu verfolgen.

Hierauf tritt eine Pause von einer halben Stunde ein. Nach Wiedereröffnung der Sitzung theilt der Präsident mit, daß Umstände eingetreten seien, welche die Anordnung einer weiteren Pause von einer Stunde notwendig gemacht hätten.

Während der Pause saßen Oberstaatsanwalt Drescher, Rechtsanwalt Lubczynski und der Angeklagte v. Lühow vom Gerichtsgelände in einer Droschke weg — wie man später erfährt, in die Wohnung v. Lühow's.

Erst um 3 Uhr werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Oberstaatsanwalt Drescher: Ich möchte gern Ausschluß geben über die Nothwendigkeit der Pause. Der Vertheidiger des Herrn v. Lühow hatte mir mitgetheilt, daß sein Klient jetzt bereit sei, die volle Wahrheit zu sagen und vollständige Auskunft über Verhältnisse zu geben, die bisher noch nicht zur Sprache gekommen seien. Sein Klient müsse aber in seine Wohnung geführt werden, damit er von dort eine Anzahl von Dokumenten holen könne. Ich habe mich im Einverständnis mit dem Vorsitzenden veranlaßt gesehen, die Fahrt nach der Wohnung des Herrn v. Lühow zu machen und wir haben von dort eine Anzahl von Schriftstücken mitgebracht. Ob diese für die Verhandlung wesentlich sein werden, habe ich noch zu prüfen und behalte mir Erklärungen darüber vor. Zugleich hat v. Lühow eine Erklärung abgegeben, die ich vorzutragen bitte.

Das Schuldbekentniß.

Rechtsanwalt Lubczynski: Unter dem niederschmetternden Ereigniß von gestern Abend und im Rückdenken an die Ehre seiner Familie hat Herr v. Lühow sich veranlaßt gesehen, mir die ganze Wahrheit einzugestehen. Dies Geständniß ist zu Protokoll gebracht worden und lautet:

Am 27. habe ich (Lühow) die Information von Ledert erhalten und zwar mit der Spitze gegen Eulenburg und der Quelle Marschall. An demselben Abend habe ich es der Welt am Montag gegeben. In der nächsten Woche bin ich mehrere Male bei Tausch gewesen und habe ihm auf seine Frage gesagt, daß ich die Sache gebracht und von Ledert erhalten hätte.

Die Entlarbung.

Der Polizeikommissar v. Tausch nahm die Sache riesig (freudig) auf wegen der Quelle Marschall und zwar deswegen, weil, wie ich weiß, Tausch von jeher eine große Antipathie gegen Marschall besaß. Er sagte mir, ich solle diese Sache nochmals haarklein zu Papier bringen, weil er die Absicht habe, diese ganze Sache an den Vorkämpfer Grafen Philipp Eulenburg mitzutheilen, um ihm dadurch wieder einmal zu zeigen, wie Eulenburg v. Marschall gegen die Umgebung des Kaisers konspirire. v. Tausch hat mich über diese Sache bis zum äußersten ausgequetscht und ich habe ihm alles so haarklein erzählt, bezw. geschrieben, weil ich fest von der Wahrheit der Ledert'schen Information überzeugt war. Tausch hat dann auch an den Grafen Philipp Eulenburg, wie er uns sagte, nach Liebenberg geschrieben und ihm mitgetheilt, daß er

eine wichtige Sache für ihn habe. Eulenburg hat ihm, wie ich gesehen habe, geantwortet, er komme nächsten nach Berlin und freue sich, ihn dann begrüßen zu können.

Zwischen anmirte mich Tausch sehr, recht den Ledert auszufragen, um genau über die Gewährsmannschaft Bescheid zu wissen und die Fortsetzung am nächsten Montag zu bringen, damit die Sache nicht einschleife. Inzwischen sollte ich mehrfach berichten, was ich auch gethan habe. Dann wollte er dafür Sorge tragen, daß der Kaiser durch Eulenburg alles erfähre, damit wir endlich dann den Marschall beim Widel hätten. Um Tausch nun gefällig zu sein und weil ich mich vollständig in seinen Händen befand, im übrigen aber an die Wahrheit der Sache auch glaube, habe ich mich auch um die Unterbringung des zweiten Artikels bemüht.

Am Montag, nachdem der zweite Artikel erschienen war, ließ er mich zu sich holen und erzählte mir, der Teufel wäre los im Auswärtigen Amt und der Polizeipräsident wäre hinbefohlen worden. Es wäre letzterem nichts übrig geblieben, als mich zu nennen. Ich solle nun nochmals ihm einen eingehenden Bericht geben, um damit zu Philipp Eulenburg zu gehen. Er werde mich bedcken und schützen. Ich solle ganz beruhigt sein. Die ganze nächste Woche ließ er mich rufen und erzählte mir, das Auswärtige Amt sei ganz verfallen darauf, die Sache weiter zu verfolgen. Am Sonnabend ließ er mich durch einen Nachtmeister nach dem Polizeipräsidium hinführen und sagte mir, er müsse mich verhaften. Ich solle nicht sagen, daß ich mit ihm in Verbindung gestanden habe. Zwischen uns bleibe es wie bisher. Er war in fürchterlicher Angst. Am Sonntag sagte er mir: Die Sache wird für uns alle sehr schlimm: die Sache mit Kutusch kommt auch herand. Bleiben Sie aber nun fest. Am 15. gab er mir 100 M. und von da an sahen wir uns sehr wenig. Bei der zweiten Verhaftung war Tausch wieder in fürchterlicher Angst.

In Sachen Kutusch habe ich zu erklären:

Als der Artikel in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ erschienen war, bestellte mich Tausch zu sich und sagte, daß der Kriegsminister Bronsart ihm (Tausch) gesagt hätte, daß Bronsart den Minister Köller für den Informator des Artikels halte. Er (Tausch) möchte sich bemühen, das heraus zu bekommen und ihm dafür Beweise zu liefern. Hierauf machte mich v. Tausch „scharf“ und beauftragte mich, bei den Angestellten des literarischen Bureaus das auszufragen. Ich versuchte nun innerhalb der nächsten 8—14 Tage den Kutusch hinten herum für die Sache zu interessieren und sagte das auch Tausch. Fast täglich sagte mir Tausch, der Kriegsminister habe das größte Interesse und es könne kosten was es wolle, daß bei Kutusch herauszubekommen. Diese Versuche waren vergeblich. Tausch aber hatte sich inzwischen schon engagirt, da er bei Herrn v. Bronsart den Namen Kutusch schon genannt hatte.

Darauf veranlaßte mich Tausch, einen anonymen Brief an das Kriegsministerium zu schreiben folgenden Inhalts:

„Wollen Sie wissen, wer gegen Sie heßt, so fragen Sie Hanmann, Eckart und Kutusch.“

Diesen Brief hat Herr von Bronsart erhalten. Ich habe diesen Brief von einem Hausdiener schreiben lassen. Dann erzählte v. Tausch, daß eine Untersuchung gegen „Unbekannt“ eingeleitet sei, in der die 3 (eigentlich 4) Personen als Zeugen vernommen würden. Hierüber geriet v. Tausch in große Angst, weil auf diese Weise sein Vorgesetzter v. Köller von der Sache erfähre und er ihm noch nicht gemeldet habe. Um nun seine Zukunft bezüglich des Kutusch Herrn v. Bronsart gegenüber aufrecht zu erhalten und glaubhaft zu machen, sagte er mir: Geben Sie mir eine Quittung mit dem Namen „Kutusch“ und da ich bei allen Quittungen, die ich im Laufe der Jahre gegeben, immer irgend einen falschen Namen auf Wunsch des v. Tausch im politischen Interesse gegeben hatte und er mir immer gesagt hatte, es sei ganz gleichgültig, welcher Name darauf stände, so ließ ich diese Quittung durch einen Dritten mit dem Namen Kutusch unterzeichnen. Auf die Nechlichkeit kam es mir gar nicht an, da ich noch niemals die Schrift von Kutusch gesehen hatte. Ich hatte bei der ganzen Sache nur den Auftrag Tausch's ausgeführt.

Welche Feindschaft v. Tausch gegen v. Marschall hatte, geht daraus hervor, daß er mich am 29. Oktober bei meiner letzten Verhaftung aufforderte, bei der Verhandlung anzugeben, daß Hönig, der v. Tausch schon damals bekannte, Verfasser des Artikels in der „Kölnischen Zeitung“, „Hilgel-Adjutanten-Politik“ zu sein, vom Prinzen M. zu hohenlohe empfangen werde, wodurch der Verdacht erweckt werden sollte, daß diese Artikel doch aus dem Auswärtigen Amte kämen.

Ich mußte Tausch's Aufträgen schon deshalb nach jeder Hinsicht folgen, da ich in meiner Existenz vollständig von ihm abhängig war. Ich bekam 200 M. von ihm monatlich. Er drohte mir fast jeden Monat, mir das Gehalt zu entziehen, wenn ich nicht durch Bringen von Nachrichten sein Interesse mehr berücksichtigte. Ich hatte mich bisher in der Verhandlung gebunden erachtet, von diesen Verhältnissen nicht zu reden, da ich ihm mein Ehrenwort gegeben hatte, daß Verhältniß nicht zu berühren. Da ich aber jetzt in der Oeffentlichkeit, insbesondere durch die angebliche Fälschung, so gebrandmarkt bin, so sehe ich mich im Interesse der Gerechtigkeit genöthigt, alles aufzudecken.“

Auf die Frage des Präsidenten an v. Lühow, ob er sich der Schwere seiner Beschuldigung, die einen bis dahin als ehrenhaft geltenden Mann aus der Reihe der Ehrenmänner streichen würde, voll bewußt sei, erklärte v. Lühow, daß er die volle Wahrheit sage, er habe völlig im Sinne des Kriminalkommissars gestanden.

Präsi.: Herr Kriminalkommissar, ist das, was der Angeklagte Lühow hier behauptet, wahr?

v. Tausch: Von A bis Z erl—

Oberstaatsanwalt (ihn unterbrechend) bittet, den Zeugen darauf aufmerksam zu machen, daß ihm das Recht zu stehe, das Zeugniß zu verweigern. Der Präsident erklärt ihm das.

v. Tausch: Von A bis Z ist alles erlogen.

Der Kriminalkommissar im Kreuzverhöre.

Präsi.: Seit wann stehen Sie in Beziehungen mit dem Angeklagten? — Zeuge: Seit 1891 oder 92. Er war bei uns Agent. — Präsi.: War die Verbindung sehr enge? — v. Tausch: O ja, er kam oft, jede Woche zweimal, es gab auch Zeiten, wo er wochenlang nicht kam. — Präsi.: Haben Sie auch schriftlich mit dem Angeklagten verkehrt? — Zeuge: Ich glaube nicht — ja ... wenn einmal ... regelmäßig nicht. — Präsi.: Ist einmal die Rede davon gewesen, daß Sie Polizeirath werden sollten? — v. Tausch: Zu meinem Bedauern. — Präsi.: Haben Sie jemals dem Angell. v. Lühow die Auforderung zukommen lassen, Ihre Verdienste in den Zeitungen herauszutreiben? — v. Tausch: Das ist mir nicht in Erinnerung. Bei einem Hochverratsprozess hat er mir sogar direkt Verlegenheiten durch einen Artikel bereitet. — Bor.: In den Papieren ist ein Schriftstück vorhanden. (Zeigt ihm einen Brief.) Haben Sie das geschrieben? — v. Tausch: Das kann ich nicht sagen. So ganz wie meine Schrift sieht es nicht aus.

Der zur Verlesung gebrachte, aus Köln datirte Brief beginnt: „Sie haben doch die Sache nicht in den „Lokal-Anzeiger“ gebracht? Das würde gefährlich sein.“ Dann heißt es: „Ein bisschen können Sie mich heraus streichen, aber so, daß man es nicht merkt und nicht auf Sie als Quelle

kommt. Schreiben Sie, daß Kriminalkommissarius v. Tausch in dem Landesvertrahprozess sich große Verdienste erworben habe &c. — Präf.: Nach dem Inhalte dieses Briefes scheint v. Lühow von Ihnen nicht bloß zu polizeilichen Ermittlungen benutzt zu sein, sondern auch, um im Interesse Ihrer Karriere Sie und Ihre Verdienste herauszutreiben. — v. Tausch: Ich habe ihm die Nachrichten über den Landesvertrah gegeben, weil er sie gerne journalistisch verwerthen wollte.

Rechtsanwalt Lubczynski: Ist der Zeuge v. Marschall denn animos gegen ihn? — v. Tausch: Ja, es ist ja bekannt, daß Herr v. Marschall der politischen Polizei nicht sehr zugethan war, und alle Versuche, ihn davon zu überzeugen, daß er im Irthum sei, wenn er denke, die Polizei treibe Politik, mißglückten, weil er ihn als Vertreter der politischen Polizei nicht empfing.

v. Marschall nochmals über die politische Polizei.

Staatssekretär v. Marschall: Ich weise es zurück, daß ich persönlich animos gegen den Kriminalkommissar gestimmt sei. Allerdings hatte ich Verdacht gegen ihn aus dem Grunde, weil es mir auffiel, daß die geheime Polizei Vertrauensmänner sich auswählt, die geflissentlich Beamte des Auswärtigen Amtes heruntersehen, verdächtigen und verleumdeten. Ich habe v. Tausch allerdings niemals empfangen. Ich habe einen begründeten Verdacht, daß Herr v. Tausch demüthigt gewesen ist, die Beamten des Auswärtigen Amtes herabzusetzen und ich muß einräumen, daß ich zu der geheimen Polizei kein Vertrauen habe. Mein Vertrauen da drit schon aus der Zeit des Herrn Normann-Schumann, den ich wohl, ohne ihm zu nahe zu treten als einen recht bedenklichen, ja als international-bedenklichen Menschen bezeichnen darf. Bald nach Herrn v. Caprivi's Amtsantritt erschienen in der „Saale-Ztg.“ sensationelle, geschickte Artikel, die Spalten gegen ihn und mich und bald darauf gegen Sr. Majestät den Kaiser enthielten. Ebenso im New-Yorker „Veralt“ und im „Diplomat“. Wir wandten uns an die politische Polizei um Erhebungen, aber stets ohne Erfolg. Da erhielten wir, wenn ich nicht irre, anfangs 1891 ein Schreiben aus Halle von einem Herrn Fritz Brentano, der sich als Mitredakteur der „Saale-Zeitung“ bezeichnete, worin er anzeigte, daß er dem Auswärtigen Amt den Namen des Verfassers der Skandalartikel mittheilen könne. Diesen Brief übergaben wir der politischen Polizei und baten den Herrn Brentano, nach Berlin zu kommen. Hier verhandelte ich im Auftrage des Auswärtigen Amtes der Hauptmann Schmeier mit ihm. Brentano hat gesagt, daß alle diese Skandalartikel von einem Beamten der geheimen Polizei herührten. Auch davon gaben wir der geheimen Polizei Kenntniss und baten um Ermittlungen. Wenige Tage darauf erhielt das Auswärtige Amt einen Brief von Brentano, in welchem dieser sich bitter darüber beschwerte, daß man ihn verrathen habe. Der Verfasser der Artikel sei in Halle gewesen auf der Redaktion und habe dort denselben Brief vorgelegt, den er Brentano, an das Auswärtige Amt gerichtet habe. Auch davon wurde der politischen Polizei Kenntniss gegeben. Herr v. Mauderode kam zu mir und sagte das kann sich nur auf Normann-Schumann beziehen. Aber es erfolgte nichts.

Dieser Umstand mußte naturgemäß das Vertrauen zu der geheimen Polizei erschüttern und das Auswärtige Amt brach von nun ab alle Beziehungen zu der politischen Polizei ab. War schon die weitere Verwendung des Normann-Schumann höchst sonderbar, so war doch die baldige Entlarvung dieses Herrn noch interessanter. Dieser Herr wurde im Auftrage der geheimen Polizei nach Leipzig geschickt, um die Bewegung der antisemitischen Partei zu überwachen. Und was that der Herr v. Normann-Schumann? Er schrieb selbst die Skandalartikel, die zur gerichtlichen Verfolgung führten und deren Verfasser zu ermitteln er dann beauftragt wurde. Natürlich haben seine Ermittlungen keinen Erfolg gehabt.

Nun habe ich in der Person des Herrn v. Lühow eine gewisse Neugiertheit mit Herrn Normann-Schumann gefunden und so hat sich bei mir eine Stimmung herausgebildet, die nicht Animosität ist, die man aber auch nicht Vertrauen zu nennen pflegt. Ich halte die ganze Geschichte mit den Vertrauensmännern für eine verfehlte, denn die Leute erhalten, wenn sie damit beauftragt werden, Verfasser von Artikeln zu ermitteln, eine Aufgabe, die sie nicht lösen können. Ich muß sagen, daß ich nach meiner Kenntniss von den Vertrauensmännern zu der Ueberzeugung komme, daß dieselben Berichte erstatten, die zu neun Zehnteln erlogen sind. So ist doch namentlich auch von den Vertrauensmännern des Herrn v. Tausch, die in den in diesem Prozess zur Sprache gebrachten Fällen in Thätigkeit getreten sind, erst eine Meldung, die nicht falsch ist. Wenn Herr v. Tausch glaubt, Vertrauensmänner haben zu müssen, so ist das seine Sache. Wenn aber die Vertrauensmänner des Herrn v. Tausch sich erdreisten, mich, meine Beamte und das Auswärtige Amt zu verleumdern, so flüchte ich mich in die Oeffentlichkeit und brandmarke das Treiben. (Bewegung.)

Und wieder Herr v. Tausch.

Präf.: Herr v. Tausch, ist denn die Behauptung des Angeklagten Lühow wahr, daß Sie ihm Ihre Freude über das Erscheinen des Artikels ausgedrückt haben? — Zeuge: Nein! — Präf.: Glauben Sie denn, daß v. Lühow sich so etwas rein aus den Fingern gelogen haben kann? — v. Tausch: Ja wohl! (Herr v. Marschall wirt dazwischen: „Ah, nun auf einmal“ Zeuge behauptet, daß er nicht seine hohe Befriedigung über den Artikel ausgedrückt, sondern im Gegentheil gesagt habe, wie der Angeklagte solchen Unsinn schreiben könne. Er selbst habe nur den Artikel der „W. a. M.“ dem Botschafter in Wien, Grafen Philipp Eulenburg zugeschickt, den er in Abbazia kennen gelernt und dem er zu Dank verpflichtet war. — Der Vorsitzende fragt den Zeugen, warum er diesen Artikel an Eulenburg geschickt habe. Ob der Provinz wegen? — Der Zeuge geräth in große Widersprüche und nun macht der Präsident Herrn v. Tausch darauf aufmerksam, daß er unter dem Gide stehe und dem Zuchthause verfallen sei, wenn er falsches sage.

Der Präsident läßt nun Satz für Satz die Erklärung des v. Lühow durchgehen und hält sie dem Zeugen v. Tausch vor. Dieser giebt zum Theil sehr weisheitsvolle Erklärungen, in der Regel erklärt er die Behauptungen des Lühow für Unwahrheiten, von „A bis Z“ erlogen. An den Fragen betheiligen sich auch wiederholt der Verteidiger Rechtsanwalt Lubczynski und der Oberstaatsanwalt Drescher. Letzterer erinnert daran, daß der Zeuge v. Tausch ja wohl eine Hausfuchung bei Herrn v. Lühow abgehalten habe, wobei nur wenig herabgekommen sei; damit stehe doch im Widerspruch, daß bei dem heute stattgefundenen Besuch in der Lühow'schen Wohnung noch eine ganze Reihe von Schriftstücken vorgefunden worden seien. Der Verteidiger läßt sich befähigen, daß die frühere Hausfuchung von zwei durch Herrn v. Tausch ernannte Kriminalbeamte vorgenommen worden sei. Zeuge v. Tausch sucht über alle in dem Lühow'schen Geschäftsbüchlein enthaltenen Punkte Auskunft zu geben, wird aber wiederholt vom Vorsitzenden darauf verwiesen, daß seine Ausführungen nicht die Sache trafen.

Bei einem Punkte greift Herr v. Marschall als Zeuge wieder ein. Er erinnert sich, daß er bei seiner Unterredung mit dem General v. Bronsart von diesem erfahren habe, daß der Verdacht, der Artikel der „Münch. R. Nachr.“ komme aus

dem Ministerium des Innern, zuerst von Herrn v. Tausch erhoben worden sei, er erinnere sich aber weiter, daß Herr v. Bronsart bei dieser Gelegenheit auch von einem anonymen Brief gesprochen habe. — Legationsrath Dr. Hammann bestätigt dies. Als der Kriegsminister die Hülfe des Auswärtigen Amtes in Anspruch nahm, um den Verfasser des Artikels der „Münchener Neuesten Nachrichten“ zu ermitteln, habe der Kriegsminister oder der Assessor Sachs davon gesprochen, daß er einen anonymen Brief erhalten habe, durch den in ihm der Verdacht gegen das Ministerium des Innern noch verstärkt worden sei. — Präf.: Auffallend ist es hiernach, daß die Angaben, die v. Lühow hierbei macht, lebhaft bestritten werden und sich nun doch zum Theil als richtig erweisen. — v. Lühow: Herr v. Tausch hatte mich ja veranlaßt, den anonymen Brief zu schreiben. — Zeuge v. Tausch: Ja, der Herr Kriegsminister wollte den Herrn Kutsch decken. Es war eine ganz harmlose Schiedung, über die der Oberleutnant Gaede Auskunft geben kann. — Präf.: Das ist mir nicht recht verständlich.

Vert.: Wie konnte Kutsch dadurch „gedeckt“ werden? Der Verdacht mußte doch nur noch mehr verstärkt werden. — Präf.: Es ließe sich vielleicht denken, daß so gethan werden sollte, als wolle man durch einen anonymen Brief auf Kutsch hinweisen. — Zeuge v. Tausch: Zunächst, so war es. — Präf.: Es ist immerhin ein eigenhändliches Verfahren. — Zeuge v. Tausch: Es handelte sich auch um recht eigenhändige Verhältnisse. — Der Zeuge erklärt, es sei unwar, daß er Angst gehabt habe und ebenso unwar, daß die Darstellung des Angeklagten, wie die Quittung zu stande gekommen sei.

Schließlich fährt der Zeuge auf und fragt, ob man etwa ihn der Fälschung dieser Quittung bezichtigen wolle. Da fertigt ihn der Präsident ab: Ich bitte mir aus, nehmen Sie keinen so hohen Ton an. Sie haben nur auf meine Fragen zu antworten! Wenn ich den Vorwurf der Betheiligung oder Anstiftung zur Urkundenfälschung erheben muß aus der Gruppierung der Umstände, so sind Sie zur Zeugnisverweigerung berechtigt. Ich bitte mir aus, hier im angemessenen Tone zu reden!

Angeklagter v. Lühow erklärt, daß er den Auftrag erhalten habe, bei Kutsch die nach den näheren Umständen Ermittlungen darüber einzuziehen, was er davon wisse, daß ein solcher Artikel ergangen sei. Herr von Tausch habe gesagt, er habe im Kriegsministerium erfahren, daß der Minister des Innern von der Sache wissen müsse. Er habe später erklärt, daß auch das literarische Bureau davon wisse. Er, der Angeklagte, habe sich deshalb dem Herrn Kutsch nähern müssen.

Präf.: Herr Zeuge, ist es schon öfter vorgekommen, daß v. Lühow Quittungen mit anderen Namen unterschrieb? — Zeuge: Nein. — Präf.: Die Quittungen müssen doch noch dort sein. Herr v. Lühow soll auch Quittungen mit dem Namen Masche unterschrieben haben. — Zeuge: Ach ja! wenn er selbst Geld erhielt, schrieb er Masche, bekam aber ein anderer das Geld durch ihn, dann schrieb er dessen Namen. — Vert.: Herr Zeuge, Sie bitten mich ausdrücklich, Herrn Kutsch um Verzeihung zu bitten, daß er sich getraut unter dem Bann des Herrn v. Tausch habe hinführen lassen, ihn dadurch zu beleidigen, daß er ihn eines Reineides für fähig hielt. — Präf.: (zum Zeugen Kutsch): Ich freue mich, daß Ihnen der Angeklagte logischerweise diese Genugthuung giebt. — Der Zeuge v. Tausch legte noch Briefe des Angeklagten v. Lühow an ihn vor, worin der letztere allerlei von Kutsch erzählt. v. Lühow erkennt an, daß er diese Briefe geschrieben hat, behauptet aber, daß sie bestellte Arbeit seien. Herr v. Tausch habe die Briefe haben wollen, um die einmal gesponnenen Fäden weiterzuführen und um Beläge in der Hand zu haben.

Der Zeuge v. Tausch bestreitet diese Behauptungen. Auf eine Zwischenbemerkung des Oberstaatsanwalts, daß man den jetzigen Geständnissen des v. Lühow auch nicht ohne weiteres rückhaltlos glauben dürfe, da sie doch wohl nur unter dem Eindruck der drohenden Anklage wegen Urkundenfälschung abgegeben seien, bemerkt Rechtsanwalt Lubczynski: Er könnte zugeneigtlich versichern, daß der Angeklagte v. Lühow schon bei der ersten Unterredung mit ihm gesagt habe: er wolle Herrn v. Tausch so lange halten, wie es irgend gebe, wenn es aber nicht mehr gehe, gebe er ihn preis.

Auch bezüglich der weiteren belästigenden Behauptungen des v. Lühow bezeichnet Tausch die Behauptungen immer wieder als Lügen. Dazu gehört auch die Behauptung, daß ein Brief, den er an Tausch in Sachen des Artikels der „W. a. M.“ geschrieben, „bestellte Arbeit“ gewesen sei.

Die weiteren Angaben v. Lühow's über den in der „Köln. Ztg.“ enthaltenen Artikel seien von A bis Z unwar. Da Angeklagter Lühow behauptet, daß Tausch ihm die Information ertheilt habe, daß der Artikel von Herrn König herrühre, der von dem Prinzen Alexander Hohenlohe empfangen werde, wird Prinz zu Hohenlohe vernommen, welcher erklärt, daß er Herrn König nicht empfangen habe. — Rechtsanwalt Lubczynski erklärt sich wiederum zum Gide darüber bereit, daß ihm schon vor drei Tagen v. Lühow gesagt habe: die Seele der ganzen Intrigue gegen Herrn v. Marschall sei der Kommissar v. Tausch, der alle Fäden dirigire. Herr v. Tausch habe sehr wohl gemußt, daß der Verfasser des Artikels der Herr Hauptmann a. D. König sei, es aber so dargelegt habe, daß Herr v. Huhn der Autor sei, weil dieser im Auswärtigen Amt verlehre. Der Zeuge v. Tausch erklärt stereotyp alles für unwar.

Staatssekretär v. Marschall: Es ist allerdings wunderbar, daß bis vor drei Tagen Herr v. Huhn als der Verfasser bezeichnet war und daß ich erst durch mein Schreiben an die „Köln. Ztg.“ den wirklichen Verfasser kennen gelernt habe, während v. Lühow, wie er jetzt angiebt, schon am 29. v. M. angegeben hat, daß Herr Hauptmann König der Verfasser sei.

Rechtsanwalt Lubczynski beantragt, den Oberleutnant Gaede und den Hauptmann König als Zeugen zu vernehmen. — Da bei einer früheren Gelegenheit auch der Zeuge v. Tausch (dem anonymen Brief) die Vernehmung des Oberleutnants Gaede verlangt hatte, so hat schon Hrdr. v. Marschall seinen Wagen zur Verfügung gestellt, um den Zeugen Gaede herbeizubolen.

Oberstaatsanwalt Drescher erklärt, daß heute eine so große Menge neuer Gesichtspunkte in die Beweisaufnahme hineingeworfen worden seien, daß die Prozessbeihilgen kaum in der Lage sein werden, alle Räthsel zu lösen. Man müsse doch auch dem Herrn von Tausch Gelegenheit geben, sich auf alle die Anschuldigungen, welche gegen ihn erhoben wurden, zu vertheidigen. Es sei zu befürchten, daß man mit diesem Prozesse nicht zu Ende kommen würde, wenn man die neu zu erwartenden Strafprozesse gegen Masche schon in diesem Verfahren zum Gegenstande der Beweisaufnahme mache. Darüber verliere man die Punkte dieses Prozesses. Er bedauere, daß er gegen den Angeklagten v. Lühow eine neue Anklage habe erheben müssen. Es könne sich auch fragen, ob Herr von Tausch nicht wegen Anstiftung zur Urkundenfälschung und zur Anstiftung der Verleumdung im Falle des zweiten Eulenburg-Artikels zur Verantwortung gezogen werde, und da sei es doch im Interesse der Gerechtigkeit geboten, ihm Zeit zu seiner Vertheidigung zu lassen.

Der Verteidiger Lubczynski erwidert, daß er mit dem Geständnisse seines Klienten zu Ende sei und dann weitere Beweisanträge nicht stellen werde.

Auf eine Frage des Präsidenten an den Zeugen v. Tausch erwidert dieser, daß der Polizeipräsident ihm unterjagt habe, den Namen des Gewürsmannes betr. die An-

gelegenheit von Huhn zu nennen. Darauf wird nochmals der Zeuge Oberleutnant Gaede vernommen. Die ganze Sache mit dem anonymen Brief sollte gewissermaßen eine Maske, ein Kniff sein, um darauf hin bequemere Recherchen anknüpfen zu können. Am folgenden Morgen sei der Brief bereits im Besitze des Kriegsministers gewesen. Dem Zeugen sei dann später die angelegentlich von Kutsch unterschriebene Quittung über 50 M. gezeigt worden, er habe aber an der Echtheit der Unterschrift geirrt. Daß Herr v. Tausch bei dieser Fälschung seine Hand im Spiele gehabt, traue er ihm nicht zu.

Es werden dann noch die Zeugen Holländer und Langer vernommen, welche die Angaben des Angeklagten Blöb bestätigen und dem Vorsitzenden Gelegenheit geben, seine schärfste Beurtheilung über das Bestreben auszusprechen, aus blohem Sensationsbedürfniss und Geschäftssüchtheiten solche beleidigende Artikel anzunehmen.

Die nächste Verhandlung findet Montag Vormittag 9 Uhr statt.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. Bei der Gemeinderaths-Wahl im Dorfe Garpen bei Vöckum siegte in der 3. Abteilung der von den Klassenbewußten Arbeitern aufgestellte Kandidat Horn über den Obersteiger Meininghaus von Zeche Karoline. Die Gegner wollten sich nun durch Gründung eines — evangelischen „Arbeitervereins“ revanchiren.

Bei der Gemeinderaths-Wahl in Kölln bei Meisen erhielten unsere drei Kandidaten 153—160 Stimmen, die Gegner 174—210.

In Stuttgart ist es, wie schon berichtet wurde, unseren Genossen nicht gelungen, einen Sitz im Bürgerausschuß zu erlangen. Dennoch ist der Ausfall der Wahl für uns nicht ungünstig. Unabgeänderte Stimmzettel wurden abgegeben: (Die eingeklammerten Zahlen bezeichnen das Resultat der 1895er Wahl: für uns 1492 (1342), für die deutsche (nationalliberale) Partei 1572 (1922), für die Volkspartei 981 (1886), für die Konservativen 496 (690), für die Bürgervereine 496 (584), für die Ultramontanen 365 (380), für die Wirthe 295 (—), für „Unparteiische“ 58 (130). Im ganzen erhielten unsere Kandidaten 1515—1574 Stimmen, die streitenden Gegner 2434—3772. Die Gewählten waren auf verschiedenen Listen, also mehrfach aufgestellt. Bei der jetzigen Wahl ist unsere Partei an die zweite Stelle gerückt; es steht zu erwarten, daß sie bei der nächsten auch die deutsche Partei überflügeln wird.

Von der Agitation. Genosse Heinrich Schulz aus Berlin wird auf Veranlassung der Genossen des 12. hannov. Wahlkreises heute und an den nächsten zwei Tagen nacheinander in München, Duderstadt und Göttingen sprechen. Als ehemaliger Volksschullehrer wird er in allen drei Versammlungen die heutige Jugendbildung behandeln, ein Thema, das durch die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses über die Lehrerbildung und durch die vorgefertigte Reichstags-Sitzung wieder besonders aktuell geworden ist.

In Braunschweig hat, wie der „Volkstreue“ mittheilt, eine Parteiverammlung mit 386 gegen 232 Stimmen einen Antrag abgelehnt, wonach der Verlag des „Volkstreues“ vom Besitz der Druckerei getrennt werden sollte. Es bleibt demnach bei dem Provisorium, das am 19. August in einer Parteiverammlung betreffs der Frage der Uebernahme des „Volkstreues“ in Parteieigenthum beschlossen worden ist.

Polizeiliches, Gerichtliches &c.

Das Reichsgericht hat die Berufung unseres Leipziger Genossen Adé, welcher wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden ist, verworfen.

Die Magdeburger „Volkstimme“ hatte die Mittheilung gebracht, daß eine arme Frau auf offener Straße mit einem Kinde niedergekommen sei, nachdem sie über eine Stunde in Wehen auf der Erde gelegen hatte. Das Polizeipräsidium schickte dem verantwortlichen Redakteur John ein Strafmandat über 20 M., weil die Mittheilung erlogen und dadurch grober Unfug verübt sei. Das Schöffengericht erkannte aber auf kostenlose Freisprechung des Redakteurs. Die Mittheilung war insoweit unrichtig, als die Frau nicht auf der Straße, sondern auf dem Transport oder im Krankenhaus geboren hatte (genau ließ sich das nicht in der Verhandlung feststellen). Das Gericht erklärte aber, von grobem Unfug könne nur angelegentlich frivoler Erfindungen die Rede sein, nicht jedoch, wenn es sich wie hier um nebensächliche, entschuldbare Irthümer handele.

Aus Hannover wird berichtet: In einer Versammlung wollte Genosse Dr. Höfemeier über das deutsche Kriegsgebet sprechen. Er betonte einleitend, daß unser heutiges deutsches Kriegsgebet eng mit der Geschichte des preussischen Heeres verknüpft sei. Als er dann in kurzen Zügen dessen ältere Geschichte erörtern wollte, und hierbei u. a. auch von Friedrich II. sprach, „an dessen Größe zu zweifeln heute vielfach als ein Verbrechen betrachtet werde“, entzog der überwachende Polizeikommissar dem Redner das Wort und ließ ihn durch einen Schutzmann aus dem Lokal bringen. In Hannover, das doch zum Reichthum der liberalen Herrn v. Bennigsen gehört, wird es in der That immer schöner!

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 4. Dezember. (Privat-Depesche des „Vormärks“.) 1700 Arbeiter des Staatsquais haben sich dem Streik angeschlossen. Die Zahl der Ausständigen kann jetzt auf 17 000 veranschlagt werden. Die Holzlauter werden sich dem Streik voranzustellen, ebenfalls anschließen.

Hamburg, 4. Dezember. (Privatdepesche des „Vormärks“.) Morgen finden außer den Branchenversammlungen vier Frauenversammlungen statt. Für die nächste Zahlung sind schon heute über 100 000 Mark bereit. Auswärts befinden sich jetzt etwa 70 Agitatoren. Die Nachricht, daß Berliner Schutzleute nach Hamburg kommen, ist erfunden. Die „Hamb. Nachrichten“ in ihrer belarnten Verlogenheit behaupten, daß 85. und 86. schleswig-holsteinische Regiment sei unter Waffen, um eventuell abzurücken zu können. Wozu? Da die Arbeiter absolut ruhig sind.

Köln, 4. Dezember. (W. Z.) Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Petersburg: Die Ober-Präsidentverwaltung beabsichtigt eine Eingabe an den Minister des Innern, wonach von Neu-jahr ab den Redaktionen in Rußland alle ausländischen Zeitungen nur nach vorangegangener Zensur zugehen sollen. Bisher hatten die Redaktionen diese Zeitungen sofort nach ihrem Eintreffen ohne Zensur erhalten. Begründet wird das Verlangen damit, daß aus unzensurten fremden Blättern so viele für Rußland ungeeignete Nachrichten übernommen werden, besonders solche, welche als Telegramme gesandt entschieden von der Zensur getrennt werden wären. Man sieht mit großer Spannung der weiteren Entwicklung dieser Angelegenheit entgegen.

Wien, 4. Dezember. (W. Z.) Das Abgeordnetenhause nahm die fünfsache Erhöhung der Börsensteuer im Sinne der Regierungsvorlage an.

Wien, 4. Dezember. (W. Z.) Die Antisemitenfürher Freichtinger, Dr. Starke und Bisfinger, welche vom Grazer Landesgericht f. Z. wegen Veruntreuung zu Gefängnisstrafen verurtheilt waren, sind vom obersten Gerichtshofe freigesprochen worden.

Wittich, 4. Dezember. (W. Z.) Ein Ingenieur wurde gestern Abend von einigen Bergleuten angegriffen und durch Revolverkugeln verletzt, weil er sie am Morgen nicht in die Grube fahren ließ.

Reichstag.

140. Sitzung vom 4. Dezember 1896. 1 Uhr.
Am Tische des Bundesraths: Graf Posadowsky.
Eingegangen sind die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaft für 1895.

Die Uebersichten der Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete für 1894/95 und der Reichsausgaben und -Einnahmen für dasselbe Jahr werden der Rechnungskommission überwiesen. Der Gesetzentwurf betr. die Kontrolle des Reichshaushalts wird in erster und zweiter Lesung ohne Debatte genehmigt, ebenso die Rechnung der Kasse der Oberrechnungskammer für 1894/95.

Es folgt die erste Berathung des Freundschafts-, Handels-, Schiffsabris- und Konsularvertrages zwischen dem Reich und Nicaragua.

Der Vertrag wird nach kurzer Debatte, an der sich die Abgg. Gasse (nall.), Förster (Reform-P.) und der Direktor im Auswärtigen Amte Reichardt betheiligten, in zweiter Lesung in allen seinen Theilen angenommen.

Der Bericht der Reichsschulden-Kommission wird der Rechnungskommission überwiesen, und die Denkschrift über die Ausföhrung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze wird für erledigt erklärt.

Darauf beschäftigt sich der Reichstag mit Petitionen. Die Petitionen betr. die Abänderung des Servistarifs sollen dem Reichskanzler überwiesen werden.

Das Haus tritt nach unerheblicher Debatte dem Antrage der Kommission bei.

Die Petition des Max Häner zu Hamburg um Rück-erhaltung von Zoll auf eingeföhrte Ironbricks soll dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen werden.

Abg. Hammacher (nall.) weist darauf hin, daß ähnliche Fälle wie bezüglich der Ironbricks (Eisenkladen), die zuerst als zollfrei erklärt wurden, und für die nachher ein Zoll gefordert wurde, auch früher vorgekommen seien, so bezüglich der ungeschälten gebogenen Reisensäfte. Redner verlangt die Einsetzung einer sachverständigen Zollbehörde zur Entscheidung solcher Streitfragen. Der Verwaltungsbehörde könne man die Entscheidung nicht überlassen. (Sehr richtig! links.) Durch solche Unsicherheiten in der Zollbehandlung werde die solide Geschäftswelt geschädigt. Ein Verwaltungsgerichtshof für das ganze Reich müßte eine einheitliche Handhabung sichern.

Abg. Rickert (fr. Wg.): In dieser Beziehung wird wohl der Reichstag einstimmig seine frühere Meinung festhalten. Es muß eben eine Behörde geschaffen werden, die über die Höhe des Zolls Auskunft giebt, wie dies seitens der Stempelbehörde jetzt in Preußen geschieht. Der Widerstand liegt bei den Einzelstaaten; aber welche Gründe angeführt werden, ist nicht bekannt.

Schatzsekretär Graf v. Posadowsky: Neben der Einrichtung einer obersten Reichsbehörde, welche im Rechtsweg über Zollstreitigkeiten entscheidet, wird auch die Einrichtung einer obersten Auskunftsbehörde gewünscht, welche, um Zollstreitigkeiten prophylaktisch zu verhindern, erklären soll, unter welchen Zoll eine Waare fällt. Beides ist nebeneinander unter keinen Umständen möglich. Wenn eine Auskunftsbehörde entschieden hat, kann nicht nochmals von der obersten Reichsbehörde entschieden werden.

Die Hoffnungen auf eine solche oberste Instanz werden nicht alle erfüllt werden. Der Bundesrath bemüht sich, solche Entscheidungen möglichst schnell zu treffen. Wenn längere Zeit vergeht, so liegt das daran, daß allgemeine Regulation der Abänderung bedürfen. Die Beschwerden, daß jetzt zu fiskalisch entschieden wird, würden keineswegs beseitigt werden. Im Gegentheil: eine richterliche Behörde muß streng nach dem Buchstaben entscheiden, während der Bundesrath jede mögliche Rücksicht nimmt. Ich kann eine bindende Erklärung im Namen der Regierungen nicht abgeben. Aber es ist keine Hoffnung, daß die Regierungen geneigt wären, von ihrem verfassungsmäßigen Recht der Erhebung und Verwaltung der Zölle etwas preiszugeben.

Abg. Bachem (Z.): Dem Kaufmann wird es immer unbegreiflich sein, daß er den Schaden tragen soll, den die Zollbehörde anrichtet hat.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wer eine Waare einföhrt, muß sich selbst den Zolltarif ansehen.

Abg. v. Stumm (Rp.) glaubt nicht, daß durch die Einrichtung, die verlangt wird, eine erhebliche Schädigung des Reiches herbeigeföhrt wird.

Abg. Bachem (Z.): Jedenfalls muß auch für die Zollverwaltung der Grundsatß platzgreifen, daß sie nicht selbst in eigener Sache entscheidet, sondern einem höheren Urtheil unterstellt wird.

Abg. Hammacher (nall.): Wir wollen nur an die Stelle des Bundesraths eine andere Zentralinstanz setzen, die unabhängig ist und mehr Vertrauen genießt als der Bundesrath, der zugleich der Vertreter der Reichsfinanzverwaltung ist.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es liegen Uebelstände vor, das erkenne ich offen an. Der Bundesrath läßt die größte Nachsicht walten; es sind auch nur verhältnismäßig wenige Beschwerden laut geworden, jedenfalls sehr viel weniger, als bei der Justizpflege und bei der sonstigen Verwaltung.

Abg. v. Cuny (nall.) hält es für nothwendig, eine Art Verwaltungs-Gerichtshof für diese Frage zu schaffen.

Abg. v. Stumm (Rp.) hält es für bedenklich, bei dieser praktischen Frage sich auf staatsrechtliche Spitzfindigkeiten einzulassen.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag der Kommission wird einstimmig angenommen.

Zu Anßchluß hieran werden noch einige andere Petitionen, welche die Rückhaltung von Zollbeträgen betreffen, erledigt, und zwar die Petitionen der Gebrüder Ude in Harburg wegen Rückhaltung von Zoll auf Seesalz, des Holzhandlers Frisner zu Posen wegen Rückhaltung von Zoll für eingeföhrtes Holz, des Kaufmanns Bischof zu Hufum wegen Nachzahlung von Zoll für Wandbelleuchtungsplatten, durch Uebergang zur Tagesordnung; die Petitionen von Kaufleuten in Papsenburg wegen Rückhaltung von Zoll auf Pöfelfleisch, der Herren Oppenheimer u. Co. in Hamburg wegen Rückhaltung von Getreidezoll und des Stofffabrikanten Cohn in Barent um Rückhaltung der Verbrauchsabgabe für Brauntwein werden dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Petition des Vereins der Freundinnen junger Mädchen in Heidelberg wegen Regulirung des Kellnerinnenwesenß wird dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Petition des Verbandes der Thierschutz-Vereine wegen Revision des Vogelstich-Gesetzes wird dem Reichskanzler als Material überwiesen; dasselbe geschieht mit den Petitionen des rheinischen Bauervereins wegen Einführung eines Zolles auf Milch und auf Lorstreu.

Bezüglich der Petitionen verschiedener Vereine 1. wegen Unterdrückung der unflüchtigen Inzerate; 2. wegen Unterdrückung des Zuhälterwesens und der öffentlichen Häuser, sowie 3. wegen Beseitigung der gewerbmäßigen Prostitution beantragt die Kommission zu 1 die Ueberweisung zur Berücksichtigung, im übrigen die Ueberweisung als Material.

Abg. Höffel (Rp.) wendet sich gegen das Bestehen öffentlicher Häuser in einzelnen Bundesstaaten. In der Kommission sei erklärt worden, daß noch kein Beschluß darüber gefaßt worden sei, ob die vom Reichstage seiner Zeit unerledigt gelassene sogenannte lex Heinze wieder einzubringen oder fallen zu lassen sei.

Abg. Spahn (Z.) spricht sein Bedauern darüber aus, daß bei dieser äußerst wichtigen Petition die Regierung nicht vertreten sei, um die in der Kommission nicht mitgetheilte Auskunft zu geben.

Abg. Schall (L.) wünscht ebenfalls dringend die Wieder- vorlegung der lex Heinze, wonach die Vereine zur Hebung der Sittlichkeit ebenfalls dringend verlangen.

Abg. Bachem (Z.) bittet, die Petition von der Tagesordnung abzusehen und für die demnächst vorzunehmende Verhandlung ausdrücklich einen Vertreter des Reichs-Justizamts einzuladen.

Abg. Weber (nall.) bedauert, daß die so oft vertagten Petitionen noch wieder zurückgestellt werden sollen; mindestens sollte man die erste Petition wegen der unzüchtigen Inzerate und Schriften erledigen. Denn es werde auf diesem Gebiet mit einer großen Schamlosigkeit vorgegangen, so daß sich zur Heidelberger Petition Männer aller Parteien zusammengesunden haben.

Die Berathung wird hier abgebrochen, um später fortgesetzt zu werden.

Die Petition des Deutschen Vereins für internationale Friedenspropaganda wird dem Reichskanzler zur Kenntnissnahme, die des bayerischen Bauervereins betreffend die Uebergangsabgabe für Bier nach Elsaß-Lothringen zur Berücksichtigung überwiesen; der letztere Beschluß wurde trotz des Widerspruches des Direktors im Reichsfinanzamt Körner und unter Ablehnung

eines Antrages des Abg. Höffel (Rp.) auf Uebergang zur Tagesordnung.

Die Petitionen verschiedener landwirthschaftlicher Genossenschaften und des Geschäftsausschusses des Berliner Aerzte-Verbandes betr. den Erlass eines Gesetzes über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten sollen dem Reichskanzler als Material überwiesen werden.

Der Antrag wird angenommen.

Das Haus kehrt darauf zur Berathung der Petitionen zur Bekämpfung der Unflüchtigkeit zurück.

Abg. v. Güttingen (Rp.) weist darauf hin, daß die Prostitution von Polizei wegen gewissermaßen erlaubt sei, daß es trotzdem aber strafbar sei, an prostituirte Wohnungen zu vermieten. Diesem Zwiespalt müßte durch die Gesetzgebung entgegengetreten werden.

Staatssekretär Niederding: Ich bedauere sehr, durch dringende Amtsgeschäfte verhindert gewesen zu sein, Ihnen zu der Zeit, als diese Petition zur Berathung stand, die gewünschte Auskunft zu geben. Der bekannte Gesetzentwurf ist hervorgegangen aus den Erwägungen und Erfahrungen, welche die preussische Regierung in Berlin gesammelt hatte aus Anlaß eines schweren Mordprozesses. Der damals im Reichstage vorgelegte Entwurf hat manche Veränderungen erfahren und ist wegen des Schlusses der Session nicht mehr zur Verabschiedung gelangt. Die vorige Session ist durch das bekannte große Gesetzgebungs- werk ausgefüllt. Die preussische Regierung hat aber nicht die Absicht aufgegeben, zu gelegener Zeit auf die Sache zurückzukommen. Ich nehme an, daß sie die Vorschläge der omaligen Kommission sowie die inzwischen aus weiten Kreisen an den Reichstag, den Bundesrath und an die preussische Regierung gelangten Petitionen bei ihren Erwägungen nicht außer Betracht lassen wird. Wann auf Grund eines Initiativantrages Preussens der Bundesrath avertmals in der Lage sein wird, sich mit der Sache zu befassen, vermag ich im Augenblick nicht zu sagen; es ist aber keineswegs unsere Absicht, eine Sache todt liegen zu lassen, die auch nach der Meinung der übrigen Regierungen der Erledigung bedarf.

Abg. Spahn (Z.) kündigt an, daß seine Partei in den nächsten Tagen einen selbstständigen Antrag auf Grund der seiner Zeit in der Kommission angenommenen Beschlüsse über das Umföhrungs- und Einbürgerungs-Gesetz einbringen werde.

Abg. Lingenß (Z.) spricht sich gleichfalls für die dringende Nothwendigkeit aus, auf diesem Gebiete Wandel zu schaffen.

Abg. Schall (L.) erklärt ebenfalls für eine der allerdringendsten Aufgaben, namentlich angesichts der sittlichen Zustände in den großen Städten; man dürfe damit nicht so lange warten, bis wieder ein so empörender Vorfall käme wie der Fall Heinze.

Abg. Weber (Soz.): Dem Antrage der Kommission werden wir zustimmen; auf den angelegentlichsten Antrag des Zentrums einzugehen, habe ich jetzt keine Veranlassung. Wir haben dem damaligen Antrage in der Umföhrungskommission nicht zustimmen können. Wir werden bei der späteren Berathung nicht bloß die Unflüchtigkeit der Städte, sondern auch die auf dem platten Lande bestehenden, wofür uns die Kollegen des Herrn Schall reiches Material geliefert haben.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Schluß nach 5 Uhr. Nächste Sitzung Sonntag 1 Uhr. (Petitionen.)

Kommunales.

Der städtischen Gewerbe-Deputation ist soeben der von der eingesehten Subkommission erstattete Bericht über die Ausdehnung der Kranken-Versicherungspflicht auf die Hausindustriellen, der Kranken- und Unfall-Versicherungspflicht auf die sämmtlichen in städtischen Betrieben beschäftigten Personen und der Krankenversicherung auf die Handlungsgehilfen und Lehrlinge zugegangen. Der Bericht spricht sich ganz im Sinne der Generaldebatte im Plenum für eine mögliche Ausdehnung der Versicherungspflicht aus und ist schon in Form von drei Druckschriften formulirt, um nun die Grundlagen für die Beratungen im Plenum der Gewerbe-Deputation zu bilden. Da an Hausindustriellen etwa 80 000 Personen, an von der Stadt beschäftigten etwa 7000 und an Handlungsgehilfen und Lehrlingen ungefähr 50 000 Personen beiderlei Geschlechts in Frage kommen, so handelt es sich hier um einen Gegenstand, der die vollste Aufmerksamkeit der städtischen Behörden beanspruchen darf.

Palestrina wurde belagert, Rienzi beobachtete fortwährend die Brüder Monreal's. Unter dem Vornamen, ihre kriegerische Erfahrung für die Ausbildung der italienischen Freiwilligen zu benutzen, trennte er sie von ihren Soldnern und übergab ihnen den Befehl über die weniger disziplinierten Italiener, mit denen sie, wie er glaubte, keinen Rath wagen durften. Er selbst übernahm das Kommando der Nordmänner, und sie wurden wider ihren Willen durch sein gewinnendes Benehmen und den persönlichen Muth, den er bei einigen Ausfällen der belagerten Barone zeigte, sehr an ihn gefesselt. Aber wie der Jäger das Wild auf allen seinen Wegen verfolgt, so verfolgte das unbeugsame Schicksal Cola di Rienzi.

Sechstes Kapitel.

Die Ereignisse drängen zum Ende.

Zur selben Zeit unterhielten sich Luca di Savelli und Stefanello Colonna mit einem Fremden bei verschlossenen Thüren. Dieser Fremde war zu Palestrina angekommen die Nacht vor jener, in der die Römer ihre Zelte um die Burg her aufgeschlagen hatten. Er konnte kaum sein vierzigstes Jahr zurückgelegt haben; doch die ungewöhnliche Schönheit seiner Gestalt und seiner Gesichtszüge, die seine Jugend auszeichnete, hatte, war fast unverändert geblieben, wenn es auch nicht mehr derselbe Charakter der Schönheit war, den wir, als der Leser zuerst mit jenem Fremden bekannt wurde, geschildert haben. Es war nicht länger die fast weibliche Zartheit der Züge und der Gesichtsfarbe, oder die anmuthige Gewandtheit des Benehmens, welche Walter von Monreal auszeichneten. Sein Benehmen war jetzt gebieterisch und abstoßend, wie das eines Mannes, der gewohnt ist, wilde Geister zu beherrschen. Seine athletische Gestalt war etwas magerer, aber gedrungener geworden, und statt der früher halb durch schöne krause Locken bedeckten Stirne sah man sie jetzt, wenn auch nur mit wenigen Ringeln umzogen, doch bis zu den Schläfen von Haaren entblößt, und die Würde und Männlichkeit seiner Erscheinung wurde durch die ungewöhnliche Höhe der Stirne vermehrt. Seine früher so blühende Gesichtsfarbe war gebräunt und bleicher geworden, und seine Züge schienen schärfer und ausdrucksvoller zu sein, weil die Wangen nicht mehr so voll

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

„Wir haben Euch Treue zugesagt“, antwortete Brettone, „und wir werden unser Wort halten.“

„Eine Vorsicht muß ich beobachten, bevor ich Eure Guldigung wieder annehme,“ erwiderte Rienzi bedächtig.

„Für meinen Feind, wenn er mir entgegen tritt, habe ich mein Schwert, für einen Verräther hat Rom das Beil des Senkers. Den erstern Fall fürchte ich nicht, in dem letztern begnadige ich nicht mehr.“

„Solche Worte sollten unter Freunden nicht gewechselt werden,“ sagte Brettone erbleichend.

„Freunde — ihr seid also meine Freunde? Eure Hände. — Ja, meine Freunde seid Ihr, und Ihr werdet es beweisen. Du, theurer Annibaldo, bist wie ich, kein Gelehrter. Erinnerst Du Dich, wie in der römischen Geschichte erzählt wird, daß in dem Schatze kein Geld für die Soldaten vorhanden gewesen sei? Der Konsul rief die Patrizier zusammen. „Wir“, sagte er, „die wir Aemter und Würden haben, sollten auch die ersten sein, für die Vertheidigung des Staates zu sorgen. Ihr merkt wohl, meine Freunde, die Patrizier verstanden die Andeutung, sie schafften das Geld herbei, das Heer wurde bezahlt. Dieses Beispiel ist für Euch nicht verloren. Ich habe Euch zu den Anführern meiner Macht ernannt, Rom hat Euch mit Ehrenbezeugungen überhäuft. Eure Großmuth wird mit dem Beispiel vorangehen, sodas auf diese Weise die Römer von Fremden lernen werden. Ihr seht mich an, meine Freunde, ich errathe Eure edlen Gesinnungen, und ich danke Euch zum voraus. Ihr habt die Aemter und die Würden, Ihr gebietet auch über den Reichthum, nun, so bezahlt die Soldner, bezahlt sie!“

Brettone hätte nicht erschrockener sein können, wenn der Blitz dicht neben ihm eingeschlagen hätte, als durch diese einfache Andeutung Rienzi's. Er las in den Zügen des Senators jenes Lächeln, das er, so kühn er war, schon fürchten gelernt hatte. Er fühlte, daß er selbst in die Grube gefallen war, die er für einen andern gegraben hatte. Es lag etwas in dem Blick des Senator-Tribunen, das ihm sagte, eine Weigerung sei so gut, wie offener

Krieg zwischen ihnen, und dazu war die Zeit noch nicht gekommen.

„Ihr geht darauf ein“, sagte Rienzi, „ich habe es erwartet.“

Der Senator klopfte in die Hände, seine Wache erschien.

„Ruft die Konstabler der Soldner.“

Die Brüder blieben noch immer stumm.

Die Konstabler traten ein.

„Meine Freunde,“ sagte Rienzi, „Eure Hauptleute Brettone und Annibaldo sind von mir beauftragt, tausend Florenen unter Euch zu vertheilen. Heute Abend schlagen wir unser Lager vor Palestrina auf.“

Die Konstabler entfernten sich, und es war unverkennbar, daß diese Nachricht sie mit dem höchsten Erstaunen erfüllte. Rienzi sah die Brüder einige Augenblicke an. Sein satirischer Humor erfreute sich seines Triumphes.

„Ihr berenet doch nicht,“ sagte er, „Eure Hingebung, meine Freunde?“

„Nein,“ sagte Brettone, „die Summe vermehrt unsere Forderung nur unbedeutend.“

„Aufrichtig gesprochen! Nochmals Eure Hände — das gute Volk von Tivoli erwartet mich auf dem Marktplatz; ich werde ihm einige heilsame Ermahnungen erteilen müssen. Lebt wohl bis Mittag!“

Als die Thüre sich hinter Rienzi schloß, schlug Brettone mit der Hand wild an den Griff seines Schwertes und sagte: „Der Römer verhöhnt uns, aber laß' Walter von Monreal nur in Rom erscheinen und der lecke Possenreißer soll uns dies theuer bezahlen.“

„Ist!“ sagte Annibaldo, „die Wände haben Ohren, und jenes Satanskind, der junge Villani, ist immer in der Nähe, um uns zu beobachten und zu belauschen.“

„Eintausend Florenen, ich denke, sein Herz hat eben so viele Blutstropfen!“ murrte der überlistete Brettone, seinen Bruder nicht beachtend.

Die Soldner waren bezahlt, die Armee marschirte, die Berebtheit des Senators hatte seine Streitkräfte durch Freiwillige aus Tivoli vermehrt und halb bewaffnete Land- leute aus der Campagna und den benachbarten Bergen sammelten sich unter seinen Fahnen.

Die Angelegenheit soll dergestalt beschleunigt werden, das dieselbe schon im städtischen Etat von 1897/98 figuriren kann.

Die Population der Gunde hat sich in Berlin stark vermehrt. Die Einnahme an Hundesteuer war in diesem Jahre um 20 630 M. höher, für das nächste Etatsjahr ist sie auf 471 280 M. veranschlagt worden.

Berlin-Stettiner Schiffahrtskanal. Die bereits bekannte, bestehende die Abfahrt zwischen Berlin und Stettin einen Schiffahrtskanal zu erbauen. Der Magistrat von Stettin hat sich nun an den hiesigen Magistrat mit einer Anfrage gerichtet, wie der letztere sich zu dem Kanalprojekt stelle, welches das Befahren des Kanals mit Schiffen von 8-10 000 Zentnern Ladefähigkeit vorsehe und ob die Stadtgemeinde Berlin sich bereit finden lassen werde zur Anlage eines Hafens behufs Aufnahme dieser Fahrzeuge. Das Magistrats-Kollegium hat beschlossen, die Angelegenheit zunächst der Verkehrs-Deputation zur Vorberatung zu überweisen, jedoch den Magistrat von Stettin zu benachrichtigen, daß er dem Projekte sehr wohlwollend gegenüberstehe.

Tokales.

Achtung, 2. Wahlkreis. In der Versammlung, welche am Sonntag Abend 6 1/2 Uhr beim Genossen Zubeil, Lindenstraße 106, stattfand, wird Genosse Rastbach über: „Der Ubergang und seine Entstehungsbefehle“ referiren. Um rege Theilnahme wird ersucht.

Kaufmann's Variété. In der gestrigen Bekanntmachung der Metallarbeiter befindet sich in soweit ein Irrthum, als die Sperre über dies Lokal bereits vor einigen Tagen wieder aufgehoben worden ist.

Die Zustände in der Berliner Verkehrsanstalt werden durch die Thatsache grell beleuchtet, daß einer Reihe der bei der Oktober-Umwälzung ausgetretenen Angestellten trotz aller ihrer Bemühungen immer noch nicht die Ration ausgehahlt worden ist. Die ihnen die Gesellschaft schuldet. Nach dem vereinbarten Dienstvertrage wären einem jeden der erwähnten Arbeiter die als Rationaleistung eingezahlten 50 Mark einen Monat nach dem am 22. Oktober dieses Jahres erfolgten Austritt, also am 22. November auszubändigen gewesen. Als die in bitterer Noth lebenden Leute an diesem Tage das Geld, was ihnen die Gesellschaft schuldet, abfordern wollten, wurden sie vom Kassirer Wöhle bis zur Aufsichtsraths-Sitzung verdrängt, die am 24. November stattfinden mußte. Die Arbeiter stellten sich in einigen Tagen wieder ein. Da kam man ihnen mit der Aussicht, daß die Sitzung wegen der Erkrankung einiger Aufsichtsräthe nicht habe abgehalten werden können. Man möge sich doch noch einige Tage gedulden, meinte der Direktor Petri in Gegenwart des Direktors Mandowski; in acht Tagen erhielten sie, die Arbeiter, einen Brief, in dem sie aufgefordert wurden, sich ihr Geld zu holen; er selber habe sich für einige tausend Mark Rationalschuld verpflichtet. Doch der in Aussicht gestellte Brief kam nicht, und so gingen die Arbeiter - Gläubiger denn gestern wieder zur Direktion. Kommen Sie, wenn Direktor Bergmann hier ist, meinte der Kassirer, was sollen wir uns mit der Sache herumärgern. Die Arbeiter kamen wieder als der Direktor endlich anwesend war. Herr Bergmann stellte sich äußerst verwundert. Was die Arbeiter denn eigentlich wollten? Ob sie nicht wüßten, daß die eingetragene Genossenschaft Berliner Verkehrsanstalt ihnen gar kein Geld schulde? Die alte Verkehrsanstalt, der sie die Ration in die Hände gegeben hätten, sei pleite gegangen, und die neue Gesellschaft, ja, was kümmere diese die Rationen, welche bereits eingezahlt worden seien? Als die betrogenen Arbeiter ihrem nur zu erklärlichen Unmuth in drastischen Worten Luft machten, schrie der Direktor Bergmann: Machen Sie, daß sie zur Thür raus kommen! - So hat denn die neue Berliner Verkehrsanstalt über Arbeiter triumphirt, die jetzt beschäftigungslos in den Straßen umherlaufen müssen, während Frau und Kinder zu Hause sitzen und hungern. Wieviel ist dem Staatsanwaltschaft die Mühseligkeit gegeben, die Betrüger beim Kragen zu packen.

Aus dem Baugewerbe. Der neue Reichshaushalts-Anschlag bringt für bauliche Zwecke innerhalb der Stadt Berlin eine ganze Reihe von Forderungen, die dem Reichstage zur Bewilligung unterbreitet werden. Die bisher bei diesen Reichsbauten gemachten nicht unbeträchtlichen Ersparnisse bezeichnet das „Grund-eigentum“ als ein charakteristisches Zeichen der Verbilligung d. Neubauten. Baumaterialien und - zu gewissen Jahreszeiten - auch die Arbeitslöhne seien billiger geworden, und zwar so erheblich, daß bei den beiden Kasernenbauten, die je auf rund 8 Millionen Mark veranschlagt waren,

zusammen 250 000 Mark erspart werden konnten, jedoch hier bei einem durch die Reichsbehörden ausgeführten Bau - und diese Behörden pflegen nicht billig zu bauen - eine Ersparniß von 4 1/2 pCt. sehen! Bei Privatbauten dürfte sich das Verhältniß noch höher gestalten. Können auch für den Bau von Wohnhäusern die Kosten der Bauwerke sehr wesentlich mit in Betracht, so sei die Bauverbilligung doch immer noch bedeutend genug, um zu Neubauten anzuregen.

Diese kurzen Ausführungen illustriren die im Baugewerbe herrschenden Verhältnisse klar und deutlich. Und doch: - suchen die Bauarbeiter Lohnaufbesserungen zu erlangen, dann ist ein allgemeines Fetergeheiß über die Unverschämtheit gerade der Bauarbeiter, die „so heidenmüßig viel Geld verdienen“!

Die städtische Veschalle und Volksbibliothek, Mohrenstr. 41, ist im Monat November von 5263 Personen besucht worden, und zwar entfallen auf die Veschalle 2731 und auf die Volksbibliothek 2532 Personen. Nach Hause verliehen wurden 3567 Bände, d. i. mehr als das vierfache der vor Eröffnung der Veschalle monatlich entliehenen Bände. Es sei darauf hingewiesen, daß hervorragende neue Erscheinungen des Bühnenmarktes, sowie Frithjof Nansen's Werke über die Nordpol-Expedition u. a. sofort nach Erscheinen in der Veschalle ausliegen und wie in der Volksbibliothek nach Hause verliehen werden.

Bei der städtischen Sparkasse schloß nach dem jetzt vorliegenden neuesten Verwaltungsbericht das Jahr 1895/96 (in Klammern für 1894/95) mit einem Guthaben der Sparrer von rund 178 1/2 (162 1/4) Millionen Mark ab. Daran waren 543 097 (509 732) Sparbücher theilhaft. Wurde das Guthaben gleichmäßig auf alle Bücher vertheilt, so lämen auf das Buch 25.97 (319.47) M. In einzelnen schwanken aber die Guthaben zwischen 1 M. und über 10 000 M. Fast ein Drittel aller Bücher, 164 974 (159 043), hatten nur ein Guthaben von 1-81 M. Bei gleichmäßiger Vertheilung des Gesamtguthabens auf die gesammte Bevölkerung Berlins - in den Sparkassenberichten wird auch diese Berechnung, trotz ihrer Sinnlosigkeit, jedesmal angeführt - lämen auf den Kopf 106.11 (94.22) M. Wenn diese Zahlen für eine weitere Verbesserung des Sparkassenwesens sprechen, so dürfte es doch für die, welche überhaupt nicht sparen können, kaum ein Trübsal sein, daß andere um so größere Ersparnisse haben. Unter den Sparern ist selbstverständlich auch diesmal der „kleine Mann“ wieder nur schwach vertreten. Das geht namentlich aus den Angaben über die neu eingezahlten Beträge her. Eingezahlt wurden 1895/96 (beim 1894/95) in 575 016 (526 295) Fällen rund 42 1/2 (38) Millionen Mark, doch kommen auf die Beträge von 1-21 Mark nur 191 423 (178 860) Fälle mit rund 9 1/2 (8) Millionen Mark, d. h. 33 1/4 (34) Prozent aller Fälle mit 5 1/2 (5 1/2) Prozent der eingezahlten Summen. Bedauerlich ist, daß die Beträge bis 21 Mark, wie immer, zusammengefaßt und nicht in noch kleinere Gruppen zerlegt sind. Es ist die Frage, wer eigentlich die Sparkasse benutzt, sind - da z. B. ein Wochenlohn-Empfänger nicht 10 oder 20 Mark mit einem Male zurückerhalten kann - gerade die kleinsten Beträge von Wichtigkeit.

Zur Unterstützung von weiblichen Arbeitslosen und Beschaffung lohnender und nuzbringender Thätigkeit für dieselben während der rauhen Jahreszeit wird, einem hiesigen Blatte zufolge, demnächst ein Frauenkomitee, dem eine Anzahl um die öffentliche Wohlthätigkeit in der Reichshauptstadt verdienster Frauen angehört, zusammenzutreten. Es ist beabsichtigt, sich mit einem Aufruf an das Publikum zu wenden und mit den in Frage kommenden städtischen Behörden Fühlung zu nehmen. In erster Linie sollen solche Arbeitslose berücksichtigt werden, welche eine Familie zu ernähren haben.

Von dem edelsten und besten Volkzeispiegel und Urkundenfälscher v. Löhov gibt die „Völkische Zeitung“ folgendes Stüchchen zum besten: Als Herr v. Löhov, der Geld des gegenwärtig so viel Aufsehen erregenden politischen Prozesses, noch in voller Freiheit seinen vielseitigen segensreichen Berufsgeschäften nachgehen durfte, ließ er sich Ende Oktober eines Tages auf unserer Redaktion setzen und wünschte einem unserer Redakteure vorgestellt zu werden. Er trug eine mächtige schwarze Ledermappe bei sich und trante allerhand Papiere und Druckschriften heraus, die sich auf die Unstittlichkeit beim Theater beziehen sollten. Er erklärte, schon lange bedrücke es sein Herz, wie die Bühnenwelt von Tag zu Tag an Moral verliere, und es müsse durchaus etwas geschehen. Herr v. Löhov gedachte auf den bevorstehenden Stittlichkeitskongress nach Breslau zu ziehen und dort eine Reihe von Thesen aufzustellen. Hierzu sollte ihm unser Redaktionsmitglied Material liefern. Dieser letzte es ab, war aber bereit, die Thesen des neuen Stittlichkeitsapostels zu prüfen. Herr v. Löhov versprach freudig, sie ihm in einer Woche zu bringen. Inzwischen aber trat eine stärkere Gewalt an ihn heran, und dem Breslauer Kongress entging dieser gestrenge Vorkämpfer für Tugend, Unschuld und ehrbaren Lebenswandel.

Sind wir erst einmal wieder in Rom und haben wir unsere Paläste von neuem besetzt, so können wir das lange Leben des Senators ruhig abwarten. Also darüber wären wir einig.

„Jawohl.“
„Und Ihr verlangt dafür unsere Einwilligung, daß Ihr fünf Jahre lang die Würde eines Podesta bekleidet?“
„Allerdings.“
„Ich meines Theils gehe auf die Bedingungen ein“, sagte der Savelli, „hier ist meine Hand. Ich bin dieser Heiden, selbst unter uns, überdrüssig, und glaube, daß ein ausländischer Herrscher am besten die Ordnung in Rom wieder behaupten können, besonders ein Mann wie Ihr, Herr Ritter, dessen Geburt und Ruhm Euch befähigt, den Unterschied zwischen Baronen und Plebejern zu begreifen.“
„Ich meines Theils fühle“, sagte Stefanello, „daß wir unter mehreren Nebeln nur die Wahl haben, ein ausländischer Podesta gefälligst nicht, aber noch weniger ein plebejischer Senator. Hier ist auch meine Hand, Herr Ritter.“

„Edle Herren“, sagte Monreal nach einer kurzen Pause, seine durchdringenden Blicke mit großem Bedacht von dem einen zum anderen wendend, unser Vertrag ist abgeschlossen, jetzt noch ein Wort als Nachtrag, Walter von Monreal ist kein Graf Pepin von Amorino! Ich vertraute früher Eure Sache und die meinte einem Bevollmächtigten an, indem ich mir, wie ich geflehen muß, wenig träumen ließ, daß der Sieg so leicht sein würde; Eure Sache beförderte er, die meinte war verloren. Er vertrieb den Tribunen und ließ darauf durch die Barone sich selbst verbannen. Dieses Mal besorge ich selbst meine Angelegenheiten, und merkt es Euch, ich habe in der großen Kompagnie eine Erfahrung gemacht, nämlich, daß man nie einen Verräther oder Heberläufer, er sei von welchem Rang er wolle, begnadigen darf. Entschuldigt diese Aenderung. Laßt uns jetzt von etwas anderem sprechen. Ihr haltet also in diesem Kastell meinen alten Freund, den Baron von Castello, gefangen?“

„Ja“, sagte Luca di Savelli, denn Stefanello, der durch Monreal's Trohng, die er nicht offen zu erwidern wagte, sich beleidigt fühlte, behauptete ein hartnäckiges Stillschweigen. „Ja, es ist ein Patrizier weniger für den Rath des Senators.“

(Fortsetzung folgt.)

Am Ende ihres Latens ist die Verwaltung der Stadt- und Ringbahn. Der Bezirks-Eisenbahnrath Berlin (Direktionsbezirk Berlin und Stettin) beschloß sich in seiner gestrigen Berathung, die unter der Leitung des Eisenbahndirektions-Präsidenten Kranold im Konferenzsaale des Potsdamer Bahnhofes stattfand, in umfänglicher Weise mit der wichtigen Frage der Tarifreform für den Stadt-, Ring- und Vorortbahnverkehr. Der von dem Mitgliede des Bezirks-Eisenbahnraths-Direktor van den Wyngaert gestellte Antrag ging dahin:

„Der Bezirks-Eisenbahnrath wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, den Ringbahn-Tarif auf den ganzen Vorort-Verkehr zu übertragen.“

In der Besprechung des Antrages wurde hinsichtlich der Stadt-Ringbahn-Jahrespreise vom Oberamtman Ring die Unhaltbarkeit des Fränsitionen-Tariffs betont und die Einführung eines Einheitsstarifs angeregt, nach welchem dann für 10 Pf. in dritter und 20 Pf. in zweiter Klasse die ganze Stadt- und Ringbahn zu befahren wäre. Dies wurde jedoch von dem Direktions-Präsidenten Kranold für unmöglich erklärt, weil die Stadtbahn absolut am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sei und ein so enormes weiteres Aufschwollen des Verkehrs, wie es bei noch größerer Verbilligung des Tarifs unbedingt eintreten würde, unter keinen Umständen mehr würde bewältigt können. Die Eisenbahn-Verwaltung wünschte sich aufs dringendste, daß der Stadtbahn durch andere private Verkehrsmittel sobald wie möglich ein erheblicher Theil ihrer Frequenz entzogen werden möge. - Der Eisenbahn-Verwaltung scheint kaum klar zu sein, welche ein geistiges Armutzeugniß sie sich mit dieser Erklärung ausstellt.

Dem Museum für Naturkunde ist aus Deutsch-Neu-Guinea von Professor Dahl, dem Leiter der mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes und der königlichen Akademie der Wissenschaften durch den Professor Dr. Dohrn in Neapel angelegten Forschungsstation in Ralium, eine Sammlung verschiedener sehr gut konservirter Thiere zugegangen. Sie enthält: 6 Arten Säugethiere, 27 Arten Vögel, 14 Arten Amphibien und Reptilien, ferner trocken: 200 Stück Lepidopteren, 161 Stück Orthopteren, 100 Stück Hymenopteren, 26 Stück Odonaten, 136 Stück Hymenopteren, 227 Stück Dipteren und 161 Abbrenngläschen, angefüllt mit Insekten aller Ordnungen in Alkohol. Außer den Thieren enthält die Dahl'sche Sendung auch ein Paket getrockneter Pflanzen, welche dem Botanischen Museum übergeben worden sind.

Die neue Berliner Omnibusgesellschaft soll, wie ein Berichterstatter wissen will, beschloffen haben, hinfür keine Straf-gelder mehr von ihren Angestellten zu erheben. Die Rutscher und Schaffner verdienen allerdings so wenig, daß bei Abzug von Strafgebern überhaupt kaum etwas vom Monatslohn übrig bleibt.

Hermann Lüth. Anlässlich des letzten Stöckerprozesses war zwischen der „Post“, dem „Volk“ und der „Zeit“ ein Streit darüber entstanden, ob der Landgerichtsdirektor a. D. Lüth noch lebe oder bereits verstorben sei. Jetzt meldet das „Volk“; Landgerichtsdirektor a. D. Hermann Lüth, der einstige Vorsitzende in dem Stöcker-Bäcker-Prozess, ist noch am Leben und wohnhaft in Heidelberg, Bunsenstr. 11a; er wird jetzt als Zeuge in dem Stöcker-Witte-Prozess von der Vertheidigung vorgeladen. Er war bereits ein großer Sozialistendörter.

Nach Jerusalem will unser Kaiser, wie dem „Lokal-Anzeiger“ zufolge in türkischen Reisen verlautet, zu Oheern 1898 reisen. Dort soll um diese Zeit eine protestantische Kirche eingeweiht werden, welche auf den Feinerzeit vom Sultan dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm geschenkten Fundamenten einer alten Kreuzsahrkirche erbaut wird.

In letzter Zeit sind in der Unterstadt wieder viele Paletot-Diebstähle ausgeführt worden, ohne daß über die Thäterschaft etwas bekannt wurde. Es mußte daher angenommen werden, daß der Thäter in Studentenkreisen zu suchen sei. Diese Annahme war insofern zutreffend, als ein stellenloser Kommis sich in den Besitz der Matricellkarte seines studirenden Bruders gesetzt hatte und damit ungebündelt in der königl. Universität ein- und ausging. Kriminalbeamten gelang es, den mit einem geflohenen Paletot bekleideten Thäter auf der Straße festzunehmen. Eine in seiner Wohnung vorgenommene Durchscheidung führte zur Auffindung der in den Taschen der geflohenen Ueberzieher befindlichen gegenständlichen Gegenstände, wie Studententarten, Dankschube, Taschentücher, Haarbürsten u., sowie mehrerer über Ueberzieher ausgestellte Pfandscheine, so daß die Geschädigten wieder in den Besitz ihrer Sachen gelangen werden.

Eine aufregende Szene spielte sich Donnerstag Abend um 7 1/2 Uhr in der Schilling- und Blumenstraße ab. Eine elegante Lohndienerin, die mit zwei prächtigen Schimmeln bespannt war, brachte eine Dame nach dem Hause Schillingstraße 12-14. Der Rutscher stieg vom Bod und öffnete, die Leine in der Hand, den Wagenschlag. Diejenige schlug dann die Dame, als sie aufgestiegen war, selbst so heftig zu, daß die Pferde schreuten. Die jungen Thiere machten gleich einen solchen Satz, daß dem Rutscher die Leine entglitt, raste die Schillingstraße hinunter nach der Blumenstraße zu und rammt den Blindlings gegen d. Haus Nr. 7a, auf das die Schillingstraße mündet. Di. Reichel drang durch das Fenster in die Kellerwohnung des Privatwächters Kähler ein, die Pferde zerschmetterten sich rechts und links vom Fenster an der Wand den Schädel und verendeten auf der Stelle.

Durch Ueberfahren wurde Donnerstag Abend gegen 5 Uhr der 30-jährige Beamter Paul Pfister aus der Bell-Allianzstraße 104 getödtet. Der Mann gerieth vor dem Hause Hofstraße 58 unter ein Fuhrwerk, dessen Eigenthümer und Rutscher noch nicht festgestellt worden sind.

Eine Vergiftung mit Scheidewasser ist zur Kenntn der Staatsanwaltschaft gekommen. In der Nacht zum Mittwoch wurde das 22-jährige Dienstmädchen Marie Schloßjorsch, das bei einem Onkel in der Sörligerstraße wohnte, schwer krank in eine Anstalt gebracht und starb dort um 1 1/2 Uhr morgens anscheinend an Herzschwäche. Die Leichensöffnung hat jedoch ergeben, daß das Mädchen Scheidewasser genommen hatte.

Aus dem Polizeibericht vom 4. Dezember. In der Mittagsstunde gerieth in der Blumenstraße die 14-jährige Tochter des in der Chorinerstraße wohnenden Klempners Pöschke unter die Räder eines sehr schnell fahrenden Schlächtermagens und erlitt eine Gehirnerschütterung. - In der Trankbreite fuhr nachmittags der Rutscher Reichhold N. so heftig gegen einen vor dem Hause Kurfürdenstraße 24 haltenden Geschäftswagen der Spindler'schen Fabrik, daß dieser umstürzte und beschädigt wurde. Hierbei erlitt der auf dem Geschäftswagen sitzende Arbeiter Schindler eine erhebliche Verletzung am Knie. - Beim Befahren eines durch die Yorkstraße fahrenden Arbeitswagens fiel amends der Vorkosthändler Paul Pfister hin, gerieth unter die Räder und wurde so schwer verletzt, daß er bereits während der Ueberführung in die nahegelegene Unfallstation verschied. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Aus den Nachbarorten.

Achtung, Friedrichsberg! Am Dienstag, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet in Spitzig's Lokal eine Volks-Versammlung statt, in welcher der vertagte Bericht des Vertrauensmannes, sowie dessen Neuwahl, die Wahl der Revisoren und die der Mitglieder der Lokalkommission erledigt werden soll. Außerdem hält Reichstags-Abgeordneter Peus einen Vortrag über die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft aus der kapitalistischen. Parteigenossen, agitiert für zahlreichen Besuch!

Weihensee. Sonntag, den 6. d. M., nachmittags 5 Uhr, findet im Lokal von Müller, König-Grüfte 88, eine Volksversammlung statt. Genosse Frick Hansen hat den

waren. Wenn der Provençale jetzt weniger den tapfern und schönen fahrenden Ritter darstellte, so sah er mehr dem erfahrenen Feldherren und dem einsichtigen Staatsmann gleich.

„Ihr müßt zugeben“, sagte Monreal, ein Gespräch fortsetzend, welches großen Eindruck auf seine Gefährten gemacht zu haben schien, „daß in diesem Kampf zwischen Euch und dem Senator von mir allein alles abhängt. Rienzi ist gänzlich in meiner Gewalt, meine Brüder sind die Anführer seiner Armee, er selbst ist mein Schuldner. Es hängt von mir ab, ob ich ihn auf dem Throne befestigen oder ihn auf das Blutgerüst schicken will. Ich habe nur den Befehl zu geben, und die große Kompagnie rückt in Rom ein, aber ich glaube, daß wir ohne ihre Mitwirkung, wenn Ihr Euren Versprechungen treu bleibt, unsern Zweck erreichen können.“

„Und doch wird Palestrina durch Eure Brüder belagert“, sagte Stefanello empfindlich.

„Aber sie haben meine Befehle, vor diesen Mauern ihre Zeit zu verlieren. Seht Ihr nicht ein, daß durch diese Belagerung, erfolglos wie sie, wenn ich will, sein wird, Rienzi im Ausland seinen Ruhm und in Rom seine Popularität einbüßen muß?“

„Herr Ritter“, sagte Luca di Savelli, „Ihr sprecht wie ein Mann, der in der tiefen Politik der Zeit erfahren ist, und unter allen den Umständen, die uns bedrohen, scheint Euer Vorschlag mir wohl begründet und vernünftig. Ihr macht Euch anbeischig, uns und die anderen Barone wieder nach Rom zu führen und Rienzi der Löwentreppe zu überweisen.“

„Das nicht, das nicht!“ fiel Monreal schnell ein, „ich will darcin einwilligen, seine Macht so zu beschränken und zu verkrüppeln, daß er eine Drahtpuppe in unseren Händen ist, und von seiner Autorität nur ein Schatten übrig bleibt, oder wenn sein fühner Geist dieses nicht erträgt, so wollen wir ihn wieder nach den Wildnissen Deutschlands verbannen. Ich möchte ihn unschädlich machen, aber ich will nicht seinen Untergang oder (fügte Monreal nach einer kleinen Pause hinzu) die Umstände mühen und durchaus dazu drängen. Die Macht darf keine Opfer übermäßig verlangen, aber um die Macht zu sichern, können Opfer allerdings notwendig werden.“

„Ich verstehe Eure Subtilitäten“, sagte Luca di Savelli mit seinem kalten Lächeln, „und habe nichts dagegen.“

Vortrag übernommen. Nachher geselliges Beisammensein und Tanz. Entree 10 Pf. Um recht rege Theilnahme ersucht die Einberufenerin Marie Werner.

Die Parteigenossen von Friedrichsfelde werden hiermit auf die heutige Annonce aufmerksam gemacht.

Ein Offizier als Erzähler. Die „Volks-Zeitung“ schreibt: Der desertirte Premierlieutenant Trautvetter vom 141. Infanterie-Regiment, welcher jetzt vom Kriegsgericht der 33. Division in Brandenburg zu 1000 M. Geldstrafe wegen Fahnenflucht verurtheilt wurde, war bis zu seiner Flucht als Erzähler beim Kadettenkorps zu Potsdam abkommandirt. Sein Verschwinden erregte seinerzeit großes Aufsehen, da er ein sehr beliebter Offizier war. Das geflüchtete verbreitete Gerücht, Trautvetter sei wegen Schulden verurtheilt, fand deshalb auch keinen Glauben. Aus zuverlässiger Quelle kam die „V.-Ztg.“ mittheilen, daß der Grund zu der Flucht Trautvetter's ein anderer war. L. hatte alle Ursache, sich schleunigst zu entfernen, denn es wurde ihm zur Last gelegt, sich an den ihm zur Erziehung anvertrauten Kadetten unfittlich vergangen zu haben. Gleich nach seiner Flucht wurde er übrigens als Offizier mit schlechtem Abschied entlassen.

Aus Rixdorf wird berichtet, daß gestern ein großer Wirbelsturm und ein sehr starkes Schellenknochenstück vom Mammuth in den unteren Etagen der Kiesgruben des Herrn F. W. Köhner in Rixdorf-Brieg gefunden worden sind. Die Funde liegen einige Tage in Rixdorf, Bergstr. 50/52, zur Ansicht aus und werden dann dem Märkischen Museum übergeben.

Im Betriebe der Dampfstraßenbahn ereignete sich gestern wieder ein schwerer Unglücksfall. Gegen 5 Uhr nachmittags fand in der Schloßstraße zu Steglitz ein so heftiger Zusammenstoß zwischen einem Wagen der Dampfstraßenbahn und einem Geschäftswagen der Petroleumhandlung von Postle, Alt-Moabit, statt, daß der letztere Wagen stark beschädigt, der Kutscher vom Beck geschleudert und schwer verletzt wurde. Er mußte, nachdem ihm in Steglitz ein Rothverband angelegt, nach einem Berliner Krankenhaus gebracht werden.

Aus Potsdam wird berichtet: Das Opfer eines brutalen Ueberfalls wurde in Vornim bei Potsdam ein Unteroffizier vom 2. Garde-Feld-Artillerie-Regiment. Derselbe hatte dort ein Lokal besucht und wurde von einigen Zivilpersonen mit dem Spitznamen der Potsdamer Artillerie „Badeengel“ gehänselt. Er verbat sich dies entschieden und gerieth mit den Leuten in einen Wortstreit. Als der Unteroffizier nun abends 11 Uhr das Lokal verließ, wurde er aus dem Hinterhalt von fünf bis sechs Personen überfallen und mit Todtschlägern und Gummischläuchen so lange geschlagen, bis er mit klaffenden Kopfwunden besinnungslos niederfiel. Die Uebelthäter schleppten ihn in den nahe gelegenen Wald, ließen ihn dort trotz der Kälte liegen und entflohen. Zum Glück wurde der Unteroffizier bald aufgefunden und noch immer besinnungslos nach Vornim zurückgebracht. Dort legte man ihm einen Rothverband an und veranlaßte am nächsten Tage seine Ueberführung nach dem Garnisonlazareth am Plattenberge. Die Thäter, mehrere Maler und Lackierer aus Vornstedt und Potsdam, sind ermittelt worden. Der Hauptschläger war der Lackierer Grunow aus Vornstedt.

Kunst und Wissenschaft.

Eine Expedition in die Fauna der Urwelt unternahm dieser Tage die Deutsche Gesellschaft für völkerräumliche Naturkunde unter Führung des Rüstos an der paläontologischen Abteilung des königlichen Museums für Naturkunde, Herrn Prof. Dr. Jäkel. Dieser Ausflug bildete gewissermaßen die Ergänzung zu dem bei einer früheren Gelegenheit von Herrn Prof. Jäkel gehaltenen Vortrage über „Die Entwicklung der Thierformen“. Nach einem allgemeinen Ueberblick über die Entwicklung unseres Planeten und die ersten Spuren des organischen Lebens auf demselben wurden die Bedingungen besprochen, unter denen fossile Reste solcher vorweltlichen Lebewesen auf uns kommen konnten. Aus dem Studium derselben hat sich ergeben, daß ein allmähliches Fortschreiten der niederen Thierwelt zu den höher organisierten Wesen sich feststellen läßt, daß man dagegen nicht berechtigt ist, für bestimmte Perioden der Entwicklung unseres Erdballes eine bestimmte Flora oder Fauna anzunehmen. Hohes Interesse erregten hierbei die Uebergänge, welche sich nachweisen lassen zwischen Reptilien und Vögeln oder Vögeln und Säugethieren, bezw. die Rückbildung von Landbewohnern zu Wasserbewohnern. So wurde die ganze Ebene der Urzeit durchwandert bis zu den kleinsten Geschöpfen, wie sie uns der Bernstein in seinen Einschlüssen so wunderbar erhalten hat, ja sogar ein fossiles Spinnwebnetz fehlte darunter nicht.

Im Schiller-Theater wird in der morgen, Sonntag, Nachmittag, stattfindenden Vorstellung „Des Meeres und der Erde Wellen“ mit Bräulein Vauts und Herrn Bach in den Hauptrollen gegeben. Sonntag Abend gibt der Schwan „Der vergiftete Hiltenschen“ von Heuer und Brentano in Szene. Heute wird „Der Herr von Riedfeld“ wiederholt.

Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater gibt heute das Schauspiel „Die Welt-Weise“ in Szene. Morgen, Sonntag, wird zum letzten Male Herr's Oper: „Der Kronprinz“ aufgeführt. Heute Nachmittag findet eine Kinder-Vorstellung zu kleinen Preisen statt. Es wird „Der Wattenfänger von Hameln“ gegeben.

Zur Hafnarbeiter-Bewegung.

Wie vorauszusehen war, hat die Weigerung des Arbeitgeber-Verbandes, die zwischen den Arbeitern, Stauern und Rhebern schwebenden Differenzen durch ein Schiedsgericht beilegen zu lassen, zur Erklärung des Generalstreiks geführt. Zwei Wolff'sche Depeschen berichten darüber unterm 4. Dezember:

Die Central-Streikkommission hat den Generalstreik aller im und am Hafen beschäftigten Arbeiter beschlossen. Ein heute früh verbreitetes Flugblatt fordert alle Quai-Arbeiter, Barkassenführer und Kulkutscher auf, die Arbeit einzustellen, damit der Verkehr im Hafen von Hamburg vollständig ruhe. Um 8 1/2 Uhr verließ der größte Theil der Arbeiter der Staatsquais in großen Zügen die Arbeit. Ein kleiner Theil arbeitet noch weiter, vermuthlich nur bis Mittag. Heute Mittag findet eine Versammlung der streikenden Quai-Arbeiter statt.

An der Versammlung der ausländigen Quai-Arbeiter nahmen etwa 4000 Personen theil. Es wurde beschlossen, den verkündigten Gesamtaustrand anzuerkennen und sich mit den übrigen Ausländigen solidarisch zu erklären.

Unser Spezial-Berichterstatter schreibt uns unterm gleichen Datum:

Voranschichtlich wird es einen langen und erbitterten Kampf geben. Die Arbeiter können natürlich nur siegen, wenn sie wie bisher einmüthig zusammenhalten und stramme Disziplin bewahren, sich durch nichts provozieren lassen und von der übrigen Arbeiterklasse ausreichend unterstützt werden. Ueber eigene Mittel verfügen die Streikenden, die ja bisher nur in sehr geringer Zahl organisiert waren, bekanntlich nicht.

Die Sammlungen sind aber überall im Gange. Die Dockarbeiter von Hull und Liverpool haben telegraphirt, daß sie beschlossen, pro Mann und Woche 2 Mark zu steuern, das Hamburger Gewerkschaftsartel wird pro Mann und Woche 1 Mark in die Streikkasse zahlen. Die das „Hamburger Echo“ mittheilt, sandte der Verband der Landarbeiter von Süland und Fünen in Dänemark 10000 Kronen (1250 M.) Unterstützung, ferner das Leipziger Gewerkschaftsartel 4000 M. als erste Rate.

Die Haltung der Streikenden ist durchaus hoffnungslos. Ihre Reihen zeigen nicht die geringste Schwankung, und die von überall herangelockten Streikbrecher verlassen thatsächlich in Massen wieder das hamburgische Gebiet. So z. B. haben 280

solcher Leute gestern das Schiff „Fürst Bismarck“ verlassen, wo die Streikbrecher, um sie von der ausländigen Arbeiterklasse zu isoliren, untergebracht sind. Dieses Schiff wird deswegen allgemein das „Streikbrecher-Hotel“ genannt. Ferner haben ca. 150 andere Streikbrecher heute die Arbeit niedergelegt und morgen reisen 127 Engländer von der „Prussia“ wieder ab.

In welchem hohem Maße die Sympathien für die Arbeiter im Bürgerthum mit dem Beschluß der Unternehmer gewachsen sind, geht daraus hervor, daß z. B. die Geschäftsleute anfangen, sich öffentlich über die Sache zu Gunsten der Streikenden zu äußern. So findet heute, Freitag, Mittag eine Versammlung der Gewerbetreibenden einiger Vororte statt. In dem Auftrug dazu heißt es, daß auch die Gewerbetreibenden schwer unter den Kämpfen der um ihre Existenz ringenden Arbeiter leiden.

In welchem großartigem Maßstabe der Schiffsverkehr Hamburgs gewachsen und damit das Rheber- und Stauergerwerbe zur Blüthe gekommen ist, zeigen folgende Angaben, die Reichstags-Abgeordneter Rollenbühr in einer Versammlung der Speicher- und Lagerarbeiter machte. Es kamen im Hamburger Hafen Schiffe an in den Jahren:

Jahr	Schiffzahl	Tonnagehalt
1880	5099	2564 017
1881	5113	2622 700
1882	5226	2820 140
1883	7146	5200 175
1884	7316	5548 835
1894	7455	5808 882

Verlassen haben in demselben Zeitraum Schiffe den Hamburger Hafen:

Jahr	Schiffe	Register-Tonn
1880	4454	2064 129
1881	4347	2148 248
1882	4558	2300 873
1883	6008	3287 581
1884	6250	4096 107
1894	6599	4314 839

Der Tonnagehalt der Schiffe und damit der Waarenverkehr ist seit 1880 also um das Doppelte gestiegen, und da sollen die Rheber und Stauer, die doch die Transporttarife nicht erniedrigt, sondern erhöht haben, nicht in der Lage sein, die Forderungen der Ausländigen zu bewilligen?

In der Versammlung der Ewerführer am Donnerstag führte der Abg. v. Elm u. a. aus: Als wir am Mittwoch in den Versammlungen zur Bildung eines Schiedsgerichts einstimmig unsere Zustimmung gaben, hat keiner von uns geahnt, daß bereits nachmittags die Arbeitgeber denselben Vorschlag ablehnen würden, obgleich mir bereits Gerüchte zu Ohren gekommen waren, daß die Herren Senator Dr. Hackmann, Dr. Roach und Siegmund Hinrichsen den Arbeitgebern zu arbeiterfreundlich seien. Eine solche Insinuation erschien mir unglücklich, obgleich man sonst hier in Hamburg schon verschiedenes gewohnt ist. Unter den Vertretern der Arbeitgeber, die den ablehnenden Bescheid faßten, befanden sich auch die Zigarrenfabrikanten und Gärtner. (Lauten Lachen der Versammlung.) Was haben diese Leute mit der Sache zu thun? Ebenso gut hätten wir die gesammte Arbeiterschaft von Hamburg zur Entscheidung anrufen können. Wir haben aber im Gegenseite hierzu in der bei Tütze abgehaltenen Volksversammlung entschieden, daß nur die am Streik Theilnehmenden in dieser Sache ihr Wort zu geben hätten. Ebensoviele hätten auch den Arbeitgebern Unbetheiligt fern bleiben müssen.

Im Laufe der Versammlung kam zur Sprache, daß die Maschinen der Alster-Dampfschiffe beschlagnahmt, ihrer Direktion am Nachmittag einen Bohrtarif vorgelesen. Beht die Direktion ab, so wollen auch sie sich solidarisch mit den Streikenden erklären.

Die Meldung einer Berliner Lokalcorrespondenz, wonach 200 Berliner Schulleute nebst Offizieren nach Hamburg geschickt werden sollten, wird von der „Hamburger Vörsenhalle“ auf grund offizieller Mittheilungen demontirt. Es hieß auch nur Del ins Feuer gießen, wollte man die Hamburger Arbeiterschaft, deren ruhiges Verhalten erst am Donnerstag selbst vom Minister v. Bötticher im Reichstag anerkannt worden ist, mit preussischer Polizei heimsuchen.

In der bürgerlichen Presse wird das ablehnende Verhalten des Arbeitgeber-Verbandes nur von Blättern vom Schlage der „Stumm'schen Post“ und den Bismarck'schen „Hamburger Nachrichten“ gebilligt. Die übrige Presse erkennt direkt oder indirekt einstimmig an, daß durch das Verhalten des Unternehmerrings der Stand der Sache verschlimmert worden ist.

So schreibt die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung“: Mit einem Schlage hat sich hier die Situation verändert, alles ist in feierlicher Bewegung und Aueregung; die Ablehnung des Arbeitgeber-Verbandes betrifft des Schiedsgerichts wird schwere Folgen haben! Herrliche bisher noch eine ziemlich friedliche Stimmung, so hat diese jetzt der Erbitterung Platz gemacht. Die Sympathie der Bevölkerung sowohl wie der Presse steht jetzt zum großen Theil auf Seiten der Arbeiterschaft.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: Die Ablehnung des Schiedsgerichts durch die Arbeitgeber wird in manchen Kreisen als eine Demonstration gegen den einen Vermittlung geneigten Senat aufgefaßt. Die Streikenden haben nicht ohne Erfolg an die Solidarität der Arbeiter aller Länder appellirt. Kolding sandte 10000 Kronen. Die Hamburger Arbeiter tragen wöchentlich je eine Mark für den Streikfonds bei. In diesen Kreisen glaubt man, die Arbeitgeber würden dem Beispiel ihrer bremischen Berufsgenossen folgen müssen. Unter den 650 auf dem „Fürsten Bismarck“ einquartierten Arbeitern gährt es; sie betrachten sich als ihrer Freiheit beraubt.

Die „Deutsche Warte“ schreibt: Eine Partei muß unterliegen, entweder die Arbeitgeber oder die Arbeiter! Es giebt einen Kampf bis zum Blut. Fraglich ist es, ob die Arbeiter nochmals die Hand des Friedens, wenn sie ihnen etwa geboten werden sollte, annehmen werden.

Die „National-Zeitung“ theilt mit: In den unterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß, wenn der Streik nicht bald ein Ende nimmt, die Noth riesige Dimensionen annehmen wird. Wie die Stimmung unter der streikenden Bevölkerung ist, geht am besten aus einem der vielen gestern an der Wasserkaute zur Vertheilung gelangten Flugblätter hervor. Der Wortlaut ist folgender: „An die streikenden Hafnarbeiter und Seeleute! Arbeiter! Das Unternehmertum hat auf eure großartige Kundgebung für die von Herrn Senator D. Hackmann in so anerkennenswerther Weise vorgeschlagene schiedsgerichtliche Vermittlung zwecks Beilegung des Streiks keine Antwort gegeben. Diese Antwort ist der Ausdruck der denkbar brutalsten grobhaften Infamie! Das isolirte Unternehmertum hat die Stirn gebogen, die schiedsgerichtliche Vermittlung abzulehnen und damit Euch und die übrige Arbeiterschaft vor die Nothwendigkeit gestellt, den Kampf für eure berechtigten Forderungen unter Aufwand aller Entschlossenheit und Energie, deren ihr fähig seid, fortzusetzen! Das Verhängnis erfülle sich. Es wird, wenn ihr Euch selbst und eurer guten Sache nicht untreu werdet, sich in der zweifach verdienten Niederlage des Unternehmertums offenbaren. Derant! Heran in Reih' und Glied!“

Die „Wolff'sche Zeitung“ erklärt, daß man die Ursache des Ausstandes in Hamburg in der Schärfe der Sozialdemokratie suchen müsse. Derselbe „Wolff'sche Zeitung“ hat bekanntlich den Minister Crispi noch als braven Mann gepriesen, als selbst das letzte bürgerliche Winkelblättchen schon mußte und

schrieb, daß Crispi ein gemeiner Schwindler war. Das genügt wohl, um darzutun, daß auf die Meinung der Tante Voh nichts zu geben ist. Sogar dem „Klabberadatsch“, der in Beziehung auf Scharfsmm gewiß die mächtigsten Ansprüche stellt, ist die Salbaderei der Tante Voh unanstößlich. Nummer für Nummer verpöppelt er sie in der unbarmherzigsten Weise.

In Danzig erklärte sich eine Versammlung der Hafen- und Speicherarbeiter mit den Hamburgern solidarisch.

Ueber die auf dem Berliner Gewerkschaftsbureau weiter eingegangenen Gelder wird in nächster Nummer quittirt.

Am Dienstag finden in Berlin mehrere Versammlungen statt, in denen über den Hafnarbeiter-Streik referirt werden wird. Die Gewerkschaften werden ersucht, für diesen Tag etwa einberufene Versammlungen ausfallen zu lassen.

Soziale Rechtspflege.

Einen wichtigen Rechtsgrundsatz hat das Gewerbegericht anlässlich eines Rechtsstreites ausgesprochen, den ein Unternehmer gegen mehrere Arbeiter angestrengt hatte. Die Beklagten waren, ohne vorher zu kündigen, aus dem Arbeitsverhältnis ausgetreten, und der Kläger verlangte nun von ihnen eine Entschädigung wegen Kontraktbruchs in Höhe eines Wochenlohnes, welcher Betrag für diesen Fall in der Fabrikordnung vorgesehen war. Die Angeklagten machten dagegen geltend, daß der Kläger sich auf Vorhaltungen aus den Kreisen seiner Arbeiter verpflichtet hätte, nie von den Strafbestimmungen der Fabrikordnung Gebrauch zu machen, und daß er demgemäß auch Reht gehandelt habe. Der Gerichtshof nahm von einer Beweishebung hierüber Abstand und verurtheilte ohne weiteres die Beklagten nach dem Klageantrage. Gründe: Das Unternehmen des Klägers gehöre zu den Fabrikbetrieben, für die die Gewerbe-Ordnung den Erlaß einer Fabrikordnung vorschreibt. Das Gesetz bestimme, daß die Bestimmungen der einmal erlassenen Fabrikordnung in Kraft blieben, bis andere Bestimmungen durch einen neuen Erlaß getroffen seien. Somit sei aber eine mündliche Abrede, wie die hier behauptete, unzulässig; gegenüber den zwingenden Vorschriften des Gesetzes komme sie in keiner Beziehung in Frage.

Eine prinzipielle Entscheidung hat der II. Senat des Reichs-Versicherungsamtes am 1. Dezember gefällt. Der gegen Betriebsunfälle versicherte Landwirth Ehner hatte sich bei einer landwirtschaftlichen Arbeit derart verletzt, daß er längere Zeit im händischen Krankenhaus in Köln behandelt werden mußte. Da er die Kurkosten, die sich auf 162 M. beliefen, nicht zahlen konnte, ersuchtigte er schriftlich die rheinische landwirthschaftliche Berufsgenossenschaft, die genannte Summe von der ihm zustehenden Unfallrente abzuziehen und dem Ortsarmen-Verband der Stadt Köln auszugeben. Die Berufsgenossenschaft verfuhr dann auch in diesem Sinne. Ehner gerieth mit ihr in Streit über die Höhe der Rente und beantragte nunmehr auch die Herauszahlung der 162 M. Das Reichs-Versicherungsamt gab, im Gegensatz zum Schiedsgericht, diesem Antrage statt und verurtheilte die Berufsgenossenschaft demgemäß; die übrigen Mehrforderungen des Klägers wurden dagegen abgewiesen. Der Vorsitzende, Director Sparrius, führte zur Begründung aus, die fragliche Ermächtigung der Berufsgenossenschaft sei rechtsunwirksam, weil Ansprüche auf Unfallrenten nicht übertragbar seien und ein Erlaganpruch eines Ortsarmen-Verbandes nach § 8 des Unfallversicherungsgesetzes nicht vorliege. In betracht komme, daß es sich hier nur um einen Anspruch aus den ersten 13 Wochen nach dem Unfälle handele.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Verächtlichmachung von Staatsgerichtungen und Vergehens wider die öffentliche Ordnung hatten sich gestern die Genossen Zeitungsvorleger Anton Kopp aus Friedrichsberg und Buchdruckermeister Friedrich Wilhelm Johannes Lehndorf aus Neu-Weißensee vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Gleich am Beginn der Verhandlung regte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Stüber, den Ausschluß der Oeffentlichkeit an. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Wolfgang Heine, widersprach dem Ausschluß, weil dazu gar kein Grund vorliege, der Gerichtshof beschloß aber nach längerer Berathung, die Oeffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung auszuschließen, weil durch Verlesung des angeblich die öffentliche Ordnung störenden Flugblattes die Oeffentlichkeit gestört werden könne. Der Anklage lag das Flugblatt zu Grunde, welches im Mai d. J. sich „an die ländliche Bevölkerung Nieder-Barnims“ richtete und mit den Worten schloß: „Es lebe die internationale, völkervereinende, Friede und Glück bringende Sozialdemokratie. Sie lebe hoch!“ Das Flugblatt kritisiert die Folgen der die notwendigen Lebensmittel vertheuernden Steuerpolitik, klärt den Landarbeiter darüber auf, welche Ausnahmegesetze noch heute gegen das ländliche und gegen das häusliche Gefinde bestehen, legt das Ziel der Sozialdemokratie dar und fordert zum Anschluß an die Sozialdemokratie auf.

Für den Inhalt des Flugblattes sollte Kopp als Verfasser verantwortlich gemacht werden, während der Buchdrucker Lehndorf der Beihilfe bezichtigt wurde. Die Verhandlung stieß schon im Anfang auf eine Klippe. Es war nämlich nicht nachzuweisen, daß die Angeklagten das inkriminirte Flugblatt „öffentlich verbreitet“ haben. Es ließ sich nur feststellen, daß Lehndorf auf Anweisung von Kopp größere Posten von Flugblättern an bestimmte Personen, die sich entsprechend legitimirt, ausgetheilt hat. Nach langer Berathung umging der Gerichtshof diese Klippe mit dem Beschlusse, zunächst prinzipiell die Frage zu erledigen, ob sich die Angeklagten, selbst wenn die öffentliche Verbreitung angenommen werde, schuldig gemacht hätten. In der weiteren Beweisaufnahme stellte sich durch das Zeugniß des Reichstags-Abgeordneten Arthur Stadthagen heraus, daß der Angeklagte Kopp zwar das Flugblatt verfaßt, dann aber Herrn Stadthagen zur Insur vorgelegt hat. Dieser hat aus dem Text alles seiner Meinung nach Unnütze herausgestrichen und das war so viel, daß von dem ursprünglichen Text nur noch wenig übrig blieb. Zeuge legte dar, daß er das Flugblatt insbesondere nach der Richtung hin gepreßt hat, ob Beleidigungen, Aufreizungen oder Verächtlichmachungen aus demselben konstruirt werden können. Der Inhalt sei straflos, da er lediglich wahre Thatsachen und aus demselben gezogene Schlußfolgerungen enthalte. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß doch ein „Züchtigungsrecht“ gegenüber dem Gefinde nicht bestehe. Zeuge legte nun dar an der Hand des Flugblattes, daß wörtlich die bekannten Prügelparagrafen der Gefinde-Ordnung zitiert, daß das Flugblatt lediglich die allerdings in der Praxis bestrittene Frage, ob diese Paragrafen als Züchtigungsrecht anzusprechen seien, bejahe. Dabei befände es sich in guter Gesellschaft. In der Theorie werde die Pflicht des Gefindes, wegen Prügel unter den in den §§ 17, 18 und 19 der Gefinde-Ordnung dargelegten Voraussetzungen nicht gegen die Herrschaftslagen zu dürfen, mit recht als ein Züchtigungsrecht der Herrschaft alleseitig bezeichnet. Wenn das Reichsgericht und das Obertribunal die Verlesung der Klage nicht als Züchtigungsrecht auffassen, so sei das eine durchaus abweichende Auffassung, die mit der Entstehung des Gesetzes, mit dem Bestreben der Junker, bei Schaffung des Landrechts „ein unbedingtes Züchtigungsrecht“ zu erhalten, mit den Urtheilen in den 1854er Verhandlungen des Herrenhauses schlechter-

dinge sich nicht vereinigen lassen. Stadthagen schildert dann eingehend aus der Entstehung der Vorschrift in Art. 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, (wonach das Nichtigkeitsrecht vom 1. Januar 1900 ab aufgehoben sein soll), daß die gesammten Regierungen und der Reichstag angenommen haben, durch diese Vorschrift werden auch die Angelegenheiten der preussischen Besondere-Ordnung getroffen. Nach diesem Ausschluss der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt für Vertheidiger die Freisprechung, weil demselben nicht nachgewiesen werden könne, daß er Kenntnis von dem Inhalte des Flugblattes genommen habe; bezüglich des Kopfnahms der Staatsanwältin, daß der Thatbestand der Verächtlichmachung vollständig erfüllt sei, und beantragte für diesen neun Monate Gefängnis. Der Rechtsanwalt Heine legte eingehend die absolute Straflosigkeit des Flugblattes und der Angeklagten dar. Nach mehr als stundenlanger Berathung erkannte der Gerichtshof auf Freisprechung beider Angeklagten. Es könne vollständig dahingestellt bleiben — so etwa lautete die Begründung des Urtheils — ob irgend ein Thatbestandsmerkmal der Verächtlichmachung von Staatsbehörden durch den Angeklagten Kopp erfüllt sei, denn jedenfalls hat er sich bei dem Zeugen Stadthagen, dem eigentlichen Verfasser, erkundigt, ob etwas Strafbares vorliege. Es fehle ihm auf jeden Fall danach das Wissen, daß irgend etwas im Flugblatt falsch oder entsetzlich behauptet ist. Er besand sich nach allen Richtungen hin zweifellos im guten Glauben. Kopp mußte daher von dem Vergehen wider die öffentliche Ordnung freigesprochen werden und deshalb könne auch Vertheidiger wegen der Beihilfe nicht verurtheilt werden. Die Kosten sind der Staatskasse aufzuerlegen.

Das Illiputaner-Gastspiel vor dem Kammergericht. Die Herren Theodor und Karl Hofensfeld, die Impresarios der in Berlin wohlbekanntesten Illiputaner-Theatertruppe, waren vor einiger Zeit beschuldigt worden, das Schauspielergewerbe ohne die nach § 32 der Gewerbe-Ordnung erforderliche Erlaubnis betreiben zu haben. Es handelte sich um ein sogen. Gastspiel ihrer Truppe im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater in Berlin. Der Besitzer des Theaters, Direktor Frißche, hatte einen „Gastspielvertrag“ genannten Vertrag mit ihnen abgeschlossen, wonach er den genannten Personen seinen Kunsttempel gegen eine procentuale Theilnahme am Gewinn überließ. Für die Tage der Vertragszeit, an denen nicht gespielt werden würde, verpflichteten sich die Gebrüder Hofensfeld zur Zahlung von je 200 Mark. Die Behörden waren nun der Meinung, daß es sich hier nicht um ein richtiges Gastspiel, sondern um ein selbständiges Theaterunternehmen handelte. Das Schöffengericht sprach die Angeklagten wohl frei, vom Landgericht wurden sie aber zu je 30 M. verurtheilt. Die Strafkammer erklärte den Vertrag für einen Miethevertrag. Der Straftatbestand des Kammergerichts wies am 3. Dezember die eingelegte Revision mit folgender Begründung zurück: Daraus, daß der fragliche Vertrag „Gastspielvertrag“ genannt werde, komme es nicht an. Nicht seine Bezeichnung, sondern sein Sinn sei entscheidend. Die Auslegung eines Vertrages sei aber tatsächlicher Natur (D. weh!), gehe also das Revisionsgericht nicht mehr an, und der Vorbericht habe thatsächlich festgestellt, daß es sich um einen Miethevertrag handele. Unter diesen Umständen müsse das Gericht annehmen, daß die Angeklagten als selbständige Theaterunternehmer mit Frißche abgeschlossen.

„Blattern und Schimpfung.“ Wegen dieser Denkschrift des Reichs-Gesundheitsamts hatte im Auftrage des Vereins der Impfgegner Reinh. Gerling eine Broschüre verfaßt, durch welche sich der Referent im Reichs-Gesundheitsamt, Regierungsrat Dr. Kübler, als theilhaftig an der Abfassung der Denkschrift beileidigt fühlte. Er stellte Strafantrag. Gerling hatte behauptet, daß in der Denkschrift des Reichs-Gesundheitsamts fast auf jeder Seite Trugschlüsse verübt, falsche Zahlen und Datumverschiebungen angewendet seien und somit den Volksvertretern und der Presse ein unrichtiges Bild vom Stande der Impfung gegeben worden sei. Es wurde dem Verfasser der Denkschrift „bewusster Irrthum“ vorgeworfen, von „verbläffender Dreistigkeit“, vom Muth des „Anonymus“ u. s. w. gesprochen. Am Mittwoch fand die Verhandlung vor der ersten Strafkammer des Berliner Landgerichts I statt. Der Angeklagte hatte durch seinen Vertheidiger ein ungeheures Zeugenmaterial aufgehoben, um den Beweis zu erbringen, daß der Kampf der Impfgegner ein gerechtfertigter sei und daß mit der Zwangsimpfung ausgedrückt werden müsse. Mehrere Sachverständige aus Nah und Fern waren der Aufforderung des Angeklagten gefolgt. Bergedens wies der Vorstehende wiederholt darauf hin, daß es nicht die Aufgabe eines Gerichtshofes sein könne, zu einer wissenschaftlichen Streitfrage Stellung zu nehmen und daß es nur darauf ankomme, zu entscheiden, ob die in der Broschüre gebrauchten Ausdrücke beleidigend seien oder nicht. Der Vertheidiger beharrte auf der Verneinung sämtlicher Sachverständigen und führte außerdem eine kleine Bibliothek ins Gericht, woraus er die Schäden, welche durch die Zwangsimpfung entstanden, nachzuweisen suchte. Der Staatsanwalt führte nach Schluss der Beweisaufnahme aus, daß die Frage, ob die Zwangsimpfung zweckmäßig sei oder nicht, vom Gerichtshof nicht zu entscheiden sei. Die beleidigenden Ausdrücke ließen sich nicht aus der Welt schaffen, er beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 500 M. Der Vertheidiger plädierte in länger als zweistündiger Rede für Freisprechung. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 250 M.

Die erste weibliche Gerichts-Sachverständige in Berlin ist Frau Professor Dillow, geb. v. Hadenw. Inhaberin eines Bureaus für wissenschaftliche Graphologie. Frau Dillow ist als Schreib-Sachverständige vereidigt und für den Bezirk des Berliner Landgerichts I angestellt worden.

Ein politischer Duellprozeß. Vor dem Charlottenburger Schöffengericht spielte sich vorgestern, wie schon kurz berichtet, ein Duellprozeß ab, der deutlich von der Dreistigkeit Kunde gab, mit der gewisse prägelungsfähige Elemente selbst nützliche Glieder der Bevölkerung zu behelligen wagen. Der Verleibungsprozeß des Regierungsassessors Arnold gegen Professor Amandus Schwarz von der hiesigen Universität und den Eisenbahnbau-Unternehmer Holmgren hatte, wie wir aus der „Charl. Zeitung“ erfahren, seine erste Ursache in Reuerungen des Professors Schwarz über den Dr. jur. Vosberg, Kellow. Als Mitte Juni d. J. die Verhandlungen wegen der Wahl der Mitglieder zum Delegirtenkongress der national-liberalen Partei stattfinden sollten, wurde unter anderen Kandidaten auch Dr. jur. Vosberg-Kellow in Vorschlag gebracht. Prof. Schwarz erklärte sich von vornherein gegen die Wahl des Herrn Vosberg-Kellow und begründete seine Stellung in Privat-Ausführungen gegenüber seinen Parteifreunden mit unlesbaren Vorlesungen, die den Charakter des Parteikandidaten gerade nicht in dem besten Lichte erscheinen ließen und die dem Gelehrten geeignet erschienen, die national-liberale Partei in den Augen der Gegner zu kompromittieren. Dr. jur. Vosberg-Kellow fühlte sich durch die ihm zu Ohren gekommenen Reuerungen des Prof. Schwarz beleidigt und übersandte diesem durch seinen Kartellträger, Regierungsassessor Arnold, eine Forderung zum Zweikampfe auf Pistolen. Am 29. Juni d. J. erschien Regierungsassessor Arnold, nachdem er vorher in einem Schreiben seinen Besuch und den Zweck angekündigt hatte, in der Wohnung des Gelehrten, Villenkolonie Grunewald, Boothstraße Nr. 33. Hier war der dem Professor Schwarz befreundete Eisenbahnbau-Unternehmer Holmgren anwesend. Als der Kartellträger sich seines Auftrages entledigen wollte, gerieth der Gelehrte — der, wie er in dem Termin selbst angab, in glücklicher Ehe lebt, sechs Kinder und drei Enkelkinder besitzt — in eine leicht begreifliche Aufregung, stand von seinem Stuhl auf, nachdem er die Aufforderung zum Zweikampfe angehöret, und rief dem Kartellträger zu: „Sie haben bisher unter dem Frieden meines Hauses gestanden, aber jetzt

haben Sie den Frieden meines Hauses aufgröblichst verkehrt.“ Und weiter rief Professor Schwarz, ohne sich direkt an seinen Gegner zu wenden: „Der Irrsinn geht immer weiter, darf ich Sie bitten, Sie hinaus zu begleiten?“ Gleich darauf apostrophirte der mitanwesende Bauunternehmer Holmgren den Kartellträger in folgender Weise: „Sind Sie verrückt, einen alten Familienvater auf Pistolen zu fordern?“ Beide begleiteten dann den Regierungsassessor A. bis zur Thür des Vorgartens und hier legte der Verklagte Holmgren seine Rechte, wie er selbst meinte, als hochbetagter Mann in wohlwollendster Absicht für den jungen Assessor, auf die Schulter desselben und sagte: „Wenn Sie erst verheirathet sind, werden Sie auch vernünftig werden.“ Wegen dieser Reuerungen wurde Regierungsassessor Arnold klagsbar! In dem Termin behauptete der Kläger, er habe zunächst in der Wohnung des Verklagten diesem den Auftrag seines Mandatars ausgerichtet, Prof. Schwarz solle Abbitte wegen der gegen Vosberg erhobenen Verleibungen leisten. Die Verklagten behaupten ihrerseits, von einem Ersuchen, Abbitte zu leisten, sei bei dem Kläger keine Rede gewesen. Nach kurzer Berathung wurde das in der Hauptsache schon bekannte Urtheil verkündet: In den Reuerungen des Prof. Dr. Schwarz ist eine beleidigende Absicht nicht enthalten; wenn er von Irrsinn gesprochen habe, so könne der Kläger die Wendung nicht auf sich beziehen. Im übrigen habe der Verklagte, wenn er den Kläger aus seinem Hause gemiesen, in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, deshalb sei der Verklagte freizusprechen. Dagegen wurde in den Wendungen des Verklagten Holmgren die beleidigende Absicht vorgefunden. Derselbe wurde zu 100 M. Geldstrafe und zur Tragung der Hälfte der Gerichtskosten verurtheilt. Die andere Hälfte der Kosten fällt dem Kläger zur Last. Öffentlich berührt Herr Holmgren sich nicht bei dieser merkwürdigen Verurtheilung wegen einiger Worte, die er in wohlwollendster Absicht und in der optimistischen Meinung, daß der Angeredete verständiger Belehrung zugänglich sei, gesprochen hat.

Herr Kummert, der aus der denkwürdigen Kolberger Strandschloß-Affäre her bekannte müdige Bürgermeister von Kolberg, hat bei seiner vorgeschriebenen Behörde schon wieder einmal Aergerniß erregt. Der Kreisphysikus beantragte am 21. März dieses Jahres die Schließung einer höheren Lehrerschule, weil die Tochter eines aus dem fraglichen Grundstücke wohnenden Briefträgers angeblich an Diphtherie erkrankt war. Die Polizeiverwaltung lehnte dies in Uebereinstimmung mit dem Magistrat und der Schuldeputation ab. Darauf forderte der Landrath, ein Mitglied der großen Familie Puttkamer, die Polizeiverwaltung mehrmals vergeblich auf, die Schließung vorzunehmen. Die Polizeiverwaltung stellte sich auf den Standpunkt, daß eine solche Schließung nur von der Ortspolizei ausgehen könne. Als der Landrath dann seine Anordnung nochmals dringend wiederholt und eine Strafe von 50 Mark angedroht hatte, entgegnete der Polizeiverwalter Kummert, das eingeschlagene Verfahren halte er für geschwändrig und er empfehle dem Landrath, davon Abstand zu nehmen. Nun ließ der Landrath die Schule durch einen Gendarmen schließen und setzte die Strafe von 50 Mark gegen Kummert fest, weil er seinen Anordnungen nicht Folge geleistet habe. Der Regierungspräsident, auch ein Puttkamer, wies dann nicht nur die von Kummert erhobene Beschwerde zurück, sondern er legte dem widerspenstigen Bürgermeister auch noch eine Disziplinar-Ordnungsstrafe von 50 M. auf. Jetzt beschwerte sich hierüber R. beim Oberpräsidenten, der ihn ebenfalls abwies, indem er ausführte, der Kreis-Landrath dürfe die Polizeiverwaltungen in Städten, die keinen selbständigen Stadtkreis bilden, mit Anweisungen versehen. Kummert klagte darauf beim Ober-Verwaltungsgericht. In seiner Klagebeantwortung bemerkte der Oberpräsident, daß hier die Frage, ob die Anordnungen des Landraths materiell gerechtfertigt gewesen wären oder nicht, vollkommen ausscheide. Die Ordnungsstrafe sei gerechtfertigt wegen des hartnäckigen großen Ungehorsams gegen die vorgesehene Behörde und wegen des ungehörigen, theilweise überhebenden Tones, den K. gebraucht habe. — Der I. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts unter dem Vorsitz des Präsidenten Persius wies die Klage am 4. Dezember ab; da die Parteien nicht vertreten waren, wurden Gründe nicht publizirt.

Gewerkschaftliches.

Zug von Arbeitern nach den deutschen Seestädten ist während der Dauer der dortigen Lohnbewegungen auf strengste fernzuhalten!

Gelder sind zu senden an das Berliner Gewerkschaftsbüreau (H. Millarg, Berlin S.O., Annenstr. 16)

Bürgerliche Berliner Wäcker berichten, daß die hiesigen Konfektionsarbeiter davon Abstand nehmen werden, im nächsten Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten. Wie uns mitgetheilt wird, haben sich die Konfektionsarbeiter mit einer solchen Frage überhaupt gar nicht beschäftigt.

An alle in den Ringbrauereien Berlins beschäftigten Arbeitnehmer! Wir haben bedauerlicherweise die Wahrnehmung machen müssen, daß eine ganze Anzahl Brauerei-Arbeiter weder von den bevorstehenden Kuratoriumswahlen etwas wissen, noch die Legitimationskarten erhalten haben. Es liegt dies ja vor allen Dingen daran, daß verschiedene Brauereien die Bekanntmachung zur Wahl erst sehr spät, manche noch garnicht, oder an Orten angeschlagen haben, die nicht besonders zur Bekanntmachung geeignet sind. Umso mehr ist es Pflicht eines jeden Kollegen, daß was die Brauereien veräumt haben, nachzuholen und alle Kollegen von der Bedeutung der Wahl zu überzeugen. Spornet die Säunigen an, daß sie heute (Sonnabend) noch ihre Legitimationskarten aus ihren Geschäftskomptoirs holen und morgen pünktlich zur Wahl erscheinen. Gewählt wird Sonntag Mittag von 12-2 Uhr; die Brauer wählen bei Zuggenhagen und die übrigen Arbeitnehmer bei Keller, Köpenickerstraße 99/100. Stimmsettel werden vor den Wahllokalen vertheilt. Die Agitationskommission.

Zu Nürnberg hat, wie die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ mittheilt, der Streik bei Siepe u. Bress mit einer Niederlage der Arbeiter geendet.

Achtung, Metallarbeiter! Der Zug von Schloßern, Schmiedern, Drehern, Klempnern, Bergbauern, Brennern und sonstigen Hüttenarbeitern nach dem Emailwerk von Karl Thiel u. Söhne in Lübeck ist streng fernzuhalten.

Zu Nürnberg befinden sich die Studateure und Bildhauer der Firma Stoelker u. Schöberwalter in einem Abwehrstreik. Zug ist deshalb auf strengste fernzuhalten.

Vermishtes.

Aus Kiel wird uns berichtet: Im Nord-Ostsee-Kanal ereignete sich gestern während einer Dampfschiff eines in Neudorfer stationirten Petroleum-Motorbootes in unmittelbarer Nähe einer Explosion, wodurch das Deck des Bootes aufgerissen und dasselbe sonst schwer beschädigt wurde. Die Kleidung eines Matrosen fing Feuer. Der Mann sprang in seiner Angst über Bord. Er konnte jedoch gerettet werden; seine Verletzungen erwiesen sich zum Glück als keine schweren. Die übrige Mannschaft ist völlig unversehrt geblieben.

Brandstiftung in Zeulenroda. Wie die „Greizer Zeitung“ meldet, sind in Zeulenroda gestern Nacht 8 Häuser niedergebrannt. Der mutmaßliche Brandstifter wurde verhaftet. Die Kirche hatte

gleichfalls Feuer gefangen, doch konnte das Feuer noch im Entstehen gelöscht werden.

Zu Mülhausen im Elsaß ist ein Theil der Baumwollspinnerei Hagel's gestern Morgen niedergebrannt.

Noch ein Beitrag zum verfeinerten Ehrgefühl. Ueber den „schneidigen“ Ritt eines Hauptmannes berichtet das „Würtz. Journal“ folgendes: „Am Freitag ritt auf dem Trottoir der Paulenbergstraße der Artillerie-Hauptmann Hopp, was dem in dieser Straße patrouillirenden Schutzmann Veranlassung gab, den Offizier auf das Verbot des Reitens in dieser Straße aufmerksam zu machen. Der Hauptmann schrieb den Schutzmann sogleich befüllig an, verlangte nach seinem Namen und drohte mit Beschwerde. Nachdem der Schutzmann seinen Namen genannt und dafür den des Hauptmannes zu wissen begehrte, schrieb ihn dieser an: „Einen Hauptmann haben Sie überhaupt nicht nach dem Namen zu fragen, meinen Namen erfahren Sie durch die Beschwerde.“ Ein Glück war es für den Schutzmann, so sagt das bezeichnete Blatt, dem wir die Verantwortung der vorstehenden Mittheilung überlassen müssen, hinzu, daß der Hauptmann nicht aus „Rothweh“ sofort von seinem Säbel ausgiebig Gebrauch machte.

Vom verfeinerten Ehrgefühl. Die bayerische Blätter berichten, ist der im Juli durch seinen Kameraden Grafen Holstein schwer verletzte Portepesführer Steichele seinen Leiden erlegen. Im Juli d. J. bei der Uebung der Königl. Kriegsschule, am letzten Tage ihres Aufenthaltes in Jugoslawien, lehrte Portepesführer Steichele nachts 12 Uhr in vergnügter Stimmung in den gemeinsamen Schlaftal zurück und gab dabei seiner Stimmung durch Singen Ausdruck. Portepesführer Graf Holstein, ein Sohn des verstorbenen Oberkammerherrn Grafen Holstein, ward dadurch im Schlaf gestört und stellte ihn zur Rede. Es begann ein Streit, der indes nicht erster Natur zu sein schien, jedenfalls hat ihn Steichele nicht dafür genommen; beide Fährliche rangten miteinander; plötzlich zog Graf Holstein mitten im Ringen den Ballast des Fährlichen Steichele heraus und versetzte diesen einen von der Seite nach unten gehenden Stich mitten durch den ganzen Körper. Nach einer anderen Verlast hatte es sich um einen sehr-bastigen Ueberfall mehrerer Kriegsschüler, darunter Steichele, auf den im Bett liegenden Holstein gehandelt. An dem schwerverwundeten Steichele haben die hervorragenden Münchener Aerzte fünf Monate hindurch alle ihre Kunst versucht, vor sechs Tagen wurde durch die Professoren Dr. Angerer und Seidel eine Operation vorgenommen, die aber den Patienten nicht mehr retten konnte. Graf Holstein, der bereits früher von sich reden machte, war anfänglich in Haft genommen und disziplinarisch bestraft, dann aber wieder freigelassen worden. Nachdem jetzt der Tod Steicheles eingetreten ist, dürfte, wie man zu hoffen wagt, die Angelegenheit für ihn eine ernstere Wendung nehmen.

In Annezin (Frankreich) wurde gestern ein starkes Erdbeben verspürt.

Auf der Antilleninsel Montserrat haben große Ueberfluthungen stattgefunden, wodurch 75 Personen das Leben eingebüßt haben und Wege und Brücken zerstört wurden.

Witterungsüberblick vom 4. Dezember 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. rebarit auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (°C.) = 40° F.
Swinemünde	763	SO	5	wolkenlos	-8
Hamburg	757	SO	3	bedeckt	-4
Berlin	762	SO	3	wolkenlos	-6
Biesbaden	757	O	1	bedeckt	0
München	759	O	3	wolfig	-4
Wien	768	SO	3	wolkenlos	-10
Spangaranda	757	Stil	—	heiter	-13
Petersburg	761	W	3	bedeckt	0
Gort	796	NO	5	bedeckt	8
Aberdeen	744	SW	1	bedeckt	6
Paris	750	SW	3	bedeckt	8

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 5. Dezember 1896. Etwas gelinder bei mäßigen bis frischen südlichen Winden, zunehmender Bewölkung und geringen Niederschlägen. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

G. A. 25. Sprechen Sie, wenn möglich, heute Vormittag auf unserer Redaktion vor.

H. B. 2. September 1888.
Drei Genossen. Schumacher vertritt den Wahlkreis Solingen im Reichstag. Die Wahl war nicht angefochten.

100. Wenn Sie glaubhaft machen, daß die Schuldner ins Ausland sich begeben wollen, so würde, falls der Anspruch selbst auch beschwichtigt wird, das Gericht Anlaß zur Anlegung eines Arrestes haben. — **Neumann.** Verjährung würde noch nicht vorliegen. Wenden Sie sich an eines der Mitglieder des Arbeiter-vertreter-Vereins: Die Adressen der Herren, die zur Vertretung derartiger Sachen einverstanden sind, finden Sie im „Vereinskalender“ in jeder Donnerstagsnummer des „Vorwärts“.

— **G. A. 46.** So viel veränderlich: ja. — **Vm. 10.** Nein.

— **P. W. 25.** Eine Verlobung mit einer Anderen, während die erste Ehe noch nicht geschieden ist, ist zwar geschmacklos und überflüssig, aber nicht strafbar. Möglicherweise ist es, das aus solchem Verlöblich auf unethischen Umgang, also eventuell strafbaren Ehebruch geschlossen wird. — **W. W.** Soweit ersichtlich, liegt ein Grund zur Uebereidung für keinen der beiden Theile vor. Das Vermögen scheint dem Manne zu gehören. Sprechen Sie zur Klarstellung gelegentlich in der Sprechstunde vor. — **G. A. 3a.**

— **P. O. 42.** Verjährung liegt noch nicht vor. — **G. A. 16.** Theilen Sie mit dem Ersuchen, Sie als Zugin nicht nach Ihrer Vorfrage zu befragen, den Sachverhalt dem Gericht schriftlich mit. — **Peter 18. 53.** Ja. — **H. T. 34.** Paßt der Mantel nicht, so sind Sie zur Weigerung der Annahme und Rückforderung der Anzahlung berechtigt. Die Entscheidung des Richters darüber, ob das Kleidungsstück paßt, hängt vom Befinden der Sachverständigen und allerlei ab. Im Voraus läßt sie sich nie sagen.

— **G. A.** Er würde der Unnehmlichkeit, nachzudienen und bestraft zu werden, bis zum zurückgelegten 42. Lebensjahre angelehrt sein. — **G. A. 3.** Die Polizei hat kein Recht, Ihren Tanzunterricht mit Rücksicht auf Kirchenmusik zu untersagen. Stellen Sie Klage an. Sprechen Sie eventuell in der Sprechstunde vor. — **H. A. 1000.** Nein, seien Sie der gegen das Fehlen einer Visite auf Ihrer Milchkanne anstehenden Klage mit Ruhe und dem Behörden schuldigen Respekt entgegen.

— **Abalterstr. 12.** 1. und 2. Ja. — **M. P. 23.** Ausweisung ist möglich, aber nicht Verbot der Heirath. — **Welle, Odesior.** Soweit, aber auch nur soweit die Kaffe Zahlung zu leisten hat, hatte der Unternehmer, und diesen wieder Ihr Freund Erich zu leisten. — **5000.**

J. A. W. Soweit ersichtlich, steht Ihnen kein Erbanspruch zu. — **H. S., Rißdorf.** 1. Nein. 2. Von niemand. — **Wacker.**

1. Soviel uns bekannt, nein. 2. Der Mieter hat kein Recht, einen gemeinschaftlichen Korridor zu verdunkeln; Sie können vom Mieth Abstellung der Dunkelheit verlangen. — **W. J. 23.**

Das Erbrecht ist in den verschiedenen Theilen Deutschlands ein verschiedenes. Ihre ohne Angabe des Gebiets, um das es sich handelt, gestellte Frage ist daher nicht zu beantworten.

Sprechen Sie gelegentlich in der juristischen Sprechstunde vor.

Versammlungen.

Eine Volksversammlung für Männer und Frauen sollte am letzten Dienstag, den 1. Dezember, in Köpenick stattfinden. Im Augenblick aber, als die Versammlung eröffnet wurde, trat der eine der beiden überwachenden Polizeibeamten an den Vorsitzenden heran und forderte ihn auf, die Frauen aus dem Saale zu weisen. Eine Begründung dieser völlig ungesetzlichen Forderung ward nicht gegeben. Die Versammlung war einberufen von dem Reichstags-Abgeordneten Zubeil und war derselbe nur im letzten Augenblick verhindert, zur Eröffnung und Leitung der Versammlung persönlich in Köpenick zu erscheinen. Auf alle Fälle handelte es sich um eine Volksversammlung und ganz und gar nicht um die Versammlung eines Vereins. Dies machte denn auch der Referent Reichstags-Abgeordneter Peus geltend, indem er hinzugab, daß obendrein das Thema, über welches er zu sprechen gedenke, gar nicht einmal einen politischen Charakter an sich trage, sondern rein wissenschaftlicher Natur sei und höchstens zu sozialistischen und sozialökonomischen Erörterungen Veranlassung gebe. Trotzdem bestand der Polizeibeamte auf seiner Forderung. Das ergab natürlich eine Debatte über dies ungesetzliche Vorgehen der Polizei, welche deutlich erkennen ließ, wieviel Unmaß von Haß und Unzufriedenheit die Behörden mit solcher ungesetzlichen Unterdrückung des ohnehin so spärlichen Versammlungswortes im Volke erzeugen. Trotzdem ward beschloffen, der Gewalt nachzugeben und verließen daraufhin die Frauen den Saal. Genosse Peus gab das Versprechen, daß die gedehnte Kritik dieser Ungeheuerlichkeit an oehörriger Stelle seinerzeit zum Ausdruck kommen werde. Der Referent entledigte sich alsdann seines Vortrags in einer Weise, welche das größte Interesse und den lebhaftesten Beifall der zahlreich besuchten Versammlung hervorrief.

Die Organisation der Löhner Deutschlands und die Stellung der Berliner Kollegen zu derselben lautete das Thema, über das Fräulein in einer von ungefähr 500 Löhnern besuchten öffentlichen Versammlung am Dienstag referierte. Ueber die Entstehung der Organisationen und die weitere Entwicklung derselben entwarf Redner ein anschauliches Bild. Er sei keineswegs nach Berlin gekommen, um den Berliner Kollegen Vorwürfe zu machen, aber jedenfalls sei es angebracht, endlich zum Frieden zu mahnen, wenn die ganze Bewegung der Löhner nicht unnütz ihre Kräfte und Mittel verwenden und zum Gelpödt der Unternehmer werden soll. (Lebhafte Beifall.) Redner empfiehlt zum Schluß eine Resolution zur Annahme, wonach ein jeder sich verpflichtet, dem Verband der Löhner Deutschlands beizutreten. Ferner sollen zur gemeinsamen Vertretung bei der Berliner Gewerkschaftskommission je ein Vertreter der lokalen und zentralen Richtung delegiert werden; im übrigen haben die Kollegen den in öffentlichen Versammlungen gefaßten Beschlüssen nachzukommen. Wie vorauszusetzen, entspann sich nun eine sehr ausgedehnte Kundendebatte und oft erregte Diskussion, an der sich überwiegend zunächst die Vertreter der lokalen Richtung, Köppen, Thieme, Kemnitz, Hagen, Hoffmann u. a. beteiligten und es als unzulässig bezeichneten,

daß man jetzt den soeben neu gegründeten Lokalverein zu Gunsten der Zentralisation auflösen solle. Trotz der vielfachen Versuche zur Einigung seien die Zentralisten immer nur darauf bedacht gewesen, die Führung an sich zu reißen. Auch habe man, wie in der Fensterfrage oft genug Anlaß zum Streit gegeben. Meinde, Münzapoß, Kaulich und Fräulein weisen die Angriffe auf die Zentralisten zurück, indem sie zur Einigkeit mahnen. Wenn Fehler begangen wurden, möge man sie vergessen. Die Beiträge könnten durchaus nicht als zu hoch bezeichnet werden. Nachdem Schluß der Diskussion eingetreten, wird bei der Abstimmung die von Fräulein gestellte Resolution, mit etwa 20 Stimmen Mehrheit abgelehnt, dagegen nachstehende, von Daudert (lokal) empfohlene, mit derselben Mehrheit angenommen: „Die am 1. Dezember 1896 tagende öffentliche Versammlung präzisirt ihre Stellung zum Zentralverband der Löhner Deutschlands wie folgt: Angesichts der Thatsache, daß unsere Bewegung auf der Grundlage des Vertrauensmänner-Systems den Kollegen Deutschlands bedeutende moralische und materielle Vorteile geschaffen, und die Berliner Kollegen insbesondere ermächtigt, durch die erhebliche Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage auf das übrige Deutschland eine befruchtende Tätigkeit zu entfalten, während der gegen den Willen der deutschen Kollegen ins Leben gerufene Zentralverband (Protokoll VII. Löhnerkongress), während seines Bestehens noch nicht den geringsten Nutzen brachte und die Berliner Filiale desselben, durch ihre allgemein schädliche Haltung: 1894er Fensterstreik und die dauernde Quertreiberei, die organisatorischen Bestrebungen der Berliner Kollegen ungemein erschwerete, daß infolge dessen ein Teil der Ertragsverluste verloren ging und die Berliner Kollegen bei Lohnbrüderereien und sonstigen Beschwerden, im Winter bei offenem Fenster arbeiten müssen, im übrigen auch andere Bedenken uns zurückhalten, einer Form zu huldigen, die uns ganz ungeeignet erscheint, unsere Bestrebungen zu fördern, sondern das Gegenteil erbracht hat — beschließt die öffentliche Versammlung, auch fernherhin an gut bewährten Vertrauensmänner-System festzuhalten und dasselbe nach Kräften zu fördern. In diesem Sinne ist es, zur Schaffung einer einheitlichen Organisation Pflicht aller Kollegen, Mitglieder des Vereins der Löhner Berlins und der Umgegend zu werden, um wieder menschenwürdige Zustände zu schaffen.“

Eine öffentliche Versammlung der Schuhmacher, die am 2. Dezember tagte, beschloß nach einer längeren Debatte die Leitung der Agitation in der in nächstehendem Antrag festgelegten Art zu regeln: „Die Versammlung wählt vier Personen, die Werkstätten-Vertrauensleute wählen aus ihrer Mitte weitere drei Personen; diese aus sieben Personen zusammengesetzte Kommission hat die Agitation in Berlin und der nächsten Umgebung zu leiten.“ Bei der auf Grund dieses Beschlusses vorgenommenen Wahl wurden Konrad, Kowack, Willner und Weder gewählt. Hierauf setzte die Versammlung die Höhe der Unterstützung für Streikende fest, die in folgender Weise normirt wurde: Mänliche Arbeiter erhalten pro Woche 9 M., weibliche Arbeiterinnen 6 M. Für jedes Kind erfolgt ein Zuschuß von 75 Pf. und für Gemobregelte

soften 12 M. gezahlt werden. Auf Antrag aus der Versammlung wurden den streikenden Fabrikarbeitern 300 Mark bewilligt. Ueber die Firma Hamann, von der berichtet wurde, daß sie Lohnabzüge bis annähernd 15 pCt. vorgenommen habe, wurde die Sperre verhängt.

Der Bericht über die Versammlung des Weissenfeler Arbeitervereins, welcher in der Mittwoch-Nummer enthalten ist, bedarf einer Berichtigung. Es ist nicht zutreffend, daß uns in Weissenfelde die Versammlungen in allen Lokalen um 10 Uhr aufgelöst werden, nur in den Lokalen, welche bis 10 Uhr Konzeffion haben. Es handelt sich hier darum, daß der Lehrverein in einem Lokal, welches nur bis 10 Uhr Konzeffion hat, trotzdem bis nach 11 Uhr ohne aufgelöst zu werden, tagen durfte, während wir gelegentlich der Neuwahl des Vertrauensmannes um 10 Uhr nach Hause gehen mußten.

Pankow. In einer hier am 29. v. M. abgehaltenen öffentlichen Versammlung hielt Genosse Heinrich Schulz einen Vortrag über „das Schulwesen im heutigen Klassenstaat“. In einer einstimmig angenommenen Resolution verlangt die Versammlung, der Gemeindevertretung den motivirten Antrag zu unterbreiten, mit dem zum Jahre 1898 beabsichtigten Bau einer neuen Gemeindeschule in der Schmidtstraße spätestens im Frühjahr 1897 zu beginnen und dieselbe baldmöglichst ihrem Zweck zu übergeben. Eine fernere, auch einstimmig angenommene Resolution will, daß der Gemeindevertretung der motivirte Antrag unterbreitet werde, zu beschließen, die Steuern durch die vorhandenen Vollziehungsbeamten aus den Wohnungen der Steuerzahler (diese sind verpflichtet, die Steuern zur Kasse zu bringen) abholen zu lassen.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonnabend Abend von 8-9 Uhr: Süd-Ost-Schule, Waldemarstr. 14: Ratio-ökonomie (Magistrat Ueberstet der verschiedenen Wirtschaftsklassen. Entwicklung der bürgerlichen theoretischen Nationalökonomie. Die Marx'sche Wert- und Mehrwertheorie) Herr Dr. Conrad Schmidt. — Nord-Schule, Brunnenstraße Nr. 25: Ratio-Erkennntnis Antike und moderne Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung. im Altertum. Griechische Weisheit und biblische Ueberlieferung. Die Enttrocknung der Erde aus ihrer bezugslosen Stellung im Weltraum. Mechanische Auffassung und experimentelle Fortschritte. Die Enttrocknung der Menschheit in das Naturganze (Kant, Darwin). Das Geistesproblem. Atomismus und Materialismus. Grenzen der Natur-Erkennntnis. Herr Dr. C. Jost.

Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr abends an geöffnet.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Vorsitzender Ab. Neumann, Palisadenstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Wustrowstr. 49, v. 2 Tr.

Arbeiter - Kanderbund Berlin und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Schulz, Köpenicker Damm 72.

Grund der gesetzlichen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Alle Zuschriften, den Bund betreffend, sind zu richten an Hermann Jahn, Schönhauser Allee 177c.

Die Volkshochschülerinnen von Berlin und Umgegend halten am Sonnabend, den 6. Dezember, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Bürgerhaus des Rathhauses eine Versammlung ab. Tagesordnung: „Schreibschreibungslehre“. Hr. Blum.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 6. Dezember, vorm. 9 1/2 Uhr, Rosenfelderstr. 36: „Versammlung, Freireligiöse Versammlung“. Um 10 1/2 Uhr vorm. ebendasselbe: Vortrag des Heilighen Jona Kilmann. „Die Freireligiöse“.

Montag, den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27 c, beschließen die Versammlung.

Handlungsgehilfen und Gehilfen, Kaufleute, sowie kaufmännisch Angestellte! Montag, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, große öffentliche Versammlung im großen Saale von Keller, Köpenickerstr. 24. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten August Sebel über: „Wie steht's mit der Sozialreform?“

Charlottenburg, Südweststr. 74. Sonntag, den 6. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, Versammlung der bei Wettergeräten beschäftigten Arbeiter.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- u. Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Mitgliedschafts-Versammlung am Montag, den 7. Dezember 1896, abends 8 1/2 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75.

Tagesordnung: 1. Berathung über die zur Urabstimmung zum resp. Verbandstag gestellten Anträge. 2. Mitgliedschafts-Angelegenheiten. Um pünktliches Erscheinen ersucht.

Der Vorstand.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

General-Versammlung am Montag, den 7. Dezember cr., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Henke, Raunynstr. 27.

Tages-Ordnung: 1. Ergänzungswahl des Vorstandes und der Kommissionen. 2. Abrechnung vom Stiftungsfest und den Sammellisten. 3. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimirt. — Um zahlreiche Theilnahme bittet.

Der Vorstand. NB. Die Kollegen, welche noch Stiftungsfest-Billetts und Sammellisten besitzen, werden ersucht, heute Abend von 8 Uhr ab im Vereinslokal Raunynstraße 27, abzurechnen.

Verband der Möbelpolirer!

Versammlung. Nächsten Montag Abend 8 1/2 Uhr in Biedorf, Buesedestr. 49.

Tages-Ordnung: 1. Der Hamburger Fabrikarbeiter-Streit. 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Kollegen zur Verlegung des Versammlungslokals. 4. Verschiedenes. Den Mitgliedern, sowie Freunden und Bekannten zur Kenntniss, daß am 25. Dezember, abends 7 Uhr, bei Niess, Weberstr. 17, unser Weihnachts-ergänzungsfest stattfindet. Eintrittskarten für die von den Mitgliedern eingesetzten Gäste sind bei dem Vorstand und Komitee zu haben.

Der Vorstand.

Achtung! Achtung! Kaufleute, Handlungsgehilfen, Handlungsgehilfinnen!

Am Montag, den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, spricht Reichstags-Abgeordneter August Sebel über das Thema: „Wie steht's mit der Sozial-Reform“??

Die Versammlung findet statt im großen Saale von Keller, Köpenickerstraße 29. Zu dieser Versammlung hat jedermann Zutritt.

Berein der Rajhnikisten, Heizer und Berufsgeoffen Berlin und Umgegend.

Versammlung. Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 5 Uhr, in der Oranienstraße 31.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Ingenieur Schmidtsdorff: Die Akkumulatoren und ihre Anwendung. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. 4. Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorstand.

Allen denen, welche meinem Mann die letzte Ehre erwiesen, insbesondere dem Verein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises, dem Deutschen Holzarbeiter-Verband und seinen Kollegen der Tischlerei von Wolter meinen herzlichsten Dank. 1777b

Wwe. Turteltaube.

Hüte mit u. ohne Kontrollmarken. Herren-, Damen- und Kinder-Hüte in größter Auswahl. Billige Preise. W. Rother, Pergamunstr. 15, part.

Herrenhüte, nur neue Façons, gibt die Fabrik einzeln zu Fabrikpreisen ab, Grünerweg 2, I. Etage.

Reisemuster in hochfeinen Knaben- und Mädchenmützen, gibt billig 344L die Fabrik ab, Grünerweg 2, I. Etage.

50 pSt. um. Laborpreis kauft man Uhren, Goldschmuck, Brillanten etc. im Leibhaus H. Graff, Ventstr. 5 I.

Achtung! Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervödten bei Bestellung unentgeltl. Gudel, Umfängerplatz 2, Wasserstr. 12, Stealherstr. 71, I.

H. Zimmermann Uhrmacher und Juwelier 206 Oranienstrasse 206.

Reinigen einer Taschenuhr 1,50 M. Neue Feder einsetzen . . . 1,00 M. Unter 2jähriger Garantie.

Arbeitsmarkt. Lithographie-Maschinenmeister

der mit Schnellpressen verarbeiteter Systeme (besond. Haber u. Schlichter) genau Bescheid weiß und in allen vorkommenden Arbeiten, sowie in Um- und Abdruck vollkommen sicher ist, wird zu dauernder Stellung sofort gesucht.

Gef. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Referenzen an die Porzellanfabrik Kottmar in Posen.

Einem Theile unserer künftigen Anstalt liegt ein Prospekt des Manufaktur- und Modewaren-Verkaufshauses M. Grünberg Nachf. (Jahrb. Ado. Jacob), Müllerstr. 181, bei.

Belle-Alliance-Theater.

Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk. Morgen, Sonntag, den 6. Dezbr., nachm. 2 1/2 Uhr, I. Gastspiel von Fr. Sofie Burska.

Romeo und Julia.

Tragödie in 5 Akten von William Shakespeare. Julia: Sofie Burska; Romeo: Rich. Jürgas (Vestling-Theater); Mercutio: H. Jaffe; Lorenzo: Wilh. Ruff, Capulet: Julius Türk.

Eintrittskarten à 60 Pf. sind in allen Zahlstellen zu haben. Abonnementskarten, gültig für drei Vorstellungen zu 1,60 M. sind ebenfalls in allen Zahlstellen zu haben. 220/5

Verband all. i. d. Metall-Industrie bejg. Arbeiter Berlins u. U. Dienstag, den 8. Dezember cr., abends 8 Uhr, im Louiseenhäutischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.

Branchen-Versammlung der Former und Giesserei-Arbeiter. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reiterungs-Vaumeisters Reiter über: „Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit.“ 2. Diskussion. 3. Der Streit in der Eisenindustrie von Hartung. 4. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. (111/10) Gäste haben Zutritt! Der Vorstand.

Achtung, Friedrichsberg!

Dienstag, den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Spitzig, Frankfurter Allee 193:

Große öffentliche Volksversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Peus über das Werden der sozialistischen Gesellschaft aus der kapitalistischen Gegenwart. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vertrauensmannes. 4. Wahl desselben. 5. Wahl der Revisoren. 6. Wahl der Lokalkommission. Um zahlreichen Besuch ersucht. Der Vertrauensmann.

Friedrichsfelde! Sonntag Nachmittag 4 1/2 Uhr

Versammlung des „Arbeiter-Bildungsvereins“ im Lokal, Prinzen-Allee 6. Vortrag des Herrn Dr. Pinn über „Kommunismus des U-christentums“. Der Vorstand.

Brunhilde, selbstgewebte, castfarbige u. unverwundliche Haus-Kleiderstoffe. Ortrud und Rosalinde, neueste und eleganteste Promenaden-Kleiderstoffe. Portièren in größter Auswahl.

Alle Aufträge von 20 Mark an und höher stets franko. Carl H. Klippstein & Co. in Mühlhausen i. Thür. 11.

Bereinszimmer für Gesang- u. Vereine, zu 50 Pf. nach einige Tage frei. Reinhold Streit, Raunynstr. 86.

Gardinen-Spezialgeschäft Saarbrückerstr. 26, nur Gardinen, Stores und Reste Spottbillig. 1743b

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 5. Dezember:
Opernhaus. Benvenuto Cellini.
Schauspielhaus. Abu Seid. Das zeite Gesicht.
Neues Opern-Theater. (Kroil.) Geschlossen.
Deutsches Theater. Morituri 1. Teja. 2. Frühchen. 3. Das Ewig-Männliche.
Berliner Theater. Renaissance.
Festung-Theater. Die goldene Eva.
Theater des Westens. Zwischen Himmel und Erde. Nachm. 8 Uhr: Freue.
Neues Theater. La Signora dalle Camelie. (Die Dame mit den Camelien.)
Residenz-Theater. Bodsprünge. Vorher: Die stille Forderung.
Schiller-Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Thalia-Theater. Das Wetterhäuschen. (Weather or no.) Darauf: Gebildete Menschen.
Selle-Alliance-Theater. Lumpaci vagabundus.
Abend-Theater. Der deutsche Michel.
Volks-Theater. Robert und Bertram.
Theater Unter den Linden. Der Dientant zur See.
Zentral-Theater. Eine wilde Sache.
Friedrich Wilhelmstadt. Theater. Geier-Wally.
Alexanderplatz-Theater. Sein Verhältnis.
Passage-Panoptikum. Traumbilder. Spezialitäten.
Baummann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
 (Wallner-Theater.)
 Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr: Des Meeres und der Liebe Wellen.
 Abends 8 Uhr: Vergnügte Flitterwochen.

Friedrich Wilhelmstadt. Theater
 Chausseest. 25/26. Dir. Max Samst.
 Sonnabend, den 5. Dezember:
 Abends 8 Uhr:

Die Geier-Wally.
 Schauspiel in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman von Wilhelmine von Hillern.
 Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung zu kleinen Preisen: Der Fattenfänger von Hameln.
 Sonntag, abends 8 Uhr:

Der Troubadour.
 Oper in 4 Akten von G. Verdi.
 Dirigent: Kapellmeister Podermann.
 Gewöhnl. Kassenpreise (Parquet 1 M.).
 Billets zu haben an der Theaterkasse, außerdem im „Juwelendank“, Unter den Linden 24, im Cigarrengeschäft von Paul Romeid, Leipzigerstr. 6, und bei Julius Bengel, Marktgrabenstr. 50.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr: Klaffter-Vorstellung zu Abonnements- (kleinen) Preisen. **Wilhelm Tell.** Schauspiel in 5 Akten von Schiller.
 Montag, abends 8 Uhr: Der Troubadour. Oper in 4 Akten von G. Verdi.

Thalia-Theater
 (vormals: Adolph Ernst-Theater)
 Dresdenerstr. 72/73.

Das Wetterhäuschen.
 (Weather or no.)
 Musikal. Genrebild von Adrian Kof.
 Deutsch von Hermann Hirschel.
 Musik von Bertram Luard Selby.
 Darauf:

Gebildete Menschen.
 Zeitbild in 3 Akten von Viktor Leon.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Abend-Theater.
 Grosse Frankfurterstr. 132.
 Direktion: Carl Weiß.

Der deutsche Michel.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonntag, Nachmittags 3 Uhr:
Marianne,
 das Weib aus dem Volke.

Central-Theater.
 Alte Jakobstr. 30.
 Direktion: Richard Schultz.
 Zum 77. Male:
Emil Thomas a. G.

Eine wilde Sache.
 Große burleske Ausstattungsvorstellung mit Gesang und Tanz in 8 Bildern von W. Mannstadt und J. Freund.
 Musik von J. Einsiedler.
 Anfang 1/8 Uhr.
 Morgen: Eine wilde Sache.

Electrical
Edison Scientific Theater
 Kinetograph und Grapho-Phonograph
 Mauernstr. 66, nahe Leipzigerstr.
 4-10 Uhr nachmittags rühmlich:
 „Ein Tag in der Schweiz“. — Eintritt 50 Pf. Kinder und Militär die Hälfte.

Alexanderplatz-Theater.

Zum 1. Male:
Sein Verhältnis.
 Plakate Novität. Berliner Sittenbild in 8 Bildern von R. Pohl.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
 Wons, auch die zu anderen Stücken ausgegebenen, behalten ihre Gültigkeit.
 Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Nansen's Reise nach dem Nordpol.
 Ausstattungsbild in 4 Akten u. 7 Bildern von Hugo Buisse. Musik: Ab. Wicher.

!!! Novität!!!
Schippanowsky's
Internationale Konzerte
 Spandauer Brücke — Stadtbahnhof
! Im Frühlingsglanze!
 Neue phänomen. Ausstattung.
 Heute konzertieren:
 Im Fiederhals: Wiener Damen-Kapelle „Wiener Herzen.“
 Rosenlaube: Elite-Orchester „Alte Heil“.
 Obstgarten: Ital. Sänger-Gesellsch. „Sacco“.
 Sopsolaube: Instrument „Cazy“.
 Weinberg: Tiroler Sänger- und Längergesellschaft „Eder.“
 Theater-Abtheilung:
 ■ Abends: Auftreten von ■ Humoristen, Komikern, Duettisten u. s. w.
 Anfang Wochen. 6 Uhr Nachm.
 Entree frei.
 Vorzügliche und billige Küche.
 Table d'hôte à Couvert 75 Pf.

Konzerthaus Sanssouci
 Kottbuserstrasse 4a.
 Morgen, Sonntag:

Stettiner
Sänger
 (Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)

Zum Schluss:
Neu! Fink's Neu!
Schelmstreich
 Ensemble von Meysel.
 Anfang präz. 7 Uhr. Entree 50 Pf.
 Letzte Sitzreihen vor Weihnachten:
 Montag:
 Viktoria-Brauerei.
 Dienstag:
 Böhmisches Brauhaus.
 Mittwoch:
 Moabiters Stadttheater.

Kaufmann's Variété.

Williams ist da! Williams ist da!

Weihnachts-Weihnachts-Programm:
Incredibile
 der **Todes-Tric** des **Hansen-Trio.**

Abs Canon

Blatina. Höchste Preise zahlst Dölling, Auguststr. 70.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
 Naturkundliche Ausstellung
 täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
 Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Sternwarte Invalidenstr. 57-62
 Lebrt. Stadtbahnhof
 täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
 Eintritt 50 Pf.
 Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge, mit Experimenten und großen Lichtbildern ausgestattet.
 Näheres die Tagesanschlage.

Passage-Panopticum.
Traumbilder.
 Eine Weihnachtsfeier mit Musik und Gesang.
 Ohne Extra-Entrée
Neu:
 Hundert Jahre Mode.

Castan's
Panopticum
 Neu! Die wunderbaren indischen Pygmäen
 Neu! Ur-Australier (Kannibalen).

Ming- u. Kaiser Wilhelmstr.-Ecke
 Winkler's g ossoes
Anatomisches Museum
 ist Freitag v. 2 Uhr an nur Damen geöffnet. Entree 50 Pf. 129M

Volks-Theater
 34 Reichenbergerstr. 34, nahe dem Kottbuser Thor.
Gröffnung
 der Festsäle im **Weihnachtsschmuck.**
 Von 6 Uhr ab:
Konzert
 der Rumänischen Nationalkapelle Jvan Senosou aus Bukarest.
 Um 8 Uhr in glänzender Ausstattung:
Robert und Bertram.
 Große Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von G. Häber, unter Mitwirkung des Herrn Georg Cordes als Li-Hung-Chang, der Familie Derrington, Kunststr. und des Salzburger Damen-Ensembles Ruttinger.

Apollo-Theater
 Friedrichstr. 218. — Dir.: J. Glück.
 Vollständig neues Programm.
Mr. Zigg. Frères Krasucky.
Miss Selina. The Piwitts.
Vernier-Odette.
The Luppis.
 Geschw. Rohnsdorf. Mr. Dale.
Mr. Ganivet
Mlle. Bertin.
 Gilbert-Seymour. Kinetograph.
Robert Steidl.
Isa Edelweiss.
 Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Feen-Palast
 Burgstrasse 22.
 Direktion: Winkler & Fröbel.
Großer Jubel
 herrscht über das hochinteressante **Kiesen-Weihnachts-Programm.**
40
 Künstler:
 Spezialitäten ersten Ranges.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 8 Uhr.
 Entree 50 Pf. Reserviert 50 Pf.

SEHENSWÜRDIG. Neu! SEHENSWÜRDIG. WEIHNACHTS-MARKT

im **Messpalast, Alexandrinerstr. 110.**
 Vom 1. bis 31. Dezember. 96M
 Entree frei.
Konzert, elektr. Illumination, plastische Darstellungen von Weihnachtsmärchen, volkethlicher Budenmarkt, Schaustellungen aller Art, Marionetten-Theater, Dampf-Karoussel etc.

Vogler's Casino
 früher **Welt-Restaurant.**
 Dresdenstr. 97.
 Variété- u. Spezialitäten-Vorstellung.
 Auftreten von Kunstkräften nur I. Ranges.
 Im vorderen Saal täglich:
Großes Konzert der unübertrefflichen italienischen National-Sänger- und Tänzer-Gesellschaft
Dominico Conti.
 Entree vollständig frei.
 Im großen Theateraal:
Das Versprechen hinterm Herd.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
 Sonntags 6 Uhr.
 Billards. 4 neue Kegelbahnen.
 Sorgfältig gepflegte Biere.
 anerkannt gute Küche.

Alcazar.
 Variété und Spezialitäten-Theater I. Ranges.
 Dresdenstr. 52/53 (City-Passage)
 Annonstrasse 42/43.
 Heute durchweg neues Programm.
Im Heiratsbureau
 oder:
Jawohl, Herr Lehmann.
 Posse mit Gesang in 1 Akt.
 Mita Rosell, Chansonetten-Diva allerersten Ranges.
 The two Avall, Kraft- u. Ringturner.
 Alwine Mentzel, Equilibristin auf rollender Kugel.
 Brothers Lilburne, Handstand-Akrobaten u. a. m.
 Anfang: Wochentags 8 Uhr.
 Entree 30 Pf.
 R. Winkler.

Circus Busch.
 (Bahnhof Börse.)
 Sonnabend, den 5. Dezember:
 Abends 7 1/2 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
Fischens, das Waldmädchen.
 Schwimmende Elefanten, schwimmende Pferde mit Reitern. Ballet von 130 Damen. Außerdem: Die erst freibühnenbühnen d. Dir. Busch. Monstre-Tableau von 70 Hengsten, vorgef. v. Frau Dir. Busch. Die Troika, dress. u. ger. von Herrn Footitt-Burghardt. 4 ge. ähmt. Zebbras, ein Wunder der Dressurkunst, Lepicq-Trio, unübertreffliche Dichturn-Künstler. 100 Clowns, männliche und weibliche. Austr. d. urkom. Clowns Bojanowsky u. d. Gigant-Clowns Mr. Alf Daniels. Morgen: 2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei): Millennium. — 4 Zebbras. Abends 7 1/2 Uhr: Zacheus. — Vier Zebbras. — Lepicq-Trio.

Künstl. Zähne.
 F. Steffens, Rosenthalerstr. 61. 2 Tr. Teilzahlung pr. Woche 1 M.
Lanolinseife!
 macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife wird ein reines Handtuch liefern ich f. 10 Pf. v. Woche. Hautsch-Vorl.-Institut L. Fignor, 129 Pf. Neue Königsstr. 17. Fernsprechn.-Nutz VII. Nr. 2087.
Christbaum-Konjett,
 reizende Neuheiten, nur genießbare Waare. 1 Kiste fort. Inhalt ca. 430 Stk. 2,50 M., 1 Kiste fort. Inhalt ca. 270 große Stücke 3 M. Siegfried Brod. Berlin, Gollnowstr. 10a.
 Betten, Reg., Remont.-Uhr., Goldw. spottb. Reanderstr. 6, Brandl.

Deutsche Herrenmoden.
Winterpaletots, Eskimos und Perle v. 10-40 M.
Hohenzollern- wie andere Mäntel
Anzüge in guten wollenen Stoffen, eleg. gearbeitet v. 12-36 M.
Winterjoppen, in neuesten Façons, v. 5-16 M.
Beinkleider v. 2-12 M., Knabenanzüge u. Paletots
 in jeder Preislage. **Riesenauswahl in Stoffen.**
 Maassanfertigung unter Garantie des guten Sitzes empfiehlt
A. Wormann, Schneldermstr., Dresdenerstr. 2,
 Ecke Stalicherstraße.
 Begründet 1877.

Keine großen Annoncen,
 sondern billige Preise und gute Qualitäten führen uns Tausende als Kunden zu:
Ledrohosen 2, 3, 15, 3, 90, 4, 50, 6 M. Hauptgenre 3, 15 M.
Stoffhosen 2, 50, 3, 50, 4, 5, 6-10 M. " 3, 50 "
Zwirnhosen 1, 50, 2, 10, 3 M. " 2, 10 "
 Neu aufgenommen: **Grosse Herren-Joppen** mit Schürzen Winterfutter 5, 75, 7, 8 und 9 M. 5566M
 Ueberzeugen Sie sich und Sie werden wie andere treue Kunden.
Grösste Berliner Hosen-Fabrik,
 Wormannstr. 2, 1 Treppe, Ecke Weinmeister- und Rosenthalerstraße.

Gelegenheitskauf!
Hohenzollern-Mäntel
 in grau und schwarz Duffelstuch mit langen Falten-Pelerine und gutem, reinwollenen Militär-Lama gefüttert, empfehlen wir als ganz besonders preiswerth für nur
24 Mark,
 die elegantesten und feinsten 27, 30, 36, 40 Mark. — Unsere Mäntel sind unvergleichlich, sowohl in bezug auf Stoff, auf Arbeit, wie auf Sitz. Sie verschönen die Figur des Trägers wie des Mannes, trohen jeder Konkurrenz, und der erkantlich billige Preis springt jedem sofort in die Augen. — Paletots v. 10, 12, 15, 18, 20, 24 M., die besten 25, 27, 30 M. Jaquet- und Rock-Anzüge von 12, 15, 18, 20, 24, 27, 30, 36 M. Prima.
110 Goldene 110 110
 Berliner Konkurrenz-Geschäft, nur allein
110, Leipzigerstraße 110.
 Morgen, Sonntag, bis 8 1/2 Uhr abends geöffnet.

Achtung! Kein Laden.
 Nur eigene Fabrikation. 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Appentat 2 Bld. 50 Pf. 50231.
 S. F. Pinslage, Kottbuserstr. 4, Hof part.
Reell und billig
 kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hirschke, gegründet 1872, Stalicherstr. 13, Ecke Komitalstraße, am Kottbuser Thor. 50158*

Ich löse

mein Leinen- und Baumwollwaren-, Gardinen- und Teppichgeschäft vollständig auf und kommen sämtliche Waaren zu ganz enorm herabgesetzten Preisen zum

Total-Ausverkauf

Bei allen Waaren ist neben den bisherigen Preisen der Ausverkaufspreis deutlich mit Blaustift vermerkt.

Hemdentuch jeht Mr. 19 Pf.	Damen-Hemden jeht Stk. 63 Pf.	Große Teppiche jeht 3,25 M.
Seit-Damas jeht Mr. 31 Pf.	Damen-Piqués jeht Stk. 95 Pf.	Plüsch-Vorlagen jeht 90 Pf.
Feder-Jackets jeht Mr. 43 Pf.	Woll-Damen-einkl. j. Paar 68 Pf.	Gardinen, das Fenster jeht 1,25 M.
Laken-Leinen jeht Mr. 53 Pf.	Herrn-Hemden jeht Stk. 95 Pf.	Woll-Atlas-Steppdecken j. 4,00 M.
Felt-Piqué jeht Mr. 36 Pf.	Herrn-Oberhemden j. Stk. 2,25 M.	Lischdecken, einfarbig, jeht 1,75 M.

Normal-Wäsche, wollene Damen-Unterzeuge, Blousen, Kostüme und Morgenröcke.

Kleiderstoffe

während des Ausverkaufs zum großen Theil zu halben Preisen.

Lama Warp, Kleid 6 Meter doppeltbreit 1,50 M.	Englische Neuheiten, Kleid 6 Mtr. doppeltbr. 4,80 M.
Cheviot, reine Wolle, Kleid 6 Mtr. doppeltbr. 3,20 M.	Neue Karos, blau, grün, Kleid 6 Mtr. doppeltbr. 5,40 M.

W. Pestachowski, Große Frankfurterstraße 86,
zwischen Markus- und Marienstraße.

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt

liefert **Schuhwaaren en gros & en detail** in eleganter und solider Ausführung.



Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen

Bellealliancestr. 98/99
und
Rosenthalerstr. 63/64
verkauft.

Weitere Filialen in Deutschland:

- | | |
|-------------------------------------|-----------------------------|
| München, Sendlingerstraße 10. | Köln a. Rh., Eigelstein 68. |
| " Dachauerstraße 83. | Bremen, Faulenstraße 75. |
| " Landsbergerstraße 7. | Hannover, Ringmarkt 7a. |
| Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 20. | Hamburg, Weststraße 8a. |
| Düsseldorf, Bismarckstraße 91. | Leipzig, Seilerstraße 87. |
| | Braunschweig, Höhe 4. |



Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zufriedengestellt. — Unser Geschäftsgrundsatz ist: Geringer Verdienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.

Damenstiefel von M. 3,50, Herrenstiefel von M. 5,75.

In der Bellealliance-Straße bitte genau auf Nummer 98 zu achten.

Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

Berichtigung!

In meinem obigen Inserat muß es heißen:
Hammelfleisch à Pfd. von 45 Pf. an,
Rückenfett und Linsen à Pfd. 50 Pf.

Heinrich Freudenberger,
Holzmarkt-Straße 19.

Detail-Verkauf zu Engros-Preisen.



Gestrickte Herren-Westen zu sehr billigen Preisen.

M. 2,50, 2,75, 3,00, 3,50, 4,00—15,00 M.
Prima Zephyr, Pfd. 3 M.
Castor, Pfd. 3 M.

Strickwolle, Pfd. 2,00, 2,50 u. 3,00 M.
Prima English, Pfd. 3,80 M.
Normalhemden 95 Pf., 1,00, 1,25, 1,50, 1,75, 2,00—5,00 M.

Unterjacken für Damen und Herren, à 85 Pf. bis 2,00 M., do. Unterhosen 90 Pf. bis 3,50 M.
Kopfhawls von 35 Pf. bis 3 M. Turner-Hosen von 3,00, 4,00 u. 5,00 M. Turner-Hemden 1,40 M. Radfahrer-Anzüge von 18,50 M. an. Mützen in allen Preislagen.
Sweaters, baumwollene, M. 1,40, 1,75, 2,25. Wollen plattiert M. 3,50, 4,00 u. 4,50. Wollene M. 4,00, 4,25 bis 5,00.

Kindermäntel. Strümpfe. Gamschuhe.
Spezial-Geschäft für Wollwaren
Carl Braun, Kottbusser Damm Nr. 5.

Pichelswerder.

Empfehle den geehrten Herren und Damen meine Winter-Lokalitäten, gute Speisen und Getränke stets vorrätig.
Es ladet ein **Der alte Freund.**

Stonsdorfer

Stör, ekt. à Pter M. 1,20, 5 Pter M. 3,50, 10 Pter M. 10.—
Ächter alter Hochländer, à Pter M. 1.—, 5 Pter M. 4,50.
Hörsat, feiner Vier-Pter, Pter M. 4.—, 5 Pter M. 2.—
Vomerangen, Junger, Getreide-Stämmel, Wachholder à Pter 1 Mtr.
Eugen Neumann & Co., Berlin
Alle-Allians-Platz 6a, Neue Friedrichstraße 81, Cranichstr. 190, Genthinestr. 29, Köpenicker Weg 56, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48.

Harmonika,

Violinen, Zithern in nur besten Qualitäten kaufen Sie sehr vorthellig. v. **Paulus & Kruse** Markneukirchen 189 Nat. gratis.



Musik-

Instrumente, gr. Auswahl in Zithern, Violinen, alle Klav. u. Streichinstrumente, Musikwerke zum Drehen u. selbstspielend. Repar. schnell.
Aug. Kessler, Sankt-Hedwigsstr. 52.

20 Mark,

elegante Herrenanzüge nach Maß 20 Mark, schwarze und graue Hosenanzüge mit Faltenpelz, tollester Sitz, haltbare Stoffe. Ohne Konkurrenz!
Kleider-Fabrik, A. Priester, Gr. Frankfurterstr. 40.

Teppiche

in Sopha- und Salon-Größe 5, 6, 8, 10, 15, 18, 20—100 M.
Gardinen, Portiären, Tischdecken, Steppdecken u. Läuferstoffe
spottbillig.
Fabrik-Niederl. A. Michaelis, Friedrichstr. 7.

Carl Sass.

Für 36 M.

feiner Winter-Paletot nach Maß; für 36 M. ff. A. zug nach Maß; für 8 M. feine Hose nach Maß; Reste a. groß. Knaben-Anzügen 2—3 M.
Kranzenstr. 14, 1 Tr. Kein Laden.

Nur allein in Moabit! Hüte mit Kontrollmarke

Carl Sarsch, Wilsnackerstr. 52, Lübeckerstr. 19.
Winterpaletots, Ang. Hof. Wäsche, Granatichm., spottb. Reaaderstr. 6, Pfond.

4. Münzstraße 4.

Wegen Abriß des Hauses **Räumung** meines Detail- und Engros-Lagers in

Schuhwaaren

Diese Woche Herabsetzung meines großen Winterlagers:

× Damen-glatt Melton-Sträßen- u. Hausjühe, ausgewählt moderne Farben, do. Besatz, Lederohle, halber Absatz, Polster, eleganteste Ausführung, d. Paar **M. 2,35**

× Damen-Meltonpantoffel mit Pelzfutter, das Paar **M. 1,25**

× Damen-Oberfüßpantoffel, Ia., besonders warm, das Paar **M. 1,25**

× Damen-Oberfüßjühe, Ia. Waare mit geradem Futter, das Paar **M. 1,50**

× Damen-Steppjühe, warm, mit halbem Absatz, das Paar **M. 1,75**

× Damen-Meltonjühe für Haus, mit Polster, Filz- u. Lederohle, Façonspiz, d. Paar **M. 1,75**

× Extra-Posten Lackjühe mit Leder- oder Holzabsatz (kein Nachstud), das Paar **M. 3,00**

Damen-Lederhausjühe, warm gefüttert, mit halbem Absatz, ausortirt, das Paar **M. 1,90**

× Dieselben fehlerfrei das Paar **M. 2,20**

× Damen-Meltonjühe in ausgesucht modernen Farben mit feinfarbig Polster, Filz- und Lederohle, elegante Ausstattung, das Paar **M. 2,35**

× Damen-Meltonjühe, Pelzfutter, ausgesucht moderne Farben, Filz- und Lederohle, **M. 2,75**

Damen-Zuchjügestiefel, ringsum Winterlad-Besatz, das Paar **M. 3,50**

× Damen-Zuchjügestiefel mit zierlicher Lackspiz, angenehm warm, Paar **M. 4,25**

Damen-Zugstiefel, eleganter Schnitt, gute Passform, in allen Größen . . . das Paar **M. 2,90**

Damen-Knopfstiefel, ausgehäute Knopflöcher, das Paar **M. 3,75**

× Damen-Knopfstiefel, ausgehäute Knopflöcher, Lederlappe, Lederbrandsohle, streng reell, das Paar **M. 5,25**

× Damen-Lederknopfstiefel, warm gefüttert, imitiert Tigerfütter, streng reell, das Paar **M. 6,75**

× Herren-Comptoirjühe, Polster, Filz- und Lederohle, das Paar **M. 3,00**

× Herren-Hausjühe, warmes Futter, halber Absatz, für Straße, Haus u. Berufstakt, das Paar **M. 3,50**

× Eleganter Herren-Bejagstiefel, Wiener Arbeit, genagelt, selten schön und gefällig, das Paar **M. 6,00**

× Eleganter Herren-Zugstiefel, Wiener Arb., selten schön u. gefällig, d. P. **M. 6,50**

Herren-Samurijühe, genagelt oder genäht, das Paar **M. 3,50**

Herren-Kopflederzugstiefel, fortirtte Paare, das Paar **M. 3,90**

Herren-Bejagstiefel, genagelt, mit Knopferzierung, das Paar **M. 4,00**

× Herren-Zugstiefel, genagelt oder genäht, Lederlappe, Lederbrandsohle, streng reell, d. P. **M. 5,00**

Kinder-Schuhe und Stiefel in edelsten Sorten **sehr billig.**

L. Wachsner, Schuhwaaren en gros

4. Münzstraße 4.

× Angekreuzte Artikel versende auch nach außerhalb gegen vorherige Einwendung des Betrages. Die Länge des Fußes wird festgestellt durch Einlegen eines Papierstreifens oder Holzstocks in den getragenen Stiefel und bitte ich dieses Maß der Bestellung beizulegen

1. Münzstraße 4.



Pelzwaaren von den feinsten bis zu den billigsten. nur mit 58428*

Hüte Kontrollmarke, Schirme, Stöcke, Kravatten.

Otto Gerholdt, Dresdenerstraße 2, Ecke Schillerstr.

Damen-Mäntel Gelegenheitskauf.

Damen-Modelle Winterjackets, früherer Preis 10, 12, 15, jeht 5, 7, 9 M. Abendmäntel, hochlegant, früher 12—30, jeht 7, 10, 12, 15 M. Capes, Kragen, Seidenplüsch, Fedekrimmer, zu jedem annehmbareren Preise. Regenmäntel 8—15 M. werden verkauft.
Landsbergerstr. 59 1 Treppe. (Kein Laden.)

Direct von Aachen!

dem durch seine vorzüglichen Tuchwaaren bekannten **ersten** Fabrikort Deutschlands, versenden wir zu **hervorragend** billigen Preisen **Herren-Anzug- und Paletotstoffe** von den **einfachsten** bis zu den hochmodernsten, für jeden Geschmack passend, in **tadellos reeller** Waare. **Anerkennungsschreiben** in grosser Anzahl aus fast allen Städten Deutschlands beweisen unsere **Reellität und Leistungsfähigkeit**. **Vorzügliche Musterauswahl franco** — ohne Kaufverpflichtung — an Jedermann.

Unsere seit Jahren bekannten und bewährten sind wieder vorrätig und werden, trotz der hohen Wollpreise, wie bisher **3/3 Meter** schwarz, blau oder braun zu einem modernen, gediegenen Anzuge für **10 Mark!** geliefert. **(Zahllose Empfehlungen.)**
Wilkes & Cie., Tuchindustrie Aachen Nr. 78. Man bittet genau zu adressieren.